

Neuaufbau
auf christlichen Grundlagen



ZWEITER PARTEITAG DER CDU

FÜR DIE BRITISCHE ZONE

28.-29. AUGUST 1948

RECKLINGHAUSEN

KAS-ACDP

Geleitwort

*zum zweiten Parteitag der Christlich-Demokratischen Union
in der britischen Zone am 28.-29. August 1948*

Der Parteitag der CDU in Recklinghausen steht im Zeichen der wirtschaftlichen Ordnung des deutschen Lebens. Unsere führenden Männer in Frankfurt werden auf ihm Rechenschaft ablegen und gleichzeitig ihre Pläne für die Zukunft kundtun. Dank der mutigen und kraftvollen Politik der CDU/CSU in Frankfurt hat sich seit der Währungsreform in der Versorgung unserer Bevölkerung ein grundlegender Wandel vollzogen. Es ist gelungen, die Produktion aus ihrer Erstarrung zu lösen, den schwarzen Markt und seine üblen Begleiterscheinungen weitgehend zu überwinden und damit dem deutschen Volk den inneren und äußeren Auftrieb zu geben, der zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft unerlässlich ist.

Ein Umstellungsprozeß von so großem Ausmaß erfordert große Mühen und Anstrengungen. Insbesondere muß der Kampf gegen die unberechtigten Preissteigerungen von den behördlichen Stellen, den wirtschaftlichen Verbänden, den Gewerkschaften und den breiten Käuferschichten mit aller Energie durchgeführt werden. Eine anhaltende Preissteigerung würde zwangsläufig zu einer Erhöhung der Löhne führen.

Wir wollen mit den verantwortungsvollen Männern in Frankfurt den Weg, den wir als richtig erkannt haben, konsequent weitergehen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer.

KAS-ACDP

EINE HOFFNUNG FÜR EUROPA

Referat von Dr. Konrad Adenauer.

Als wir uns entschlossen, diesen Parteitag einzuberufen, hatten wir eine gewisse Besorgnis wegen des Besuches. Der Entschluß mußte ja wegen der notwendigen Vorbereitungen schon getroffen werden, noch ehe die Währungsreform kam. Wir konnten nicht voraussehen, wie sich die Dinge danach gestalten würden, ob insbesondere genügend Barmittel für die einzelnen Teilnehmer zur Verfügung stehen würden, um hierhin zu kommen.

Zu unserer großen Freude kann ich feststellen, daß unsere kühnsten Erwartungen — zunächst wenigstens, was die Zahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an diesem Parteitag angeht — bei weitem übertroffen sind. Zweifellos ist die Währungsreform in mancher Beziehung also doch nicht so schlimm gewesen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Vor allem aber zeigt dieser unerwartet große Besuch, daß wir in einer **Zeit der politischen Hochspannungen leben**, in der naturgemäß jeder, der irgendwie an politisch verantwortlicher Stelle steht, das Bedürfnis hat, sich zu orientieren und sich auszusprechen. Diejenigen von Ihnen, die an dem ersten Parteitag in Recklinghausen teilgenommen und vielleicht das Programm und den Ablauf noch etwas im Gedächtnis haben, werden mit mir darin übereinstimmen, daß wahrscheinlich die Reden und der Ablauf jetzt ganz anders sein werden als damals. Es ist wohl verständlich, daß zwei Dinge auf dieser Tagung hauptsächlich behandelt werden müssen: die **wirtschaftlichen Fragen und auch die Frage des Staatsrechts**. Daß bei der Umstellung der Wirtschaft, die vor zwei Monaten vorgenommen worden ist, bei der Preisentwicklung, die auf manchen Gebieten seit der Zeit eingesetzt hat, und andererseits kurz vor Zusammentritt des Parlamentarischen Rates, der auf den 1. September nach Bonn einberufen worden ist, die wirtschaftlichen und staatspolitischen Fragen eine große Rolle auf diesem Parteitag spielen müssen, ist verständlich. Aber, verehrte Anwesende, ich glaube, wir müssen uns doch immer wieder auf jedem Parteitag in erster Linie **zurückbesinnen auf die weltanschauliche Grundlage unserer Partei und unserer Politik**. Es darf nicht so werden, wir über der stürmischen Fortentwicklung, über der Gesetzesmacherei, die notwendig ist, die aber überhastet erfolgen muß, daß wir über all diesen Sorgen des Alltags das Wesentliche, was uns zu einer Partei — zur CDU und zur CSU — zusammengeführt hat, vergessen.

CDU einzig weltanschaulich fundierte Partei

Mir scheint, daß wir die einzige weltanschaulich fundierte Partei in Deutschland sind. Ich glaube nicht, daß man dies von der Sozialdemokratischen Partei sagen kann; ich glaube auch nicht, daß sie von sich behauptet, daß sie eine weltanschaulich fundierte Partei sei. Denn einmal ist die Weltanschauung des Marxismus selbst von denjenigen, die sich heute noch zu Karl Marx bekennen, doch zum Teil aufgegeben, und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gibt es sicher einen Prozentsatz, dessen Größe uns nicht bekannt ist, der überhaupt erklärt, daß der Mar-

xismus für sie nur noch historische Bedeutung habe. Die Kommunistische Partei ist eigentlich diejenige Partei, die sich noch am entschiedensten und klarsten zum Marxismus, wenigstens mit den Lippen, bekennt; tatsächlich ist sie aber doch nichts anderes als ein Stoßtrupp des russischen Imperialismus. Das Zentrum erklärt ja ausdrücklich, daß es keine weltanschauliche Partei sein will — es betont das. Das Zentrum betont auch, daß es nicht richtig findet, wenn man die politische Arbeit auf christlichem Fundament beginne. Also, warum sollen wir ihm gegen seinen Willen den Charakter einer weltanschaulichen Partei beilegen! Was die FDP angeht, so glaube ich auch nicht, daß sie von sich behauptet, eine auf weltanschaulichem Boden stehende Partei zu sein. Am ehesten kann man das noch von der Deutschen Partei in Niedersachsen sagen, aber sie ist eine Partei, die auf Niedersachsen beschränkt ist und die ich im Rahmen dieser Betrachtung wohl nicht weiter zu erwähnen brauche.

Es wird auch in Kreisen, die zwar nicht zu uns gehören, die uns aber doch nicht unsympathisch gegenüberstehen, die Frage nach der Berechtigung einer Partei auf weltanschaulicher Basis aufgeworfen, insbesondere, ob es berechtigt sei, daß eine Partei „christlich“ in ihren Namen aufnehme, um dadurch vor aller Welt hervorzuheben, daß sie eine politische Partei sei, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehe. Es müßte eigentlich überflüssig sein, daß man noch einmal ausführt, was denn „Christlich-Demokratische Union“ oder „Christlich-Soziale Union“ heißt. Aber wenn man an Versammlungen teilnimmt, in denen auch Vertreter anderer Parteien zu Wort kommen, hört man immer wieder irrige Auffassungen. Lassen Sie mich mit einem Satz vor Ihnen — Ihnen sind es ja keine unbekanntenen Dinge — wiederholen, was das Wesen unserer Partei ausmacht.

Warum nennen wir uns Christlich-Demokratische Union?

Wir wollen von den geistigen Grundlagen aus, die das abendländische Christentum im Laufe vieler Jahrhunderte geschaffen hat, in Deutschland das politische Leben neu gestalten — und nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und in der Welt. Deswegen nennen wir uns Christlich-Demokratische Union, nicht etwa, um damit zu sagen, daß in anderen Parteien keine Christen seien; das liegt uns völlig fern. Es war mir sehr interessant, als ich neulich hörte, daß zwei Engländer in führender Stellung — und zwar Männer, die uns, wie ich glaube bestimmt annehmen zu können, auch weltanschaulich nahestehen — die Frage diskutierten, ob eine christliche Partei überhaupt nötig sei und dabei zu dem Ergebnis kamen: nein, sie sei nicht nötig. Ich muß sagen, daß man dann die Dinge nicht so sieht, wie sie sind. Man darf die Dinge nicht so sehen, wie man sie gerne sehen möchte, sondern man muß sie so sehen, wie sie wirklich sind. Wenn ich die Lage so betrachte, wie sie ist, dann finde ich, daß in Deutschland — nicht nur in Deutschland, ich komme noch darauf zurück — doch buchstäblich alles von Grund auf neu aufgebaut werden muß. Wir finden, daß in Deutschland nicht erst etwa der Nationalsozialismus geistig so verheerend gewirkt hat. Die Thesen, daß Macht vor Recht geht, daß die Person nichts und der Staat alles ist, sind nicht etwa erst durch den Nationalsozialismus im deutschen Volke verbreitet worden. Diese Auffassungen waren schon viel früher verbreitet, sie stammen aus der Zeit der Herrschaft der materialistischen Weltanschauung. Wir finden ferner, daß man mit dem Aufkommen des Sozialismus zu einer neuen Irlehre kam, der **Irlehre des Kollektivs**. Das ist eine Irlehre, die noch außerordentlich viel in den kommenden Jahrzehnten der Menschheit zu schafften machen wird. Diese Lehre ist deshalb so verderblich, weil sie ganz ähnlich wie

früher der übersteigerte Nationalismus in dem einzelnen Menschen das Streben nach Eigenpersönlichkeit verdorren läßt, sodaß er sich fast glücklich fühlt, ein Massenteilchen zu sein. Machen wir uns klar, daß diese Auffassungen diametral entgegengesetzt sind der christlichen Auffassung von dem Wert und der Würde des einzelnen Menschen, von der christlichen Auffassung des Persönlichkeitsbegriffes, und daß diese Auffassung von der Vermaßung, dem Kollektiv, auch in diametralem Gegensatz steht zu jeder persönlichen Freiheit.

Der antichristliche Geist in der Welt

Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen! (Zurufe: sehr gut). Wenn wir uns wenden gegen die Diktatur als den Feind der Freiheit, wenn wir dagegen sind, daß das Kapital die Freiheit des Einzelnen in der Wirtschaft und damit auch in der Politik erdrückt, wenn wir uns dagegen wenden, daß der Staat eine zu große Macht bekommt und damit ein Feind des Einzelnen wird, so wenden wir uns und werden uns auch in Zukunft wenden gegen den Kollektivismus in irgendwelcher Form, weil er genau so ein Feind der persönlichen Freiheit ist wie jene. Dieser wesentliche Satz des abendländischen Christentums vom Wert und der Würde eines jeden einzelnen Menschen, von der Freiheit der Person ist eine der Hauptthesen unserer politischen Arbeit. Die Anbetung der Macht, dieser moderne Götzendienst, bedeutet ebenfalls Untergang der persönlichen Freiheit. Dem Götzen der Macht wird in unserer Zeit in vielen Ländern geopfert. Der kollektivistische Gedanke führt immer in seiner Steigerung zu einer Anbetung der Macht. Krankte geistige Auffassungen wirken wie ansteckende Krankheiten, sie greifen über und stecken an. Vom Boden unserer christlichen Weltanschauung aus müssen wir betonen, daß das Recht vor der Macht gilt, daß die Macht an sich nichts Böses ist, aber daß die Macht den Menschen sehr leicht dazu verführt, Mißbrauch mit ihr zu treiben und daß sie dann böse wird. Weil wir für die Freiheit des Einzelnen eintreten, müssen wir auch auf sozialem Gebiet alles tun, was in unserer Macht steht, um eine menschenwürdige Existenz jedem zu ermöglichen. Eine menschenwürdige Existenz auch in materieller Hinsicht, auch was die Arbeit und die Wohnungsfrage angeht, ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wahre Freiheit der Person.

Wenn wir bei der Prüfung der Frage, ob wir berechtigt, ja, ob wir verpflichtet sind, Politik zu treiben vom Boden der christlichen Weltanschauung aus, unsere Blicke über die deutschen Grenzen hinausgehen lassen und sehen, wie es in der Welt aussieht, dann finden wir, daß in großen Teilen ein antichristlicher Geist herrscht, der im Wesentlichen die jetzigen Zustände verschuldet. Ein ganz großer Teil der Welt wird heute beherrscht durch Sowjetrußland, die Hälfte Deutschlands, die Balkanstaaten, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei. In diesem ungeheuren Gebiet mit mehreren hundert Millionen Menschen herrscht ein durchaus antichristlicher Geist — aber nicht nur das, sondern der Kampf gegen das Christentum wird dort gewollt und systematisch durchgeführt. Von derselben Macht aus, von Sowjetrußland, die diesen Kampf organisiert und durchführt, werden politisch gespeist die Kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien und überall in der Welt. In dem übrigen Teil der Welt ist es vielleicht auch mit dem christlichen Geist nicht so bestellt, wie es damit sein sollte. Der Nationalsozialismus hat schreckliche Verbrechen begangen, Verbrechen, von denen der Geschichtsschreiber noch in späteren Zeiten schauernd schreiben wird, aber der Morgenthau-Plan, der ja Gott sei

Dank nicht zur Ausführung gekommen ist, aber immerhin bis in seine Einzelheiten vorbereitet und durchdacht gewesen ist, stellt ein Vergehen gegen die Menschheit dar, das sich dem nationalsozialistischen Verbrechen mindestens würdig an die Seite stellt. (Lebhafte Zurufe: sehr richtig!). Wenn man bis in die Durchführungsverordnungen hinein plante, 30, 40 Millionen Deutscher sterben zu lassen (Pfeil-Rufe) dadurch, daß man sie wirtschaftlich abdrosselt, dann verrät die Fassung und Durchdenkung eines solchen Planes einen solchen Abgrund von Grausamkeit und Unmenschlichkeit, daß bei Gott niemand mehr von christlichem Geist sprechen kann (Zurufe: sehr richtig!). Dieser Morgenthau-Plan ist erledigt. Es wird die Zeit kommen, wo diejenigen, die ihn gefaßt haben, sich schämen werden, davon zu sprechen. Aber ich habe das Empfinden, als wenn noch gewisse Ausläufer dieses Morgenthau-Planes bei uns wirksam wären. Es ist Zeit, daß damit aufgeräumt wird. Ich meine damit vor allem diese **wahnsinnige Demontage-Politik** (Zurufe: sehr richtig!).

Keiner von uns Deutschen ist der Auffassung, daß reine Kriegsindustrien erhalten werden sollten. Sie sollen und müssen verschwinden. Aber warum demontiert man immer und immer wieder — und neuerdings sogar mit erhöhtem Eifer — Betriebe, die keine Kriegsbetriebe sind? Im englischen Unterhaus ist von Vertretern der beiden großen Parteien dort sehr klar und deutlich gesagt worden, daß es sich dabei um nichts anderes handele als darum, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt unmöglich zu machen. Die britische Regierung hat dem mit Entschiedenheit widersprochen, ich glaube auch, Minister Bevin selbst hat das mit Entschiedenheit in Abrede gestellt. Nun, wir nehmen Kenntnis davon, trotzdem doch jeder von uns Fälle kennt, in denen ganz bestimmt Konkurrenzabsichten vorliegen, aber wir nehmen von dieser offiziellen Erklärung der britischen Regierung Kenntnis, daß die Demontagen nicht durchgeführt würden aus Konkurrenzgründen. Wenn man sich nun in Abkehr von dem Morgenthau-Plan zu der Anschauung durchgerungen hat, daß der Wiederaufbau Europas nur möglich ist unter vollem Einsatz der deutschen Wirtschaftskapazität und wenn man nicht demontiert aus Konkurrenzgründen, dann ist es doch ein heller Wahnsinn, daß man die deutsche Wirtschaftskapazität durch diese Demontagen in der empfindlichsten Weise herabdrückt und schädigt. Dann sollten doch alle diejenigen, denen es ernst ist mit der Wiederherstellung Europas, Einhalt gebieten. Wir richten diese Forderung und Bitte namentlich auch an die Amerikaner, die mit ihren Dollars den Wiederaufbau Europas finanzieren und die sich nicht bieten lassen sollten, daß auf der einen Seite sie Lieferungen durchführen und auf der anderen Seite der Wiederaufbau Europas derart empfindlich geschädigt wird. (Zurufe: sehr richtig!).

In vielen europäischen Ländern sind Parteien tätig, die auf christlichem Boden stehen, vom christlichen Boden aus ihre Politik treiben. Das gilt von Holland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz, Frankreich, Italien. Auch in den Vereinigten Staaten werden sehr wichtige Stimmen laut — so jetzt die von Foster Dulles, der voraussichtlich in der amerikanischen Außenpolitik schon bald eine entscheidende Rolle spielen wird, auf der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz —, daß nur die Wahrung der christlichen Grundsätze in der Politik einen Wiederaufbau der Welt ermöglicht. **Ich glaube, daß die Verbindungen, die wir mit den christlichen Parteien dieser Länder haben und von denen wir mit Freuden als Gleichberechtigte bei den Zusammenkünften, die stattgefunden haben, aufgenommen worden sind, nicht intensiv genug gestaltet werden können; denn**

nur, wenn alle Kräfte, die auf dem gleichen Boden stehen wie wir, wenn alle politischen Kräfte in ganz Europa sich zusammentun, wird es möglich sein, nicht nur Deutschland, sondern Europa überhaupt zu retten.

Man muß in dieser Zeit die Politik — die Innen- und Außenpolitik — in ihren großen Zusammenhängen sehen. Dann sehen wir, was ich schon angedeutet habe, daß auf der einen Seite die ungeheure Macht Asiens steht, repräsentiert durch Rußland und seine Satellitenstaaten, gestärkt durch die Vorhuten der kommunistischen Parteien, in den verschiedenen Ländern der Welt, diese ungeheure Macht, die von ganz anderem Geiste und von ganz anderer Denkungsart ist als wir abendländischen Europäer. In dem Sinne gehört ja auch Süd- und Nordamerika zum europäischen, abendländischen Geist, sodaß sich in Wahrheit über die ganze Erde herüber zwei große Fronten gebildet haben oder noch in der Bildung begriffen sind. Europa spielt trotz seiner Kleinheit, trotz seiner militärischen Schwäche eine ganz große Rolle in diesem Kampf, weil gerade in Europa der Hort und die Quelle des christlich-abendländischen Geistes ist, denn letzten Endes handelt es sich um geistige Auseinandersetzungen größten Ausmaßes.

Eine Hoffnung: Europäische Union

Wie sieht es jetzt in Europa aus? Wenn Sie einmal zurückdenken an die Zeit vor 45 Jahren und sich klar machen, was damals Europa war, als Deutschland die mächtigste Landmacht in Europa war, als Frankreich und Italien eine Großmacht waren, als England die größte Seemacht war, deren Flotte größer war als die beiden nächstgrößten Flotten zusammengenommen, als die Vereinigten Staaten noch ein Schuldnerland waren, als mit Oesterreich-Ungarn der ganze Balkan, die Balkanstaaten mit Westeuropa verbunden waren, als in Rußland selbst noch nicht ausschließlich der asiatische Teil herrschte, sondern der westrussische Teil Einfluß hatte — und wenn Sie dann das heutige Europa sehen, dann erkennen Sie den erschütternden Abstieg. **Eine Hoffnung ist uns neu gekommen für Europa, und das ist der Gedanke an die Europäische Union, an das Vereinigte Europa.** Der Gedanke ist nicht neu, er ist schon ausgesprochen worden vor 100 Jahren, und schon nach dem Weltkrieg 1914/18 hat die Paneuropäische Bewegung unter Coudenhove-Kalergli auch versucht, Anhänger zu werben. Aber damals galt dieser Gedanke noch mehr oder weniger als eine Utopie. Dann hat Churchill in der bekannten Rede in Zürich den Gedanken vor die Weltöffentlichkeit gebracht; im Mai dieses Jahres war der Haager Kongreß für das Vereinigte Europa, auf dem sehr namhafte Politiker der meisten europäischen Länder anwesend waren, die aber damals doch noch nicht von den Regierungen selbst geschickt waren. Insbesondere hatte die britische Regierung damals Abstand genommen von diesem Kongreß und sogar vor seinem Besuch gewarnt. Immerhin, dieser Kongreß hat stattgefunden, er hat Beschlüsse gefaßt. Diese Beschlüsse sind auch, ich glaube, von 200 Abgeordneten des britischen Unterhauses der britischen Regierung unterbreitet worden, und diese hat sich dann zustimmend dazu geäußert.

Jetzt scheint die Angelegenheit einen ganz mächtigen Sprung in ihrer Entwicklung vorwärts zu machen dadurch, daß die französische Regierung offiziell an eine Reihe von europäischen Staaten, insbesondere auch an Großbritannien, das Ersuchen gerichtet hat, eine Kommission zu beschicken, um ein **Europäisches Parlament** vorzubereiten. Dieser Beschluß der französischen Regierung scheint in Wahrheit eines der **wesentlichsten historischen Ereignisse der Jahre nach Kriegsende** zu sein. (Zurufe: sehr richtig!). Dieser Beschluß ist zurückzuführen oder steht im Einklang mit einem Beschluß des Ausschusses der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten. Es handelt sich also bei diesem Akt der französischen Regierung um einen

Akt, der mehr ist als ein Akt der jetzigen französischen Regierung. Sie wissen, daß man in Großbritannien diesem Antrag gegenüber eine etwas abwartende Stellung eingenommen hat. Man hat dort erklärt, daß man zunächst mit den Regierungen der übrigen Teile des britischen Empires Fühlung nehmen müsse. Das ist durchaus verständlich. Umso erfreulicher ist es, daß die australische Regierung ohne vorherige Fühlungnahme der Weltöffentlichkeit mitgeteilt hat, daß sie den Gedanken außerordentlich begrüßt. Nicht so recht verständlich ist es meines Erachtens, wenn in London, ich weiß nicht von wem, aber immerhin von beachtlichen Stellen, erklärt wird, es schwebten jetzt so viel wichtige Dinge, daß man keine Zeit habe für diese Frage. Das würde meines Erachtens eine völlige Verkennung der weltpolitischen Lage bedeuten. (Zurufe: sehr richtig!) Nach meiner Auffassung ist das Schicksal Englands mit dem Schicksal Westeuropas absolut verbunden. Die Zeiten, in denen England eine außereuropäische Macht war, sind meines Erachtens vorüber. Wenn Westeuropa sich nicht zusammenschließt und sich nicht wirtschaftlich und politisch erholt, dann wird auch England darunter leiden. Daher glaube ich, daß die Frage der Förderung des Gedankens des Zusammenschlusses Europas auch eine eminent englische Angelegenheit ist und hoffentlich von der englischen Öffentlichkeit auch als solche erkannt und gefördert wird.

Gestern hat die Regierung der Vereinigten Staaten zu der Frage Stellung genommen und in der nachdrücklichsten Weise verlangt, daß Europa auf diesem Wege fortschreite. Diese Stellungnahme der amerikanischen Regierung ist außerordentlich zu begrüßen, denn bei dem großen politischen und wirtschaftlichen Einfluß, den die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben, dürfen wir wohl hoffen, daß dieser Appell der amerikanischen Regierung auch bei denjenigen europäischen Ländern, die sich anscheinend noch etwas zögernd verhalten, antreibend und fördernd wirkt. Wir dürfen also hoffen, daß der Gedanke des Zusammenschlusses Europas in einer Weise marschiert, wie es vor Jahresfrist niemand für möglich gehalten hätte. Damit haben wir wieder eine Hoffnung für Europa und auch für Deutschland, für unser eigenes Vaterland, denn ein Zusammenschluß Europas ohne Deutschland, jedenfalls ohne die drei westlichen Zonen Deutschlands, würde nichts bedeuten. Ohne Deutschland ist ein solcher Zusammenschluß nichts. Deswegen liegt vielleicht in dieser Manifestation der französischen Regierung — ich wiederhole „vielleicht“, man muß sich da mit allem Vorbehalt ausdrücken — ein Wechsel in der Auffassung über die Sicherheit Frankreichs. Es gab und es gibt weite Kreise in Frankreich, die glauben, Frankreichs Sicherheit liege darin, daß der Zustand, wie er jetzt in Deutschland herrscht, oder wie er bis vor kurzem herrschte — nämlich Zerstückelung und Lethargie — möglichst lange konserviert werde. Das ist eine absolut falsche Auffassung, eine Auffassung, die übersieht, daß ein solcher Zustand auch letzten Endes den Untergang Frankreichs herbeiführen würde. Es hat den Anschein, als ob Frankreich jetzt die Gewährleistung seiner Sicherheit in diesem Zusammenschluß Europas sieht. Wenn das der Fall ist, dann würde das eine grundlegende Aenderung in dem Verhältnis von Frankreich zu Deutschland zur Folge haben müssen. Eine Aenderung, die wir sowohl als Deutsche wie als Europäer nur von Herzen begrüßen und fördern können. Ich für meine Person — und ich weiß, daß ich mit vielen von Ihnen darin übereinstimme — erblicke

in der Herstellung eines dauernden, guten nachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und seinen westlichen Nachbarn, den Beneluxstaaten und Frankreich, die erste und vornehmste Aufgabe einer kommenden deutschen Außenpolitik. (Zurufe: Sehr richtig!)

Das Interesse der Vereinigten Staaten an den europäischen Dingen in seiner jetzigen Stärke und Intensität wird eines Tages nachlassen, wenn der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland nachlassen wird, und der wird eines Tages so oder so doch nachlassen. Aber Frankreich, die Beneluxstaaten und Deutschland werden Nachbarn bleiben in Europa, solange Menschen hier in Europa leben werden. Die Zukunft Europas und all dieser Länder, unser eigenes Land eingeschlossen, hängt davon ab, daß dieses Verhältnis auf die Dauer beruhigt und geordnet wird. Wenn daher in Frankreich eine solche Aenderung des Standpunktes sich vorbereiten und zeigen würde, so würde das im Interesse Europas und des Weltfriedens auf das höchste zu begrüßen sein. Wir Deutsche müssen alles tun, damit dieses Verhältnis wirklich zu einer dauernden und tiefgehenden Verständigung wird.

Ich glaube, wenn wir zu diesem europäischen Parlament kommen mit Deutschland als gleichverpflichtetem und gleichberechtigtem Mitglied, daß dann auch das Londoner Abkommen allmählich abgebaut werden wird und abgebaut werden kann. Dieses Londoner Abkommen, das möchte ich gerade hier im Industriegebiet noch einmal ausdrücklich erklären, ist in seiner jetzigen Form für uns Deutsche einfach unerträglich und unmöglich (lebhafter Beifall und Zustimmung). Wir hoffen, daß dieses Londoner Abkommen dann doch so gestaltet werden wird, daß wir Deutsche gleichberechtigt und gleichverpflichtet am europäischen Wiederaufbau beteiligt werden.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte sagen über unser deutsches Vaterland. Sie wissen von den Verhandlungen in Moskau, die jetzt seit einer Reihe von Wochen stattfinden, deren Einzelheiten wir aber nicht kennen. Es scheint ja, als ob sie einen günstigeren Verlauf nähmen, als wir noch vor einer Woche haben hoffen dürfen. Es handelt sich dabei, äußerlich betrachtet, in erster Linie um Berlin. Die Haltung der Berliner Bevölkerung ist bei der ganzen Entwicklung von außerordentlich großer Bedeutung. Wir Nichtberliner, wir Deutsche hier in Westdeutschland, müssen unseren Berliner Freunden und allen Berlinern von ganzem Herzen danken für die tapfere und mutige Haltung, die sie jetzt schon seit geraumer Zeit gezeigt haben (starker Beifall). Ich glaube, die Berliner wissen, daß wir alle an ihrer Seite stehen mit unserer vollsten Sympathie sowie mit aller Hilfsbereitschaft, deren wir fähig sind. Die Anstrengungen der Alliierten, Berlin zu halten, verdienen jeden Dank, aber seien wir uns auch darüber klar, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung im Grunde genommen um den großen Gegensatz zwischen den beiden Mächtegruppen handelt, deren Gegensatz sich nunmehr gerade in Berlin besonders gespitzt hat. Die Welt war sicher bis gestern oder vorgestern — vielleicht wird es in einem Monat oder später wieder sein — derartig voll von Kriegsangst, Kriegssorge und Kriegsfurcht wie niemals zuvor. Deutschland war sonst immer in den Augen der ganzen Welt der Uebeltäter, der alles verursachte, die Unsicherheit, die Kriege, die Aufrüstung usw. Ich stelle fest, daß bei dieser Kriegsfurcht, die jetzt herrschte und herrscht, bei diesen Aufrüstungen, die in einem Ausmaß vor sich gehen, wie sie niemals erhört worden sind, Deutschland völlig unbeteiligt und völlig unschuldig ist. (Starker Beifall). Es scheint also doch, daß Deutschland — vielleicht war es früher auch schon einmal so — nicht der alleinige Uebeltäter war (sehr starker Beifall), sondern es scheint so, als ob der nationalsozialistische Wahlspruch, daß Macht vor Recht geht, auch in anderen Ländern, vielleicht auch schon in der Vergangenheit, stark an der Führung gewesen ist. Ich hoffe, daß auch mancher nachdenkliche Politiker im Ausland aus der Entwicklung in der Welt, seitdem Deutsch-

land aus dem Weltgeschehen aktiv ausgeschieden ist, milder über Deutschlands Rolle in der Welt denkt als bisher.

Trotz aller Hilfe, die uns vom Ausland zuteil wird, seien wir uns über eines klar:

Deutschland kann nur gerettet werden durch die Deutschen selbst

Wenn wir nicht alle Kraft daran setzen, wieder geistig, moralisch und wirtschaftlich in die Höhe zu kommen, dann wird Deutschland der Aufstieg nicht gelingen. In unserer Hand liegt unser Geschick. Was uns vom Ausland geboten wird, ist eine hilfreiche Hand, die wir gern und freudig ergreifen, aber wir müssen dann die Hauptsache selber tun. Wir wissen, daß das Geschick unseres Volkes für eine jetzt nicht zu schätzende Zeit sehr ernst und sehr hart ist. Wir alle hier im Saale und alle anderen in Westdeutschland wünschen nichts sehnlicher, als daß der eiserne Vorhang möglichst bald zerrissen und daß die politische und wirtschaftliche Einheit unter dem Stern der Freiheit — nicht unter dem Sowjetstern — wieder hergestellt wird (lebhafter Beifall). Aber gerade, weil wir das alles wissen und davon überzeugt sind, und weil wir alle Kraft daran setzen wollen, dieses Ziel, ein freies und einiges Deutschland, zu erreichen, deswegen dürfen wir meines Erachtens keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um wenigstens etwas aus dem jetzigen Zustand der politischen Ohnmacht herauszukommen. Gegenüber manchen anderen Meinungen habe ich von Anfang an mit Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß — solange es uns Rußland durch seine Politik unmöglich macht, eine Organisation ganz Deutschlands herbeizuführen — wir wenigstens den Teil Deutschlands, der nicht unter russischer Herrschaft steht, politisch neu organisieren müssen. Daher begrüße ich das Zusammentreten des Parlamentarischen Rates in Bonn am 1. September. Ich hoffe und wünsche, daß damit der Anfang einer guten politischen Entwicklung für die drei Westzonen gegeben ist. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß wir nur dann den Osten wieder mit dem Westen zu einer Einheit verbinden können und werden, wenn wir wenigstens zunächst den Westen politisch und wirtschaftlich wieder erstarren lassen.

Daß wir den Anspruch auf den Osten Deutschlands niemals aufgeben werden, daß können und müssen wir immer und immer wieder mit allem Ernst und allem Nachdruck erklären (starker, lang anhaltender Beifall). So bitte ich namentlich auch die aus dem Osten Vertriebenen, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden (stürmischer Beifall).

Nun wollen wir an die Arbeit gehen. Sie werden Referate hören, die zu manchem Nachdenken Anlaß geben, und ich würde mich ganz außerordentlich freuen, wenn die Diskussion anregend sein würde, damit wir alle, die wir uns zu diesem Parteitag versammelt haben, die wir uns losgerissen haben aus der vielfachen Tätigkeit, die uns sonst erfaßt, nachdenklich und mit ernstesten Anregungen versehen, wieder nach Hause zurückkehren, um dort zu wirken — ein jeder in seinem Kreis. Denn das ist ja die Aufgabe dieses Parteitages: einen gewissen Rückblick und Ausblick zu geben, aber nicht nur für die Anwesenden, sondern für alle. Sie, die Sie hier sind, müssen ein jeder in seinem Kreis Kunde geben von dem, was hier gewesen ist und was Sie gehört haben. Sie müssen arbeiten und wirken unter dem letzten Einsatz ihrer Kraft für die Christlich-Demokratische Union und für unser geliebtes Deutschland!

„Wir haben keinen Fraktionszwang und stimmen doch alle gleich!“

Referat von Dr. Friedrich Holzapfel.

Ich darf anknüpfen an das Wort Dr. Adenauers, daß der Parteitag eine Rückschau darstellen soll für die Zeit, die hinter uns liegt, und eine Vorschau für die Zeit, die vor uns liegt, und darauf hinweisen, daß wir in diesem einen Jahr vom 1. zum 2. Parteitag eine **ungeheuer große und umfangreiche Arbeit** in Frankfurt leisten mußten. Vor einem Jahr hat Dir. Schlange-Schöningen im Mittelpunkt gestanden, weil die Ernährung das dringendste Problem war. Die allgemeine Frage lautete damals: „Wie erhalten wir die Bevölkerung am Leben?“

Wenn ich in kurzen Zügen unsere Arbeit in Frankfurt Ihnen vor Augen führe, sollen nur einige Stichworte gegeben werden. Erstens mußten wir den Winter überstehen. Wir haben ihn überstanden, nicht nur aus unserer eigenen Arbeit, denn in erster Linie war es das Verdienst eines Ereignisses auf dem Gebiet der großen Politik: Der Fenstersturz in Prag. Wäre der nicht gekommen, ich weiß nicht, wie wir den Anschluß an die neue Ernte hätten finden sollen. Denken Sie an die Sorgen, die wir in Frankfurt als Fraktion hatten. Wenn das politische Ereignis in Prag nicht gekommen wäre, wir hätten wohl nicht die offenen Ohren bei der Besatzungsmacht gefunden. Bis dahin sagte man uns immer: „Es ist nichts da.“ Nach dem Fenstersturz in Prag, da konnten wir etwas bekommen und den Anschluß finden.

Größere deutsche Machtbefugnisse

Nach dieser Aufgabenlösung kam die Währungsreform. Ein ausgearbeiteter deutscher Plan war da, ein einheitliches Gebilde. **Wenn wir diesen Plan durchgeführt hätten, wäre eine ganze Anzahl von Ungerechtigkeiten und Härten vermieden worden.** Die Währungsreform ist keine Angelegenheit irgendeiner deutschen Stelle, sondern der Militärregierung gewesen. Wir haben uns ernsthaft überlegt, ob wir die Verantwortung für diesen Plan der Währungsreform tragen konnten. Auf der einen Seite die ungeheuer Menge Geld, die durch die Kopfquote heraus kam, auf der anderen Seite die unglückliche Anrechnung auf den Reichsmarkbesitz. Wer an Tage X blank war, bekam die DM 60.— genau so wie derjenige, der gespart hatte. Dem letzteren wurden aber Reichsmark 600.— gestrichen. **Wir haben es bitter nötig, den Sparwillen des deutschen Volkes zu fördern.** Unser Verschulden ist es auch nicht, daß die unterschiedliche Behandlung zwischen Gewerbe und Landwirtschaft zustande kam. Die Industrie bekam die Ausstattungsgelder, während das Handwerk nicht bedacht wurde. Ein Baubetrieb mit 50 Leuten, der zufälligerweise zur Industrie- und Handelskammer gehörte, bekam die Kopfquote, und ein Baubetrieb mit 200 Leuten, der zum Handwerk gehörte, bekam sie nicht. Das sind Härten, die nach einem deutschen Vorschlag nicht eingetreten wären. Nun standen wir vor der Frage: Können wir die Verantwortung übernehmen und den Uebergang zur freien Wirtschaft riskieren? Es ist uns, die wir in der Fraktion Frankfurt saßen, nicht leicht gefallen und auch nicht den Direktoren von uns. Wir

haben keine leichtsinnige und leichtfertige Politik getrieben, sondern tagelang darum gerungen, ob wir jetzt diesen Weg beschreiten können. Wir haben uns dann aber gesagt:

„Entweder wir beseitigen jetzt im Zuge der Währungsreform die gesamte Zwangswirtschaft oder wir werden sie niemals wieder los“.

Wir haben es dann gewagt und den Sprung gefaßt und die Währungsreform dazu benutzt, um die Zwangswirtschaft zu beseitigen. Daß hinterher Schwierigkeiten eintreten würden, war von vornherein zu erwarten. Wir haben uns aber auch hingesetzt, um nach Mitteln und Wegen zu suchen, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Dazu gehörte zunächst, daß gleichzeitig mit der **Währungsreform** auch eine **Steuerreform** durchgeführt wurde. Dir. Hartmann hat über dieses Thema gesprochen, und ich möchte mich seinen Ausführungen anschließen. **Was jetzt durchgeführt worden ist, entspricht nicht unseren Wünschen.** Wir waren der Auffassung, daß die Einkommensteuer sehr erheblich gesenkt werden müsse, um neues Kapital zu bilden. Das, was wir bekommen haben, ist nur eine kleine Steuerreform. Amt Hartmann ist noch am nächsten Tage nach der Verkündung des Gesetzes an die Arbeit gegangen, und wir hoffen, **daß im Frühjahr des nächsten Jahres eine grundlegende neue deutsche Steuerreform verabschiedet werden kann, die aus deutscher Initiative erwachsen ist und kein Gesetz der Militärregierung darstellt.** (Beifall).

Zu unserem Plan gehörte ferner die Verabschiedung eines Gesetzes über den Preiswucher. Es ist interessant festzustellen, daß dieses Preiswuchergesetz von uns in Frankfurt bei Stimmenthaltung der SPD angenommen wurde. Auf der einen Seite empört man sich über die Preiswucherei, und wenn ein Gesetz vorgelegt wird, enthält man sich der Stimme und sagt: „Wir versprechen uns nichts davon“. Sie haben aus den Ausführungen von Prof. Ehrhard gehört, **daß es uns mit diesem Gesetz wirklich bitter ernst ist.** Das Gesetz soll nicht nur auf dem Papier stehen, sondern die Möglichkeit geben, die Auswüchse in der Preisgestaltung zu bekämpfen. Und wir werden durchgreifen müssen, um die großen Sünder zu stellen.

Spannungen im Wirtschaftsrat

Hinzu kommt ferner, daß sich im Augenblick ein Kampf innerhalb des Wirtschaftsrates bemerkbar macht. Man will uns von der SPD mit allen Mitteln auf einen Weg drängen, der uns zur Rückkehr in die Zwangsjacke zwingt. Wir sollen wieder eine Zwangsbewirtschaftung einführen. Wir wehren uns dagegen und müssen versuchen, Wege zu beschreiten, um eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft zu vermeiden und alle augenblicklich auftretenden Auswüchse in der Wirtschaft zu korrigieren. Wir müssen weiter versuchen, Fertigware einzuführen. In diesen Tagen von der Verwaltung für Wirtschaft umfangreiche Verhandlungen geführt worden, um insbesondere fertige Textilien und fertige Schuhwaren hereinzubringen. Diese Fertigartikel sollen auf den Preis im Inland drücken. Leider sind diese Verhandlungen noch immer nicht eine ausschließlich deutsche Angelegenheit. Da sitzt immer noch die JEIA dazwischen, die hineinredet und kontrolliert und nicht in allen Fragen einen **nationalen Standpunkt einnimmt**, wie wir es tun. Wir müssen weiter sehen, daß wir die deutsche Industrie in Gang halten. Wir leben im Augenblick von gehorteten Waren.

Es kommt aber entscheidend darauf an, daß, wenn unsere Wirtschaftspolitik Erfolg haben soll, der nötige Nachschub an Rohmaterialien für die Industrie gesichert ist.

Hier sind Verhandlungen im Gange, die außerordentlich aussichtsreich sind, so daß ich hier die Zusicherung geben kann, daß ein ausreichender Nachschub an Rohmaterialien bald kommen wird.

Noch nicht endgültig gelöst, und das ist in der Diskussion schon angeschnitten worden, ist die Frage bezüglich der Gewährung von Krediten. Ich hoffe, daß der Wirtschaftsrat baldmöglichst das Gesetz über die Bildung der Wiederaufbaubank verabschiedet wird und wir dann mit Hilfe der Wiederaufbaubank Geldbeträge hereinbekommen, die bei den Außenhandelskassen für die Importe liegen, sodaß wir unserer Wirtschaft langfristige Kredite für ihren Wiederaufbau zur Verfügung stellen können.

Hier in der Diskussion ist mit Recht die Feststellung getroffen worden, daß es entscheidend ist, die Bauwirtschaft in Gang zu bringen, Wohnungen wiederherzustellen, neue Wohnungen zu bauen und auf dem Land endlich zu Siedlungen zu kommen. (Beifall).

Hinzu kommt aber noch ein weiteres: Wir haben leider in Frankfurt auf einem Gebiete bisher nicht die Arbeit leisten können, die wir hätten gerne leisten wollen, und das ist das Gebiet der Arbeit. Wir hatten noch nicht das Direktorat für Arbeit. Es hat über ein Jahr gedauert, bis wir die Genehmigung der Militärregierung zur Bestellung eines Direktors für Arbeit erhielten. Am 20. August kam die Einwilligung der Militärregierung und schon zwei Tage später haben wir den Direktor gewählt. **Wir fanden einen Mann, der aus den Kreisen der christlichen Arbeiterschaft stammt und mit den Gewerkschaften aufs engste verbunden ist, unseren Fraktionskollegen Anton Storch.** (Beifall). Wir haben somit jetzt die Möglichkeit, auch den Fragen der Arbeit unsere Aufmerksamkeit zu schenken und sie in Angriff zu nehmen. Man kann eine Wirtschaftspolitik nicht ausschließlich von der Verwaltung für Wirtschaft und der Verwaltung für Finanzen machen, sondern man muß als Drittes unbedingt eine Verwaltung für Arbeit dabei haben.

Billige Gebrauchsware dringend erforderlich

Ein weiterer Punkt sei noch angeschnitten: Wir müssen durch eine Rationalisierung in der Wirtschaft dahin kommen, daß die in der Wirtschaft unbedingt benötigten Artikel zu einem billigen Preise hergestellt werden. Wir werden gerade diese Frage mit allem Nachdruck in Angriff nehmen, und ich glaube, die Vorarbeiten sind so weit vorangetrieben, daß Ende der nächsten Woche die ersten praktischen Vorschläge vorgelegt werden können. Durch billige Produktionsweise sollen in Zukunft in bestimmten Betrieben billige Fertigwaren hergestellt werden, um dadurch vor allem auch der Landwirtschaft zu helfen, die benötigten Maschinen und Produktionsmittel zu bekommen. Wir wissen, daß nicht alles so rosig ist, wie die großen Optimisten es sich vormachen möchten. Wir haben in allen Versammlungen erklärt, über der Wirtschaft liege ein Schleier des Geldes und erst wenn er weggenommen würde, sähe man die furchtbare Armut des gesamten Volkes. Nun ist der Schleier fort. Und nun wollen eine ganze Anzahl unserer Mitmenschen diese Armut nicht sehen, sondern von heute auf morgen wieder in gute und geordnete Verhältnisse hineinkommen. Der Weg zu einem Wiederaufbau der Wirtschaft ist ein weiter und steiniger Weg. Wir können es nicht von heute auf morgen schaffen. Ich glaube aber, die Ansätze, die da sind, sind gut und richtig.

Wir werden auf diesem beschrifteten Wege trotz aller Schwierigkeiten weitergehen, weil wir nur so die Möglichkeit sehen, um wieder zu einer geordneten Wirtschaft zu kommen.

Was wir in Frankfurt bisher getan haben, ist letzten Endes etwas, was nicht den Gedanken einer wirklichen Sozialpolitik in sich trägt, sondern sich nur darauf bezog, die am Boden liegende Wirtschaft wieder auf die Beine zu stellen. **Wir haben aber ein Programm mit starken sozialen Forderungen. Und jetzt kommt für uns die große Probe, ob wir zu diesem sozialen Standpunkt stehen werden oder nicht.** (Beifall). Sie kommt in erster Linie bei der Frage des Lastenausgleichs. Dieser Lastenausgleich besteht nicht nur aus einer großen sozialen Maßnahme, die sofort durchgeführt werden muß, damit wir so schnell wie möglich dem schlimmsten Elend begegnen können. Hinzu kommt ein **wirklicher Lastenausgleich**, der tatsächlich dem Gedanken Rechnung trägt, daß die Kosten des verlorenen Krieges umgelegt werden müssen.

Unsere Fraktion ist fest entschlossen, den Lastenausgleich im Sinne unserer Union zu lösen.

Wir müssen aber auch zu einer sozialen Ausrichtung in unserer Wirtschaft kommen. Wenn wir auf der einen Seite den Gedanken einer freien Marktwirtschaft und der Gewerbefreiheit vertreten, ist es auf der anderen Seite ein Ünding, einen Lohnsteuern mit 15%iger Wiederaufbesserung festzulegen. Auch diese Grenze muß fallen und der Lohn muß in freier Vereinbarung zwischen Arbeitgeber-Organisationen und Gewerkschaft festgelegt werden.

Die JEIA, das A und O unserer Wirtschaftspolitik

Wir müssen sehen, ein neues Schlichtungssystem aufzubauen, in dem verantwortliche Männer die Verhandlungen führen, deren Schiedsspruch die Anderen sich unterwerfen. **Wir müssen eine gewisse Zuständigkeit deutscher Stellen auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr erreichen.** Es geht nicht mehr an, daß wir restlos von der JEIA abhängig sind. Die JEIA darf nicht mehr ausschließlich bestimmen, was eingeführt wird und unter welchen Devisenberechnungen ausgeführt werden darf. Das ist eigentlich das A und O unserer ganzen Wirtschaftspolitik. (Beifall). **Wenn es nicht gelingt, diese Frage zu lösen, sehe ich für die weitere wirtschaftliche Entwicklung nicht so optimistisch.** Ich hoffe aber, daß es möglich sein wird, in langen und zähen Verhandlungen unseren Standpunkt durchzudrücken. Ich weiß, daß man vielleicht einmal über uns und unsere Direktoren in Frankfurt herfallen und sagen wird: „Ihr seid jetzt dasselbe, was früher die Politik war, denn Ihr habt nicht auf den Tisch gehauen“. Eine Souveränität kann nicht dadurch erworben werden, daß man auf den Tisch haut, sondern nur dadurch, daß man Stückchen für Stückchen fleißig erarbeitet, um ein Zipfelchen und dann immer mehr von dieser Souveränität zu erhaschen.

Ich will eines sagen: In einem unserer ersten Gesetze, das wir vor einem Jahr in Frankfurt verabschiedet haben, haben wir uns mit der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte befaßt und und gesagt, die Bewirtschaftung gilt für tierische Erzeugnisse. Dieses Gesetz haben wir von der Militärregierung zurück bekommen, mit dem Vermerk: ungenügend, die Arbeit muß noch einmal gemacht werden. Es muß heißen „eßbare tierische Erzeugnisse“. Was für ein weiter Weg von einem solchen Geetz und einer solchen Korrektur vor einem Jahr bis zu einem Gesetz nach der Währungsreform, das schon in kürzester Zeit von der Militärregierung genehmigt worden ist. **Diese Besserung in den Verhältnissen zwischen der Militärregierung und uns können wir als Positivum aufweisen.**

Nur auf einem Gebiete haben wir versagt oder die Hoffnung nicht erfüllt. Wir haben nicht genug Propaganda und Reklame für unsere Arbeit gemacht. (Starker Beifall). Wenn ich dieses selbst zugebe, bitte ich daraus zu erkennen, daß wir

diesen Mangel in vollem Umfange erkannt haben. Wir sitzen aber in der schwierigen Situation, für derartige Dinge keine Zeit zu haben, da wir arbeiten müssen. Wenn wir gehört haben, daß eine Anzahl Kreis- und Bezirksparteien an Prof. Erhard herangetreten sind und ihn gebeten haben, in ihrem Bezirk auf einer Versammlung zu sprechen, so bin ich verpflichtet, Prof. Erhard zu bitten, abzulehnen. Aus dem einfachen Grunde, weil wir ihn in Frankfurt nicht entbehren können. Es geht nicht, daß unsere Direktoren hinausgehen und Versammlungen abhalten und dadurch bei der Arbeit in den Fraktionen fehlen. **Wir müssen das Ziel erreichen, das uns vorschwebt.**

Parteipolemik mit doppeltem Gesicht

Ich weiß, daß uns gegenüber eine ganz unglückliche Propaganda getrieben wird. In einem Flugblatt in Oberhausen kommt das besonders kraß zum Ausdruck. Die SPD sieht ihre Felle wegschwimmen, sie sieht, daß die große Masse mit der Wirtschaftspolitik in Frankfurt zufrieden ist und festgestellt hat, daß es wirklich besser worden ist. Es ist interessant zu sehen, wie unlogisch dabei polemisiert wird. **Im Augenblick, in dem die SPD ihre Propaganda gegenüber der KPD durchführen muß, behauptet sie genau das Gegenteil von dem, was sie behauptet, wenn sie uns gegenüber ihre Propaganda macht. Ich weiß bis jetzt noch nicht, was die SPD eigentlich will.** Sie sagt in Frankfurt, sie wolle keine Zwangswirtschaft, sondern Planwirtschaft. Aber was sie sich darunter vorstellt, sagt sie nicht.

Wir haben einen ganz klaren konsequenten Weg in unserer Politik, auf der Gegenseite fehlt dieser Weg. Und damit arbeitet man nur negativ in seinen Ideen. Es ist eigentlich beschämend für ein Volk, das so im Elend sitzt wie das deutsche, wenn eine politische Partei die Aufbauarbeit der anderen gefährdet und damit praktisch darauf spekuliert, daß es nicht besser, sondern schlechter werden müsse. Wir haben keinen Fraktionszwang in Frankfurt, und wir stimmen trotzdem alle gleich.

Entweder schaffen wir es oder wir wissen nicht, wie die Zukunft in der deutschen Wirtschaft aussehen wird. Wir glauben aber, daß wir es schaffen werden, und wir sehen hoffnungsvolle Ansätze, die uns berechtigen zu sagen, daß wir alle Schwierigkeiten, die vor uns liegen, überwinden werden. Wenn ich mich über eines herzlich gefreut habe, dann über den Beifall, mit dem Sie, die Direktoren hier empfangen haben, und über die Tatsache, daß im wesentlichen eine Zustimmung geäußert wurde. **Dann können wir wirklich sagen, daß wir trotz der Schranken der Not und der Zeit und mancherlei Schwierigkeiten fertig geworden sind, und aus einem Elend heraus neu aufgebaut haben ein neues deutsches Volksleben, ein neues deutsches Wirtschaftsleben und damit unseren Kindern und Kindeskindern die Grundlage zu einem besseren und hoffentlich auch glücklicheren Vaterlande gegeben haben. (Starker Beifall).**

KAS-ACDP

Der Flüchtling sollte Bruder sein

Referat von Dr. Linus Kather.

Ich möchte Ihnen zunächst auch im Namen meiner Schicksalsgefährten den herzlichsten Dank aussprechen für die Wahl zum 3. Vorsitzenden in der britischen Zone. Sie haben damit eine der Forderungen der Vertriebenen erfüllt. Ich danke Ihnen, daß Sie mir das Vertrauen geschenkt haben. Hoffentlich werden Sie Ihre Wahl nicht bedauern, wenn Sie mein Referat entgegengenommen haben. Wenn ich Gelegenheit habe, vor Ihnen als den Delegierten der größten Partei Deutschlands, der Partei, die heute in den Westzonen die Verantwortung trägt, über das Flüchtlingsproblem zu sprechen, so bin ich mir klar darüber, wie sehr es darauf ankommt, daß ich die richtigen Worte finde. daß ich Ihnen die Bedeutung dieser **Schicksalsfrage des deutschen Volkes** klarmache und daß ich Ihnen die Gefahren aufweise, die für unser Volk daraus erwachsen würden, wenn **dieses Problem wie bisher weiter stiefmütterlich behandelt würde**. Dieses Problem muß nicht nur wegen seiner schicksalhaften Bedeutung, sondern auch wegen der unvorstellbaren Not, der die davon Betroffenen seit langem ausgesetzt sind, **aus der Ebene parteitaktischer Erwägungen und Erörterungen herausgehoben werden**. Sie werden deshalb Verständnis dafür haben, wenn ich heute offene Worte der Kritik finde.

Ich bin der Auffassung, daß eine Partei, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die unvergänglichen Grundsätze der christlichen Ethik auch im politischen Leben zum Tragen zu bringen, die außerdem für sich in Anspruch nimmt, eine Partei des Rechts zu sein, wie keine andere dazu berufen ist, sich derer anzunehmen, denen durch den Krieg und seine Folgen das härteste Los geworden ist.

Wenn trotz dieser Berufung diese Aufgabe nicht oder nicht ausreichend erfüllt ist, so ist damit ein Versagen im Grundsätzlichen festzustellen, und eine offene Aussprache ist nicht nur notwendig, sondern sogar dringend erforderlich. Um von vorne herein ein Mißverständnis unmöglich zu machen und vor allem seitens einer gewissen Parteipresse die propagandistische Ausbeutung meiner Kritik zu verhindern, muß ich hervorheben, daß dieses Versagen in der SPD noch weit schlimmer ist als in unseren Reihen. Wenn wir in den letzten Wochen und Monaten doch Erfolge zu verzeichnen hatten — ich erinnere an die Einführung der Gewerbefreiheit und an die endliche Bewilligung des Koalitionsrechtes —, so verdanken wir das doch im wesentlichen unserer Union. Ich kann, was das Koalitionsrecht anlangt, für uns in Anspruch nehmen, daß wir es noch nicht bekommen hätten, wenn ich nicht immer wieder mit Unterstützung der Union in allen Parlamenten diese Forderung erhoben hätte. Wir sind dabei immer auf den Widerstand der SPD gestoßen, die uns in Verleugnung ihrer alten demokratischen Tradition dieses selbstverständliche Recht nicht geben wollte, weil sie mit Recht befürchtete, daß diese Organisationen nicht unter ihrem Einfluß stehen würden. Damals wurde von dieser Seite betont, daß die Vertriebenen sich nicht absondern, sondern eingliedern sollten. Bei anderer Gelegenheit, als wir beantragten, die verdrängten Beamten aus dem Osten bei der Ein-

stellung genügend zu berücksichtigen, wurde von derselben Seite erklärt, diese Menschen aus dem Osten hätten ja eine ganz andere Mentalität und paßten nicht hierher. **Also Ablehnung um jeden Preis.** Ich brauche nur zu erinnern an die Behandlung, die der Flüchtlingsrat unter sozialdemokratischer Führung erfahren hat. Er ist vom ersten Tage seines Bestehens an bekämpft worden, nur deshalb, weil darin die Vertriebenen einmal zu Wort gekommen waren und als unbequeme Mahner empfunden wurden.

„Der fünfte Stand“

Wenn ich heute manch offenes Wort sagen werde, meine lieben Freunde, so vergessen Sie nicht, daß ich für eine Volksgruppe spreche, der man schon vor längerer Zeit den bezeichnenden Namen „Der 5. Stand“ gegeben hat. Vergessen Sie nicht, daß die Notlage dieser Volksgruppe sich in den letzten Tagen gerade infolge der Währungsreform ungeheuer verschärft hat. Wir wissen auch, daß wir nicht allein **Not•leiden**; wir wissen auch, daß unter den Bombengeschädigten und vor allem auch unter den kleinen Sparern echte Not ist. Und alles, was ich von Ihnen für diese und Ihnen vorschlage, gilt in entsprechendem Umfang auch für diese Gruppen unseres Volkes. Es setzt sich auch immer mehr der Gedanke durch, daß die wirtschaftliche **Interessenvertretung all dieser Gruppen gemeinsam** zu erfolgen hat, wie das in der von mir gegründeten Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten schon Wirklichkeit geworden ist. Wir vermeiden damit insbesondere den Vorwurf und auch die Wirkung, daß der Spalt zwischen Einheimischen und Vertriebenen vergrößert und vertieft wird, und geben unseren Forderungen stärkere Resonanz und Stoßkraft.

Die Währungsreform hat die Vertriebenen mit ungeheurer Härte getroffen. Etwa noch vorhandene Reste des mitgebrachten Geldes sind ebenso dahin wie bescheidene Erfolge des nie erlahmenden Sparwillens aus den letzten Jahren; hoffnungsvolle Ansätze eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sind vielfach vernichtet; kleine Hilfen von früher, wie z. B. der Verkauf von Rauchwarenzuteilungen, sind in Fortfall gekommen. Die Wohlfahrtsunterstützung reicht nicht aus. Und es steht fest, daß ein großer Teil der Flüchtlinge heute nicht einmal in der Lage ist, sich die immerhin noch knappen Lebensmittelzuteilungen kaufen zu können. **Ich habe unter diesen Umständen kein Verständnis dafür, daß auch hier von bestimmter Seite eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise gefordert wurde.** Ich bin ein Freund der Landwirtschaft, und ich weiß seit langem, daß sie in der Zukunft schwere Tage haben wird. Es wird ihr geholfen werden müssen. Aber im Augenblick, wo die anderen seit Jahren gehungert haben und nicht wissen, wovon sie das tägliche Brot kaufen sollen, halte ich es doch nicht für angebracht, derartige Forderungen laß werden zu lassen.

Zum Selbstmord verurteilt?

Hunderttausende, wenn nicht Millionen sehen sich plötzlich vor eine ausweglose Situation gestellt. In der Hauptsache sind betroffen Frauen und Kinder, die ihren Ernährer verloren haben, Beamte, die nicht wieder angestellt worden sind, freie Berufe und Gewerbetreibende, die nicht festen Fuß fassen können, besonders natürlich die Alten, Schwachen und die Kranken. **Geradezu herzzerreißend sind die Briefe, die in ständig wachsender Zahl eintreffen, und eine seelische Qual die Besuche, denen man rat- und hilflos gegenübersteht.** Und immer wieder taucht die Frage auf: „Sind denn wir gerade die zum Selbstmord verurteilten?“ Und die **Konsequenz ist schon häufig genug gezogen worden.** Aus einem einzigen Kreis Niedersachsens

weiß ich, daß seit dem Währungsschnitt 9 Vertriebene den Freitod gewählt haben. In Schleswig-Holstein ist die Selbstmordkurve um 50% angestiegen; in Kiel allein wurden 64 Selbstmorde in den ersten Wochen verzeichnet.

Ist es zuviel gesagt, wenn man unter diesen Umständen behauptet, daß ein großer Prozentsatz dieser Aermsten der Armen durch die Währungsreform geradezu zum Selbstmord reif gemacht worden ist?

War das nötig, so fragen wir? Angeblich war es nicht möglich, Ausnahmen zugunsten der Flüchtlinge zu machen, weil dadurch die Wirkung des Währungsschnittes gefährdet worden wäre. Ich bin der Auffassung, daß man weniger großzügig gegenüber den Angehörigen der Besatzungsmächte hätte sein sollen und lieber dafür den Flüchtlingen etwas hätte geben müssen. Ich möchte diese Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um auch meinerseits im Namen der Millionen Opfer dieses Krieges zu protestieren gegen die Höhe der sachlich nicht gerechtfertigten Besatzungskosten. **Es ist auf die Dauer untragbar, daß Millionen von Flüchtlingen am Verhungern sind, während wir eine große Besatzungsarmee völlig überflüssig unterhalten.** Und ich freue mich, daß uns frühere Ausführungen bestätigt haben, was wir eigentlich schon wußten, daß deutsche Stellen für die asoziale Durchführung des Währungsschnittes nicht verantwortlich sind, daß ein deutscher Plan bestanden hat, der die härtesten Mängel vermieden hätte.

Wenn dieser Not nicht unverzüglich und wirksam abgeholfen wird, dann ist ein Unheil größten Ausmaßes unvermeidlich. Es handelt sich um Leute, die sich nicht selbst helfen können und zugrunde gehen, wenn die Hilfe nicht bald kommt!

Diese Hilfe kann nur bestehen in der Vorschubleistung auf den Lastenausgleich, wie sie ja offenbar auch beabsichtigt ist.

Lastenausgleich die letzte Hoffnung

Es ist in den Kreisen der Vertriebenen nicht verstanden worden, daß man die erste Gelegenheit zu einer Soforthilfe ungenutzt hat vorbegehen lassen, daß man die Zinsen der dem Ausgleichsfonds zugeschriebenen Hypotheken für Bauzwecke vorgesehen hat. Wir erkennen durchaus an, wie wichtig es ist, daß gebaut wird, wenn aber Hunderttausende von Menschen vor dem Hungertode stehen, muß vor dieser Not alles andere zurückstehen. **Wir fordern nachdrücklich, daß diese Zinsen für die Soforthilfe Verwendung finden, wozu sie ohnehin bestimmungsgemäß verwendet werden müßten.**

Und nun der Lastenausgleich selbst. Er ist die letzte Hoffnung der Vertriebenen. Wir haben uns ihre gegenwärtige Lage vor Augen geführt. Was haben sie aber alles vorher durchgemacht! Die Jahre des Krieges, die Schrecken der Flucht, der Ausweisung, der Verschleppung, Vergewaltigungen und Greuel aller Art. Herr Dr. Adenauer hat vorher mit Recht gesagt, daß der Morgenthau-Plan, wenn er durchgeführt worden wäre, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeutet hätte, das sich würdig den Taten des Nationalsozialismus an die Seite gestellt hätte. Das, was im Osten passiert ist, ist keine Irrealität geblieben. Dort sind Millionen dem Mord jeder Art zum Opfer gefallen, und dort sind Greuel geschehen, die sich sowohl dem Umfang als auch der Scheußlichkeit nach durchaus würdig dem an die Seite stellen, was der Nationalsozialismus fertiggebracht hat. Dann folgen die Jahre des Wartens unter unwürdigen Umständen und größten Entbehrungen, dazu der Verlust der Heimat und vielfach der Liebén; schwerste seelische Belastungen; dann der ermüdende

Kampf mit einer engstirnigen Bürokratie und der kalten Selbstsucht derer, die für alle diese Leiden menschliches Verständnis nicht aufzubringen vermögen.

Die Flüchtlinge klammern sich an diese letzte Hoffnung, sie sehen darin die letzte Chance für einen Wiederaufstieg oder für einen halbwegs erträglichen Lebensabend. Diese Hoffnung ist stark mit Zweifeln durchsetzt. Sie sind alle sehr skeptisch geworden nach den Erfahrungen, die sie in den letzten Jahren hinter sich haben. Diese Skepsis muß immer neue Nahrung gewinnen aus den Veröffentlichungen, die man in den letzten Wochen und Monaten in der Presse zu lesen bekam. Ich will hier nur eine für viele einmal unter die Lupe nehmen. Im DUD (Deutschland-Union-Dienst) vom 20. 8. 1948, also in einer der letzten Nummern, wurde ein Vorschlag Dr. Haffners, eines Mitgliedes unserer Fraktion, veröffentlicht, der wie folgt lautet:

„Wie in den bekannten Plänen vorgesehen, wird für jedes Unternehmen die Bilanz aufgemacht, in der sich Vermögen und Schäden gegenüberstehen, wobei auch die oben beschriebenen Schäden an Sachwerten zu berücksichtigen sind. Danach wird theoretisch die Rente festgesetzt, die der Betrieb zu zahlen hat. Die Zahlung soll aber nur dann geleistet werden, wenn sie aus dem Gewinn erfolgen kann. Dabei muß, um das Interesse am Betrieb zu erhalten, der Höchstprozentsatz festgelegt werden, den die Rente vom Gewinn, der nach Bezahlung der Steuern übrig bleibt, betragen darf.“

Diese Stellungnahme habe ich Ihnen wörtlich vorgetragen, weil sie den Gipfelpunkt der abträglichen Einstellung zu unserer Frage darstellt. Wir haben hören müssen, daß an eine Kapitalzahlung gar nicht zu denken ist, daß der Ausgleich erschöpft soll in einer langfristigen Belastung des abgabepflichtigen Vermögens.

Wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen, daß man unseren Ausgleichsanspruch umfälscht in einen Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung.

Das alles ist uns in den letzten Wochen geläufig geworden. Wenn die Vermögensumschichtung sich aber vollziehen soll in Form eines in jeder Hinsicht beschränkten Zuschlages zur Einkommensteuer, so ist das das **Erstaunlichste**, was geleistet worden ist. So schmerzlich es ist, daß ein Mitglied unserer Fraktion einen solchen Vorschlag macht, viel beklagenswerter ist es, daß der DUD als offizielles Mitteilungsblatt unserer Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU eine derartige Stellungnahme ohne ablehnenden Kommentar veröffentlichen konnte. Eine solche Veröffentlichung muß den Vertriebenen jede Hoffnung und jeden Glauben an anders lautende Erklärungen und Entschließungen nehmen. Angesichts ihrer furchtbaren Not, für die es einen anderen Ausweg nicht gibt, müssen **grenzenlose Erbitterung und weitgehende Radikalisierung** die notwendige Folge sein.

Die Verzweiflung ist groß und Asien droht

Schon oft ist mir entgegengehalten worden: „Wer hat auf unsere wirtschaftlichen Interessen Rücksicht genommen, wer hat gefragt, wovon wir existieren sollen? Wir mußten binnen weniger Minuten Haus, Hof und Habe im Stich lassen und in die Fremde ziehen.“ Diese Auffassung ist natürlich abzulehnen, aber ebenso natürlich ist es, daß derjenige, dem alle Türen zugeschlagen werden, letzten Endes bei der Erwägung landet: „Nun, wenn ich nichts haben soll, dann soll es anderen auch nicht besser gehen.“ Derartigen Gedankengängen sind besonders diejenigen zugänglich, die bessere Tage gesehen haben, und das ist ein sehr erheblicher Teil.

Ich bitte Sie inständig, diese Ausführungen ganz besonders ernst zu nehmen. Asien steht an den Grenzen Niedersachsens und Bayerns! Die Gefahr ist riesengroß. Auch wenn wir hier die Dinge einigermaßen meistern können, sie ist unabwendbar, wenn die Millionen Kriegsgesopfer zur Verzweiflung getrieben werden.

Es würde den Rahmen meines Vortrages sprengen, wenn ich Ihnen unsere Forderungen zum Lastenausgleich im einzelnen entwickeln würde. Das ist Sache der Ausschußberatungen. Hier kann nur das Grundsätzliche herausgehoben werden. Das erste und wichtigste ist, daß es sich hier um einen **echten und unbestreitbaren Rechtsanspruch** handelt. Soweit die direkten Einwirkungen des Krieges in Betracht kommen, ist der Anspruch auf Erstattung des Schadens schon nach dem Kriegssachschädengesetz begründet; soweit es sich um den Besitz der Ausgewiesenen handelt, den sie unversehrt zurücklassen mußten, haben sie Reparationen für das deutsche Volk bezahlt, das ihnen ausgleichs verpflichtet ist. Ihr Anspruch ist keinesfalls schlechter als der der Demontagegeschädigten. Auch nach den Grundsätzen des Naturrechts und der christlichen Moral kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Zufallsentscheidung der Kriegshandlungen und Kriegsfolgen nach Beendigung des gemeinsam geführten und verlorenen Krieges richtiggestellt und die Lasten möglichst gleichmäßig auf alle Schultern verteilt werden müssen.

Das Recht ist immer und ewig unteilbar

Der Rechtsgedanke muß wieder zur Geltung kommen. Das hat uns erst jetzt unser Erster Vorsitzender noch ausdrücklich gesagt. Und **das Recht ist immer und ewig unteilbar**, man kann es nicht in einem Punkt außer acht lassen und außer Kraft setzen, ohne es in seinem Wesen zu zerstören. Wir wissen, daß der Verwirklichung dieses Rechtsanspruches eine Grenze gesetzt ist durch den Rahmen des wirtschaftlich Erträglichen. Dieser Rahmen darf aber nicht zu eng gespannt werden.

Wir verlangen eine Neuverteilung des erhaltenen Zufallsbesitzes

Wenn einem Hausbesitzer das Haus durch die Bombe zerstört worden ist und die Häuser der Nachbarn sind stehen geblieben, dann sollte es unmöglich sein, den Schaden dieses Mannes zu Lasten der anderen zu setzen? Das werden Sie keinem Betroffenen klar machen können, zumal wenn man in Erwägung zieht, daß der Grundbesitz zum größten Teil in der Vergangenheit seine Belastung abgestoßen hat. Das ist auch nicht wahr, und vor solch einem Sachverstand kapitulieren wir nicht! Daran ändert auch nichts die große Zahl der Geschädigten. Dieses Moment kann nur eine Auswirkung haben auf die Höhe der Entschädigung, und diese kann sich bei der Lage des deutschen Volkes nur in bescheidenem Rahmen bewegen. Das sowohl den Vertriebenen als auch den anderen Kriegsgeschädigten völlig klar, und sie sind bereit, sich damit abzufinden.

Im Gegensatz zur Auffassung der Sozialdemokratie halten wir fest an der **Individualentschädigung**. Selbstverständlich ist es nicht Aufgabe des Lastenausgleiches, große Vermögen wieder herzustellen. Es muß gefordert werden, daß die **Entschädigung sozial gelenkt und gestaffelt** wird und daß sie dort hinkommt, wo sie am nötigsten ist. Wir werden auch an Pauschalierungen, z. B. beim Hausrat, nicht vorbeikommen, aber wenn man jede Relation zwischen dem zu gewährenden Ausgleich und der Höhe des Schadens ablehnt, so läuft das auf eine entschädigungslose Enteignung hinaus. Derartige bolschewistische Methoden müssen wir ablehnen.

Es ist auch nicht der Einwand berechtigt, daß unter keinen Umständen für die Durchführung des Lastenausgleiches eine neue Bürokratie aufgezogen werden darf. Wenn jemand unter den unheilvollen Auswirkungen einer engstirnigen Bürokratie

zu leiden gehabt hat, dann sind es die Vertriebenen und die anderen Opfer des Krieges. Ich brauche nur an den tragischen Freitod des Heimkehrers von Sendenhorst zu erinnern und an die Tausende, die von Ort zu Ort herumirren, weil sie nirgends Aufnahme finden. Erst vor einigen Tagen saß mir die Frau eines Kollegen aus Königsberg gegenüber. Auf meine Frage: „Wo wohnen Sie?“, sagte sie: „Ich schlafe jede Nacht woanders.“ Auf die weitere Frage: „Wo sind Ihre Kinder?“, kam die wörtliche Antwort: „Die sind Gott sei Dank noch im Krankenhaus.“ Daß diese Frau auch keine Kopfquote bekommen hatte und keinen Pfennig Geld besaß, versteht sich am Rande. **Das ist ein Schicksal für tausende.**

Wir haben trotz aller Härte des Währungsschnittes dankbar begrüßt, daß er einen Abbau der Bürokratie gebracht hat und hoffentlich noch mehr bringen wird. Wir sehnen uns also nicht nach neuer Bürokratie, aber wir empfinden es als merkwürdig, daß man mit einem solchen Einwand kommt. Wenn der Ausgleich ein Gebot der Gerechtigkeit und eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist, dann müssen auch die Kräfte zur Verfügung stehen, die ihn durchführen. Neue Behörden brauchen wir dazu nicht. Wir haben die Feststellungsbehörden, und man kann daran denken, die Finanzämter und die Amtsgerichte mit heranzuziehen.

Der 100prozentige Währungsschnitt

Was wir bisher zu der Frage des Lastenausgleiches hier zu hören bekamen, hat mich etwas hoffnungsvoller gestimmt, als ich es bislang war. Insbesondere haben mir die früheren Ausführungen den Eindruck vermittelt, daß man in Frankfurt mit dem größten Ernst an diese Frage herangeht. Der Betrag von 85 Milliarden für das vorhandene Vermögen wird sich hoffentlich als zu niedrig herausstellen. Auf der anderen Seite muß die Zahl der Berechtigten soweit wie möglich eingeschränkt werden. Das gilt vor allem für die Währungsgeschädigten. Vergessen wir nicht, daß die Ostvertriebenen bei der Währungsreform übergangen worden sind. Sie haben immer noch einen 100%igen Währungsschnitt zu verbuchen und würden froh sein, wenn sie den anderen gleichgestellt würden. **Diese Ungerechtigkeit muß zuerst ausgeglichen werden.** Die nur Währungsgeschädigten haben ihren Grund- und Sachbesitz behalten und müssen auch insoweit gegenüber den Bombengeschädigten und Vertriebenen zurücktreten. Der Währungsschaden wird überhaupt nur zum Zuge kommen können in besonders gelagerten Fällen, nämlich überall da, wo der verschwundene Sparroschen die einzige Existenzgrundlage für den Lebensabend war. In den Fällen muß natürlich geholfen werden.

Die Höhe der Schäden kann auch dadurch herabgesetzt werden, daß man durch die natürlichen Personen ein Antragsrecht ausräumt. Die Ansprüche der Toten Hand können meiner Ansicht nach in Fortfall kommen. Das würde fraglos zur Folge haben, daß ein sehr erheblicher Teil der Schäden wegfällt. Man kann auch eine **Beschränkung des Erbrechts vornehmen.** Es besteht keine Notwendigkeit, das Erbrecht weiter als auf Eltern, Geschwister und Kinder auszudehnen. Auch das würde gerade bei den Vorgängen, die sich im Osten abgespielt haben, wo ganze Dörfer ausgerottet worden sind, eine erhebliche Verringerung der Anmeldungen zur Folge haben. Sehr begrüße ich es, daß Direktor Hartmann einer Realabgabe das Wort redet und eine Verrentung nur zulassen will, wo sie nicht zu umgehen ist. Dabei ist zu fordern, daß diese Lasten auf möglichst lange Zeit verteilt werden. Einen Krieg dieses Ausmaßes und mit diesen verheerenden Folgen kann man nicht in einer Generation abrechnen. An den Lasten der Napoleonischen Kriege haben unsere Vorfahren über hundert Jahre getragen. Ich sagte vorhin, daß der Lastenausgleich die letzte Hoffnung der Vertriebenen ist. Er ist auch die große Bewährungsprobe für das deutsche Volk. Es wurde schon früher gesagt, daß der wohlthätige Schleier über un-

serer Not, die Reichsmark, zerrissen wurde. Unsere Armut ist in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar geworden. Die Währungsreform hat den Gegensatz zwischen Besitz und Besitzlosigkeit in voller Schärfe freigelegt.

Gelingt es nicht, diese Spannungen zu überbrücken und auszugleichen, so werden die Massen zur Selbsthilfe schreiten. Jeder, der die Situation richtig sieht, muß zu der Erkenntnis kommen, daß auch ein schmerzhafter Eingriff in die Substanz dieser Alternative vorzuziehen ist.

Der Lastenausgleich ist schließlich die letzte Chance für die großen Parteien, auch für unsere Union, vielleicht noch einmal das Vertrauen großer Wählermassen, insbesondere aber der Flüchtlinge, zurückzugewinnen. Der bisherige Verlauf des Parteitagess hat sichtlich bei allen Teilnehmern einen günstigen Eindruck hervorgerufen. Auch ich, der ich mit starker Neigung zur Kritik hierher gekommen bin, kann nicht leugnen, daß ich **positiv beeindruckt** worden bin. Und doch steht es für mich außer Zweifel, daß wir bisher noch kein richtiges Bild von der innenpolitischen Lage bekommen haben. Wir sind bisher an der Tatsache vorbeigegangen, daß die Parteien überhaupt im Volk erheblich an Boden verloren haben; denn die großen Massen des Volkes wollen von den Parteien nichts mehr wissen. Die Tatsache selbst wird kaum jemand bestreiten können; sie wurde schon bei der letzten Wahl durch den großen Prozentsatz der Nichtwähler unter Beweis gestellt, und inzwischen ist es sehr viel schlimmer geworden. Woran liegt das? Zunächst einmal daran, daß die Parteien glaubten, da wieder anfangen zu können, wo sie 1933 aufgehört haben. Die Hauptschuld trifft die SPD, die ein Parteibonzentum größten Ausmaßes und die schon geißelte Art des politischen Kampfes wieder eingeführt hat, einen politischen Kampf, den man in seinen Auswüchsen geradezu als unverantwortlich bezeichnen muß.

Der Ruf nach einer eigenen Partei

Ganz besonders haben die Parteien bei den Flüchtlingen an Vertrauen eingebüßt. Was ich Ihnen hierüber zu berichten habe, ist geradezu erschütternd, wobei ich bemerken muß, daß meine Wahrnehmungen sich hauptsächlich auf Schleswig-Holstein und Niedersachsen beziehen, und daß auch dort die Dinge örtlich verschieden sind. Man will im allgemeinen von den Parteien überhaupt nichts mehr wissen. **Der Ruf nach einer eigenen Partei wird immer stärker.** Ich habe es immer wieder erleben müssen, daß in großen Flüchtlingskundgebungen der Kontakt mit der Zuhörerschaft sofort dahin ist, wenn man auch nur in vorsichtiger Form die Weiterarbeit in den Parteien anschnidet. Erst gestern hat mir eine Delegierte aus Oldenburg von sich aus erklärt: „Man darf es gar nicht mehr wagen, sich in einer Flüchtlingsversammlung als Parteivertreter hinzustellen.“ Wie ist es dazu gekommen? Nun, es haben die verschiedensten Gründe zusammengewirkt. Zunächst einmal, daß **in drei Jahren nichts Durchgreifendes** geschehen ist. Stellen Sie sich die Situation dieser Leute vor, die seit langer Zeit unter den erbärmlichsten Umständen auf Hilfe warten und keine Aussicht auf Erfolg haben. Das wirkt natürlich verbitternd, zumal es an Entschließungen, Ankündigungen und Versprechungen nicht gefehlt hat.

Dazu die Haltung der einheimischen Bevölkerung. Ich weiß sehr wohl, daß es nicht überall so ist, aber leider überwiegen die negativen Fälle ganz erheblich. Was insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungswesens gesündigt wird, ist unvorstellbar. In Schleswig-Holstein wird den Vertriebenen dem klaren Wortlaut des Gesetzes entgegen die Gleichberechtigung von den Kreiswohnungsämtern offiziell abgesprochen. Erst vor einigen Wochen hat man einer Flüchtlingsfamilie von 4 Personen das zweite Zimmer mit der Begründung genommen, daß eine Flüchtlingsfamilie doch kein zweites Zimmer haben könne. Man hat sie mit Polizeigewalt

herausgesetzt, obwohl ich mich rechtzeitig eingeschaltet und den CDU-Landrat um Hilfe gebeten habe, und das in einem Kreis, in dem auf 100 Einheimische 125 Flüchtlinge kommen. Einer Familie, die erst vor kurzer Zeit aus Königsberg gekommen und jetzt in einem kleinen niedersächsischen Dorf sehr schlecht untergebracht ist, hat der Bürgermeister, als sie ihn auf seine Prunkräume hingewiesen hat, glatt erklärt, die brauche er zu Repräsentationszwecken. Solche und schlimmere Fälle sind an der Tagesordnung. **Es ist nur zu begreiflich, daß die Flüchtlinge von den Parteien, deren Exponenten dieselben Leute doch vielfach sind, unter diesen Umständen abbröckeln.** Die Verbitterung ist riesengroß und hat schon zu Entladungen geführt. In Bad Harzburg haben Flüchtlinge dem Bürgermeister die Möbel durchs Fenster geworfen. Es ist dort dazu gekommen, daß die Flüchtlinge mit der Zahlung der Miete allgemein in den Streik getreten sind, daß turbulente Versammlungen abgehalten worden sind und daß der niedersächsische Flüchtlingsminister persönlich eingreifen mußte. In der amerikanischen Zone scheint es nicht anders zu sein. Wir lasen vor einigen Wochen im DUD, daß in Ludwigsburg ein sozialdemokratischer Flüchtlingssekretär von einer nach tausenden zählenden Flüchtlingskundgebung verprügelt wurde, bis die amerikanische Polizei ihn rettete.

Unsere Stühle sind besetzt

Diese Haltung der Flüchtlinge gegenüber den Parteien findet eine weitere Erklärung in der Zurücksetzung, die sie ständig im politischen Raum erleben müssen. Das Versprechen, das man ihnen gegeben hat, ist nicht gehalten worden, auch bei uns. Erst in den letzten Monaten haben sich die Vertriebenen in den Landesvorständen mehr und mehr durchsetzen können, aber nach bitteren Kämpfen. Im Zonenausschuß bin ich immer noch unter den ordentlichen Mitgliedern **der einzige Ostflüchtling**. Eine völlig unverständliche Haltung hat man bei den Wahlen zum Wirtschaftsrat bewiesen. **Unter den ersten 52 Mitgliedern aus beiden Zonen war nicht ein Flüchtling.** Und in der britischen Zone haben wir es erleben müssen, daß auch bei der Ergänzungswahl nicht einer von uns hineingekommen ist.

Unsere schärfsten Proteste haben nicht bewirken können, daß auch nur in einem einzigen Falle eine Korrektur zu unseren Gunsten erfolgte. Ich muß leider feststellen, daß entgegen den vorhergehenden Ausführungen doch Macht vor Recht gegangen ist.

Unser Recht auf diese Mandate, die ja nach der Zahl der Bevölkerung verteilt werden, kann nicht in Zweifel gezogen werden. Auf unseren Stühlen sitzen andere Leute, und ich stehe beschämt vor meinen Schicksalsgenossen und kann die Tatsache nicht ableugnen, daß ich dieses Unrecht nicht habe verhindern können. **So wird in Frankfurt in den nächsten Wochen und Monaten gerade über unser Schicksal entschieden, ohne daß wir dabei sein können, wobei es immerhin ein Trost ist, daß aus der amerikanischen Zone zwei Flüchtlingsvertreter in den Wirtschaftsrat gekommen sind.**

Es liegt eine große Gefahr in diesem Tatbestand. Gerade weil die Frage des Lastenausgleichs so schwierig zu lösen ist, weil auch bei einer gerechten Lösung nur bescheidene Erfolge herauspringen können, wird auch eine gerechte Lösung dem Mißtrauen und dem Vorwurf der Einseitigkeit ausgesetzt sein, weil die Vertriebenen nicht in genügendem Umfange haben **mitwirken können.**

Man hätte erwarten sollen, daß unsere führenden Männer und Politiker aus diesem Vorgang eine Lehre ziehen würden, **zumal wir dieses Unrecht genügend angeprangert hatten.** Nein, das ist nicht geschehen, man hat nichts gelernt, wie die Wahl zum Parlamentarischen Rat zeigt. Die CDU der britischen Zone hat nicht

einen einzigen Ostvertriebenen in den Rat entsandt, und ich nehme sogar an, daß auch die anderen Zonen und Parteien nicht anders gehandelt haben, so daß wir damit rechnen müssen, daß die im Westen anwesenden 8 Millionen Vertriebenen im Parlamentarischer Rat überhaupt nicht vertreten sind. Man hat uns entgegeng gehalten, daß auch keine besondere Notwendigkeit vorliege, Ostvertriebene in den Parlamentarischen Rat zu senden, wo es sich doch nur um die Verfassung handelt. Selbst wenn das richtig wäre, hätten wir immer noch den Anspruch der Zahl für uns, die nun einmal für die Zusammensetzung der Parlamente ausschlaggebend ist. Aber der Einwand ist auch sachlich nicht richtig. **Wir haben sehr wohl ein unbestreitbares Interesse daran, mitzureden, wenn der Rahmen für unser künftiges politisches Leben gesteckt wird.** Denn man verlangt auf der anderen Seite immer wieder, daß wir uns eingliedern und daß wir mitmachen sollen. Kommende Geschlechter werden es vielleicht beklagen, daß dort diejenigen gefehlt haben, die nach ihrer Vergangenheit und Herkunft berufen sind, eine feste Klammer für die Einheit des Reiches zu sein. Herr Dr. Lehr hat erst vor kurzem als Vorsitzender des Zonenbeirats das treffende Wort geprägt:

„Wir dürfen nicht vergessen, daß es in unserem Vaterlande 14 Millionen gibt, die nur noch als Deutsche denken können.“

Auch in den großen sachlichen Fragen nimmt man nicht die nötige Rücksicht auf uns. Es ist seit langem die Errichtung einer **bizonalen Verwaltung für das Flüchtlingswesen** von uns gefordert worden, zuerst in München voriges Jahr, dann in diesem Jahr in Braunschweig bei der Reichstagung der Landesflüchtlingsausschüsse. Der Flüchtlingsrat für die britische Zone hat sich dieser Forderung einstimmig angeschlossen —, und trotzdem hat unsere Fraktion in Frankfurt zusammen mit der SPD sich gegen diese Forderung ausgesprochen. Ich sage Ihnen, es wird nicht lange dauern, und man wird diesen Standpunkt nicht mehr verstehen. **Dieses Problem ist nicht einmal auf der Reichsebene zu bewältigen, es ist überhaupt nur zu lösen mit der Unterstützung Europas und der ganzen Welt.** Ich habe schon im vorigen Jahr an dieser Stelle erklärt, daß wir kein Vertrauen zu der Länderbürokratie haben. Und die Erfahrung des vergangenen Jahres hat diese Besorgnisse bestätigt. Ich brauche nur aus der letzten Zeit an den Widerstand zu erinnern, den die vom Wirtschaftsrat beabsichtigte Soforthilfe bei den Ländern gefunden hat. Erst vor wenigen Tagen ist ein Referentenentwurf herausgekommen, der sich mit der Frage der Pensionen für die ostvertriebenen Beamten beschäftigt und das bisherige Unrecht fortsetzen will. Es ist mir gestern gesagt worden, daß dieser Entwurf maßgebend von den Länderregierungen beeinflußt worden ist. Auch deshalb wollen wir dieses Problem aus der Länderebene herausheben.

Anruf zur christlichen Opferbereitschaft

Wie ist diese Haltung der Union gegenüber den Vertriebenen, die in diametralem Gegensatz zu den Forderungen unseres Programms steht, zu erklären und zu begreifen? Sie verrät einen **bedauerlichen Mangel an politischer Einsicht und Weitsicht sowie an echter christlicher Substanz.** Im Referat des ersten Parteitags habe ich die Erwartung ausgesprochen, daß die westdeutschen führenden Politiker mehr als bisher in der geistigen Durchdringung und Förderung dieses Problems eine ihrer Hauptaufgaben sehen müßten. Diese Erwartung hat sich im wesentlichen nicht erfüllt. Ich hatte weiter gesagt: „Daß eine völlige Umkehr in Gesinnung und Haltung gegenüber einer Not ohnegleichen erforderlich ist, darüber kann es verschiedene Meinungen nicht geben. Gegenüber der Not der Heimatlosen werden sowohl Christen wie auch Sozialisten zu beweisen haben, daß sie diese Namen

mit Recht führen. Nur wer sein Christentum durch die Tat bekennt, darf sich Christ nennen. Wir fordern von der CDU den unermüdlichen Anruf ihrer Anhänger zu diesem Geiste christlicher Opferbereitschaft."

Heute ist es soweit, daß derartige Sätze in einer Flüchtlingsversammlung unweigerlich mit schallendem Gelächter quittiert werden. Der Ruf nach einer eigenen Partei wird immer stärker und dringender. Wir dürfen keine Vogel-Strauß-Politik treiben, sondern müssen uns mit dieser Gefahr ernsthaft beschäftigen. Meine Auffassung ist, daß eine Flüchtlingspartei unter allen Umständen abzulehnen ist; sie würde ein nationales Unglück sein. Sie würde eine neue Zersplitterung in unser politisches Leben tragen, und zwar auch in die Reihen der Vertriebenen. Sie würde ja auch, was unsere Zone anbelangt, nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein überhaupt eine Möglichkeit haben. Soweit ich unterrichtet bin, lehnen auch die wirklich verantwortungsbewußten Führer der Flüchtlinge diesen Weg ab. Es besteht aber weitgehende Uebereinstimmung darüber, daß die Haltung der großen Parteien eines Tages dazu führen kann, daß alle diejenigen, denen der Krieg die Wurze ihres Daseins genommen hat und die daher auf soziale Gerechtigkeit besonders angewiesen sind — auch alle diejenigen, die aus anderen Gründen die bisherigen Parteien ablehnen — sich zu einer großen Partei auf weltanschaulicher Grundlage zusammenschließen. **Diese Möglichkeit kann nicht ernst genug genommen werden.** Es sind die Massen da, die eine solche Partei tragen können, und es werden auch die Führungskräfte da sein, die sich einer solchen Bewegung zur Verfügung stellen.

Die Entscheidung darüber, ob es zu dieser neuen Bildung kommt oder nicht, hängt nach meiner Auffassung davon ab, ob es gelingt, durch den Lastenausgleich zu einer echten und grundlegenden Ausräumung der großen sozialen Spannungen zu kommen.

Es hängt also ungeheuer viel für unser Volk von dieser Regelung ab. Versagen wir bei dieser großen Aufgabe, so kann es leicht dahin kommen, daß die großen Parteien ihre Rolle als Weltanschauungsparteien ausgespielt haben. Für unsere Union müßte das im Interesse des Volkes und vor allem des christlichen Gedankens auf das tiefste beklagt werden. Es liegt nicht an unserem Programm. Es liegt daran, daß es nicht oder nicht mit dem nötigen Ernst durchgeführt wird. Wir brauchen nicht nur den Durchstoß zur freien Marktwirtschaft. Wir brauchen noch viel mehr: den Durchbruch zur christlichen Tat und zur christlichen Liebe!

Ich wiederhole aus tiefstem Verantwortungsgefühl meinen Ruf nach Umkehr. Wir haben vielleicht auch einen Fehler gemacht, daß wir Flüchtlingsvertreter fast nur zu unseren Schicksalsgenossen gesprochen haben. Wir sollten in Zukunft mehr zu den alteingesessenen Menschen sprechen und sie aufgeschlossener machen für diese Nöte ohne gleichen. Vielleicht ist es noch nicht zu spät. Aber zwei Voraussetzungen müssen unbedingt erfüllt werden, einmal die sofortige Durchführung des Hilfsprogramms. Mit Entschließungen ist heute nichts mehr zu machen, sie schaden fast mehr als sie nützen, wenn ihnen nicht die Tat auf dem Fuße folgt. Das zweite ist die wahrhaft gerechte Durchführung des Lastenausgleichs. Er muß eine erträgliche Lebenshaltung für alle die bringen, die sich selbst nicht helfen können, und die Möglichkeit eines Anfanges und Aufstieges für alle die, die Kraft dazu in sich verspüren.

Wenn wir von diesem Parteitag die Ueberzeugung mitnehmen könnten, daß Sie alle aus ganzem Herzen sich dieser Auffassung anschließen, und wenn wir die Gewißheit haben könnten, daß Sie alle diese Erkenntnis draußen im Lande zur Auswirkung bringen werden, und wenn wir darauf vertrauen

könnten, daß man in Zukunft uns den Platz einräumen wird, der uns zukommt, dann, aber auch nur dann, können wir die Möglichkeit einer aussichtsvollen und tatkräftigen weiteren Mitarbeit als gegeben ansehen, wobei wir uns darüber klar sein müssen, daß die Vertriebenen weitere Enttäuschungen nicht ertragen können.

Sie haben mich heute zum dritten Vorsitzenden gewählt. Sie werden dafür Verständnis haben, daß ich Ihnen meinerseits in voller Offenheit und mit dem gebotenen Ernst, aber auch ohne jede unnötige Schärfe unsere Forderungen vorgetragen habe. Ich weiß, daß manche meiner Schicksalsgenossen meinen heutigen Schritt nicht gutheißen werden. Ich glaube aber, es verantworten zu können, daß ich immer noch die beste Lösung darin sehe, daß wir uns in der Union durchsetzen, und ich glaube, daß ich in meinem neuen Amt Gelegenheit haben werde, auf dieses Ziel mit stärkerem Nachdruck und Erfolg als bisher hinzuarbeiten.

Ich möchte schließen mit den Sätzen, die ich einem noch nicht veröffentlichten Aufsatz meines Freundes und Mitarbeiters, Dr. Ludwig Hinz, entnommen habe:

„Bei der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation hat der amerikanische Oberkommandierende Mac Arthur die Worte gesprochen: Wenn wir nicht ein größeres und besseres System erstehen lassen, wird der Tod vor unserer Türe stehen“.

Auch das Problem des Lastenausgleichs ist im Grunde ein theologisches. Für den, der das siebente Gebot: „Du sollst nicht stehlen“ noch kennt, ist es einfach zu lösen. Das Gebot gilt in gleichem Maße für die Abgabepflichtigen und die Entschädigungsberechtigten. An dieses Gebot mögen alle Deutschen denken, die berufen sind, an der Regelung des Lastenausgleichs mitzuwirken. Ueber der Technik des Verfahrens steht der Geist. Das Schicksal der Ostsvertriebenen wird das Schicksal Deutschlands sein. Vielleicht haben die Gesetzgeber Westdeutschlands beim Lastenausgleich die Chance der letzten Begegnung mit den deutschen Menschen aus dem Osten, ihren Brüdern. Eine solche Begegnung steht im Buche der Bücher bei Lucas aufgezeichnet: „Es ging ein Mann von Jericho hinab nach Jerusalem und fiel unter die Räuber“. In diesem Gleichnis sahen die Gesetzgeber und ihre Gehilfen die Wunden des Bruders nicht, — zu ihrem Unheil. (Langer und starker Beifall.)

KAS-ACDP

Laßt uns Christentum vorleben

Referat von Frau Kultusminister Christine Teusch.

Sie hätten keine bessere Einführung finden können in das, was ich Ihnen zur Kulturpolitik der Gegenwart und insbesondere zur Kulturpolitik innerhalb der britischen Zone zu sagen habe, als diejenigen Worte, die von Dr. Adenauer zu uns gesprochen worden sind. Nach all dem, was wir von der sozialen Neuordnung hier erfahren haben, wird es nun, wenn auch in sehr drangvoller Kürze — die Zeit und die Umstände erlauben es leider nicht anders — angebracht sein, eine stille Stunde der Besinnung auf die kulturpolitischen und geistigen, ich möchte fast sagen, die weltanschaulich-religiösen Dinge zu lenken.

Diese Stunde und dieses Referat stehen noch unter dem Zeichen des Domfestes zu Köln, des Festes, das wahrlich ein Kulturereignis — wir dürfen es schon mit demütigstem Stolz sagen — von säkularer Bedeutung war, säkularer Bedeutung im vollsten Sinne des Wortes, gesprochen und hingenommen. Was wir da erlebt haben an Aufbruch von Volksverbundenheit, an Aufbruch geistiger Kräfte, an Tiefe und Aufbruch christlicher Kräfte, das, glaube ich, werden diejenigen, die es miterlebt haben, sei es nun in Köln, sei es durch den Rundfunk, sei es auch nur durch die Presseberichte, nicht mehr in ihrem Leben zum zweiten Male durchleben und wiederfinden. **Und ich wage sogar die Behauptung, daß dieses Erlebnis für uns Deutsche im Westen, zwischen Krieg und Frieden gesetzt, von so internationaler Bedeutung gewesen ist, daß diese internationale Bedeutung mehr wiegt, als vielleicht ein schlecht geschriebener Friedensvertrag bieten könnte.** Worin liegt diese Bedeutung? Sie liegt darin, worin das Wesen und die Bedeutung unserer Politik überhaupt liegt; nicht vom parteipolitischen Standpunkt allein aus gesehen, sondern von unserem Standpunkt als christliche und als deutsche Menschen aus gesprochen. Auch Kulturpolitik machen wir nicht aus Parteitaktik oder Parteidemagogie, wie wir es gestern immer wieder ablehnend ebenfalls für andere Gebiete des öffentlichen Lebens gesagt haben, sondern wir machen **Kulturpolitik aus christlicher Verantwortung**, weil wir durch die Kraft unseres christlichen Lebens und durch die Kraft unserer christlichen Ueberzeugung unser Wesen und unsere Ueberzeugung hineintragen wollen in das öffentliche Geschehen, gleichviel ob wir parteitaktisch und parteipolitisch damit einen Gewinn haben oder auch einmal eine Schlappe erleiden.

Denn wir sind überzeugt, daß die Echtheit christlichen Wesens und die Wahrheit der christlichen Worte sich letzten Endes überall durchsetzen werden.

Weil wir davon überzeugt sind, deshalb machen wir christliche Kulturpolitik.

Sie muß volksverbunden sein, wie wir das beim Domfest gespürt haben, so volksverbunden, wie die Massen es uns bewiesen haben, die zu Hunderttausenden zum Stadion pilgerten, und wie es bewiesen worden ist durch die Schar der Dombauhüttenleute, wo der Sohn des evangelischen Superintendenten ebenso ausgezeichnet wurde als Dombauhüttenmann wie der kleinste Lehrling aus einem katholischen Lehrlingshaus. **Kulturpolitik muß volksverbunden, das heißt: sozial sein.** Unsere Kulturpolitik wird nur dann volksverbunden sein, wenn wir wieder der Volksschule einen breiten und einen gesicherten Raum geben, und wenn wir der Schule des Vol-

kes alles das ersparen, was mit unnötigen Experimenten immer wieder versucht wird. Nichts rächt sich mehr an Experimenten — ich möchte den Herren aus der Wirtschaft- und Sozialpolitik damit keine Vorhaltungen machen —, als solche auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts. Am lebendigen Menschen soll nur eine ruhige und stete Bildungsentwicklung geschehen. Deshalb müssen wir alles, was sich dort tut, mit zarten Händen und mit den besten und sachverständigsten Gutachten begleiten.

Schule kein Tummelplatz parteipolitischer Experimente

Damit komme ich zu einem ablehnenden Wort gegenüber Kulturpolitikern aus anderen Parteilagern. Ich meine nicht alleine die Kommunisten, ich meine auch die Sozialdemokraten und in vielen Strichen unserer Zone ebenfalls die Freien Demokraten, die das Gebiet des Schulwesens, angefangen von der Volksschule, zum Tummelplatz ihrer Experimente machen möchten.

Wir müssen von der CDU aus verlangen, daß die Regelung des Schulwesens in den öffentlich parlamentarischen Raum verlegt wird und wir können nicht von irgendwelchen Kulturbünden aus, auch nicht von irgendwelchen Lehrerorganisationen aus, uns die Kulturpolitik vorschreiben lassen.

Allerdings muß dann unsere Schul- und Kulturpolitik auch so volksverbunden und so volksnah sein, daß wir den ärmsten Kindern unseres Volkes die beste und tüchtigste Ausbildung bis hin zu den Universitäten möglich machen. Ich glaube, daß wir uns mit unserer CDU-Arbeit — ich muß hier, wie es gestern auch die Herren Direktoren getan haben, über die britische Zone hinausprechen und sagen, daß von den elf Kultusministern in den drei Westzonen 6 Kultusminister zur CDU gehören — in der Ausrichtung nach der sozialen Seite hin — gut sehen lassen können. Diese soziale Seite muß nicht nur in der wertmäßigen Hebung der Volksschule, sondern auch in der Förderung des Gesamtwissens bestehen, ob man nun das neunte Volksschuljahr bejaht oder nicht. Sie muß darin bestehen, daß man damit über Berufsschulwesen und Fachschulwesen hinaus, wie man das heute auszudrücken pflegt, in den sogenannten „Bildungsdurchstoß“ hineinwirkt, der nicht allein vom allgemeinbildenden Wissen eines Gymnasiums aus, sondern auch von anderen Formen der Begabtenförderung und der Begabtenprüfung den Hochschulbesuch möglich macht.

Drittens ist noch nach der sozialen Seite hin notwendig, daß die Lehrkräfte, die an die werktätige Jugend ganz besonders herangeführt werden müssen — ich meine die Berufsschullehrer und Gewerbeschullehrer — auf der einen Seite aus den allgemeinbildenden Schulen eines Gymnasiums, zu ihrem Berufsstudium kommen können, daß wir aber niemals darauf verzichten werden, daß Männer und Frauen des Handwerks und der handwerklichen Ertüchtigung auch Berufsschullehrer und Gewerbeschullehrer werden können, um gerade den jugendlichen Menschen in den Fliegeljahren von der eigenen Arbeit und vom eigenen Berufe her die nötige Bildung und Erziehung mit ins Leben hineingeben zu können. Diese Frage der Berufsschul- und Gewerbeschullehrerbildung ist sehr akut. Wohin auf die Dauer eine Trennung der Berufs- und Fachschulen vom wirklichen Leben des Arbeiters führen könnte, das haben uns schon gewisse Jugendgruppen in den Gewerkschaften gezeigt, die das nachholen möchten, was in der Berufs- und Fachschule, wie sie sagen, versäumt wurde wegen des zu großen Wissensstoffes. Bringen wir unsere Männer und Frauen aus der Praxis als Lehrende in die Berufsschule hinein, dann haben wir auch eine gewisse Synthese zum CDU-Gesichtspunkt der sozialen Volksverbundenheit beim Schulwesen realisiert, der nicht nur die Hebung des Gesamtniveaus der Schule verbindet mit dem handwerklichen und sozialen Leben, sondern der auch unsere Studierenden der Hochschulen an ein gesundes Werkstudententum heranbringt.

Zur Wiedergeburt des Werkstudententums

Uns Kultusministern ist eine Sorge von der Seele gefallen, als wir nach dem ominösen Tag X die Studierenden unserer Hochschulen in der britischen Zone, ja überhaupt im vereinigten Wirtschaftsgebiet, mit dieser, ich möchte fast sagen, Selbstverständlichkeit im Werkstudententum ihre weitere wirtschaftliche Grundlage finden sahen. Was wir heute in einer gesunden Studentenschaft erleben, den Wunsch „nun endlich weg vom Vater Staat“, weg von dieser staatlichen Versorgung, um selbst mit Fleiß und Arbeit während der Universitätsferien, aber auch während des Studiums sich ihr Geld zu verdienen, das ist ein schöner Zug, den wir nur begrüßen können. Dieselben Kommunisten, die uns noch vor einem Jahr angeprangert haben, wir würden reicher Leute Söhne und Töchter fernhalten von Arbeits- und Berufsleben, wir müßten sie einmal an die Arbeit heranzuführen, damit sie mehr volksverbunden wären, dieselben Kommunisten haben mir im Landtag von Nordrhein-Westfalen vorgeworfen, als ich das Werkstudententum begrüßt und verteidigt habe, ich würde jetzt die Studierenden zu Handlangern und Tellerwäschern machen, ich würde sie degradieren durch diese Arbeit. Ich bringe Ihnen nur dieses eine Beispiel, weil die Wahlkämpfe vor der Türe stehen. **Wir müssen uns darauf rüsten, daß man uns heute eine gesunde soziale Verbundenheit unserer Studierenden, eine gesunde wirtschaftliche Selbsthilfe unserer Studierenden zum Vorwurf macht.**

Daneben gehen selbstverständlich für die Examensemester die nötigen Beihilfen. Unser Finanzminister Dr. Weitz ist unter uns anwesend, und von den anderen Finanzministern, die unserer Partei angehören, wie Herr Dr. Strickrodt in Hannover, kann ich auch bestätigen, daß wir seitens unserer Finanzminister das weiteste Entgegenkommen gefunden haben, um diese Beihilfen, auch in Form von Darlehnsausgaben, unserer studierenden Jugend zugänglich zu machen. Es ist nicht von ungefähr, — ich spreche es nicht gern persönlich aus, aber ich muß es sagen, — daß in der Gründungssitzung der „Studienstiftung des deutschen Volkes“ in Köln ein CDU-Kultusminister — ich selbst war es — Vorsitzender war und die ganzen Maßnahmen für die jetzige Zeit wieder mit ins Leben gerufen hat. Wenn wir diese Studienstiftung des deutschen Volkes nicht mehr abgestellt haben auf Bedürftigkeit, wo Millionen Heimatloser, wie wir eben gehört haben, durch die Lande gehen, wo abermillionen ausgebombt und evakuiert sind, sondern auch auf Würdigkeit und auf Tüchtigkeit, dann haben wir damit gerade dem Volksteil, der der CDU anhängt, einen großen Dienst erwiesen. Die Leute sind es auf die Dauer satt, einen Fragebogen nach dem anderen auszufüllen über das, was sie nicht haben und was sie noch nötig haben. Es muß bewiesen werden, daß der Studienstiftler, der ausgesucht wird auf Grund seiner Leistung und seiner charakterlichen und wissensmäßigen Tüchtigkeit, diese Stiftung auch verdient.

Sparmaßnahmen auch auf kulturellem Gebiet

Angesichts des finanziellen Abbaus stehen wir auf dem Standpunkt — und wir Kultusminister haben uns darüber mit den CDU-Finanzministern abgestimmt, für die ganze britische Zone —, daß keine Finanz- und Sparmaßnahmen in erster Linie für die Kulturpolitik veranlaßt werden und alle anderen Sparmaßnahmen hinterherkommen. Nein, entweder machen wir für alle Gebiete des öffentlichen Lebens Finanz- und Sparmaßnahmen, oder wir machen keine. Sparen wir aber im allgemeinen, dann müssen wir auch bei der Kulturpolitik, ich möchte fast sagen, etwas kürzer treten, z. B. bei den Gagen unserer Theaterstars. Hier muß gespart werden, und da haben wir eine **Gagenkonvention** in Aussicht genommen, die wir morgen und übermorgen mit den Kultusministern der drei Westzonen und dem Deutschen Städtetag zu bera-

ten haben werden. Dann darf aber auch nicht bei diesen Sparmaßnahmen mit **parteilichter Demagogie** von anderer Seite hervorgebrochen werden. Gestern haben wir etwas gehört von den Finanzgeschäften in unseren Ländern, besonders in Schleswig-Holstein.

Es ist unverantwortlich, wenn der sozialdemokratische Kultusminister in Schleswig-Holstein, Herr Kuklinski, mit großem Pathos Schulgeld- und Lernmittelfreiheit proklamiert und das Land Schleswig-Holstein nicht weiß, wie es die Mittel hierfür aufbringen soll.

Das erinnert an Methoden, übelster Art, die wir vor 1933 oft genug im Reichstag erlebt haben, als die Kommunisten mit den Nationalsozialisten Anträge einbrachten zur Notlage der Kleinrentner und wie alle diese Hilfsbedürftigen damals hießen. Wenn unser verehrter Reichskanzler Brüning sie fragte: „Und die Gelder dazu?“ — stellten sie sich mit verschränkten Armen hin und sagten: „Die müssen Sie eben aufbringen, das geht uns nichts an.“ Den Leuten war Sand in die Augen gestreut und es war Schindluder mit ihrer Not getrieben worden. Die Kulturpolitik ist unwahrhaftig zu schade dafür, und es ist ihrem innersten Wesen geradezu widersprechend, wenn mit diesen unwahrhaftigen demagogischen Mitteln die Eltern betrogen werden. In unserem Lande allein würde das 70 Millionen ausmachen. Und was bedeuten heute 70 Millionen in einem Haushalt — Herr Ministerpräsident Arnold ist ja anwesend — von etwa 3 Milliarden? Woher sollen wir sie denn nehmen? Es ist doch viel besser, die Lasten zu verteilen. Wenn Stipendien und Beihilfen notwendig sind, werden sie großzügig gewährt. Man könnte allenfalls noch daran denken, das Verfahren des Herrn Stein, des Kultusministers von Hessen, zu überlegen, wo die Sache umgekehrt gemacht worden ist. Grundsätzlich ist Schulgeldfreiheit in der Verfassung dort vorgesehen, aber dann eine Verpflichtung der Eltern, von 300 Mark Monatseinkommen ab aufwärts, zu den Schullasten eingeführt. Also, wie die Gelder einkommen im Belastungsverfahren, das ist zu überlegen. Wenn man aber Schulgeld- und Lernmittelfreiheit proklamiert und dann vor einem Staatsbankrott wie in Schleswig-Holstein steht, so ist das ein Verbrechen und eine Sünde gegen die Wahrheit (Beifall).

Ebenso unverantwortlich ist es, wenn Besatzungsbehörden sich in diese Fragen hineinmischen (sehr starker Beifall und Zustimmung). Die englische Regierung wünscht das nicht; ich meine die Frage der Schulgeldfreiheit. Die amerikanische Militärregierung macht Herrn Hundhammer viele Schwierigkeiten. Die englische Militärregierung steht auf dem Standpunkt, daß kulturpolitisch nur das verantwortet werden kann, was auch vom Staate her finanziell zu tragen ist. Ich glaube zu wissen, daß im Hauptquartier der englischen Militärregierung keine große Freude herrscht über die Dinge, die Herr Kuklinski in Kiel gemacht hat. Das nur zur Feststellung der Wahrheit.

Uns blieb nur die wissenschaftliche Forschung

Die Volksverbundenheit muß sich aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht angesichts der Währungsreform den Instituten zuwenden, die ganz besondere Rechte in der Kulturpolitik beanspruchen: das sind die Universitäten und die Forschungseinrichtungen. Hier muß überlegt werden, ob mit den Universitäts-Reformen, die ja im Werden sind, nicht personell und organisatorisch eingespart bzw. eine Linie herausgearbeitet werden kann, daß nun nicht jede Universität, jede Fakultät mit vollster und größter Besetzung die höchste Vollendung hat. Wir könnten uns denken — wir Kultus- und Finanzminister waren gemeinsam der Ansicht — daß die einzelnen Universitäten beim Fortbestand ihrer Ganzheit immerhin ein bestimmt geprägtes Gesicht haben würden, daß die eine Universität mehr diese und die andere mehr jene Fa-

kultät und Disziplin haben könnte, wie das früher schon in reicheren deutschen Zeiten der Fall war.

Was die Forschungsinstitute angeht, so bedaure ich, daß die Herren Direktoren von Frankfurt nicht mehr hier sind. Herr Direktor Storch wird so freundlich sein, das anzubringen. Ich sagte im vorigen Jahr schon auf dem Parteitag, daß **60% unserer gesamten wirtschaftlichen Forschung durch den Raub der Patente abhanden gekommen sind**. Was uns geblieben ist, ist die wissenschaftliche Forschung. Wenn sie, wie unsereins, Tag für Tag bedrängt werden, diese wissenschaftliche Forschung wieder zur Weltgeltung zu bringen — und dazu haben wir nach der deutschen Vergangenheit und der deutschen Leistung ein Recht —, dann ist es schwer zuzusehen, daß dieser und jener, der sich nun berufen glaubt, ein großer Forscher zu sein oder zu werden, antichambriert in Frankfurt, um Geld zu bekommen, dann noch einmal bei uns vorspricht und zum dritten Mal vorspricht bei den Universitäten des Landes. Dadurch wird Geld vergeudet; da muß planvoll gelenkt und abgewogen werden, abgesehen davon, daß das Geld von unseren Steuermitteln und von unserer schwerarbeitenden Bevölkerung kommt. Wir wollen dieses Geld nicht ausgegeben wissen für Forschungen auf Gebieten, die uns nachher einen neuen Krieg auf den Hals bringen. Also muß diese Forschung **unter öffentlich-parlamentarische Kontrolle** genommen werden. Diese öffentlich-parlamentarische Kontrolle muß verantwortet werden in den Länderparlamenten und im Wirtschaftsrat. Es muß eine Planung darüber eingerichtet werden, regional und überregional oder an Universitäten gebunden, was an Forschungen geleistet werden kann mit dem wenigen Geld, das uns zur Verfügung steht.

Gegen jede Staatsomnipotenz

Der zweite Gesichtspunkt, den uns das Domfest nahelegte, war die **freie Entfaltung der Kräfte in einem großen geistigen Reichtum**. Der große geistige Reichtum in der Kultur kommt in erster Linie zum Ausdruck bei all dem, was außerhalb der staatlichen Einrichtungen und staatlichen Lenkungen geschieht. Hier müssen wir mehr als bisher Gewicht darauf legen, daß in den Fragen der Erwachsenenbildung, im freien Spiel der Kräfte, in all diesen Kulturveranstaltungen **die Staatsomnipotenz des dritten Reiches nicht wieder auflebt**. Sie hören das von mir, einem amtierenden Kultusminister, jawohl, die Staatslenkung in gewissen Ländern der britischen Zone, angefangen, verehrter Herr Schröter, in Schleswig-Holstein über Hamburg bis nach Hannover, ist nicht das, was wir aus einer echt demokratischen und christlichen Kulturpolitik in der Erwachsenenbildung gemacht wissen wollen (Beifall).

Wir sind nicht dafür da, nur nach außen hin die Würde und Freiheit des Menschen zu proklamieren, sondern wir wollen in diesem geistigen Spiel der Kräfte die Freiheit walten lassen auch für die anderen — wir sind ja Demokraten —, aber wir müssen sie auch für uns selbst respektieren lassen.

Da, wo wir diese Freiheit beanspruchen, ist es manchen Parteien nicht recht, und wo andere sie für sich beanspruchen wollen, wird es oft mit den **Methoden einer totalitären Staatsführung** getan. Schleswig-Holstein mit seiner einseitigen sozialdemokratischen Regierung respektiert in keiner Weise im Lande Schleswig-Holstein den Elternwillen für die Einrichtung der Konfessionsschulen; Hamburg respektiert vielleicht in den Zuschüssen den Elternwillen für die private Volks- und Höhere Schule, respektiert aber nicht in der Kulturpolitik — ich komme noch darauf zurück. —, was Film und Funkwesen angeht, die Meinung, die auch aus anderen Kreisen als nur dem Hamburger Senat hervorgeht.

Wenn wir aber das verlangen, dann muß auch unsere eigene Initiative so aussehen, daß in der Ausgestaltung solcher freien Arbeitsgemeinschaften, z. B. der Ju-

gendlichen, der Frauen, der arbeitenden Bevölkerung, der Parteirichtungen, **all das gewahrt und beachtet wird, was wir an staatsbürgerlich zuverlässiger Gesinnung vom Staate her verlangen müssen.** Auch übernational und international kann die CDU sich auf diesem Gebiet mit einer solchen Forderung sehen lassen. Was da bereits vorgearbeitet ist, das wird erst einmal offenbar werden, wenn wir internationale Institutionen auch in unserem Land und in unserer Zone begrüßen können. Es ist gute Aussicht dafür vorhanden, daß wir in unserer Zone und wahrscheinlich in unserem Lande Nordrhein-Westfalen eine Zweigstelle, eine Forschungsstätte, eine Heimstätte für irgendeinen Zweig der UNESCO bekommen werden.

Das Zentrum und die Konfessionsschule

Was ich hier für das freie Spiel der Kräfte, in der Bildung gesagt habe, das gilt besonders für das Schulwesen. Es geht nicht an, wie das neue Zentrum — um es nochmals zu sagen — es vielfach proklamiert, daß dieses freie Spiel der Kräfte in Bezug auf Abstimmung für die Konfessionsschule, in Bezug auf die Willensäußerung für die Schulgestaltung sich nur im vorparlamentarischen und vorpolitischen Raum abwickelt. Was bedeutet das? **Das sind platonische Liebeserklärungen, für die ich gar nichts gebe** (Beifall und Heiterkeit). Gewiß, Ihr Lachen mag hier wohl angebracht sein bei dieser Bemerkung. Aber sie bedeutet soviel, daß z. B. in den Städten nach dieser sogenannten platonischen Erklärung abgestimmt worden ist, z. B. in Dortmund (einige Stimmen und Widerspruch) und in Solingen. Lieber Herr Gronowski und Herr Steup, ich kenne aber Orte, wo mit Mehrheit im vorpolitischen Raum von den Eltern für die Konfessionsschule abgestimmt worden ist und nachher im politischen Raum nichts erreicht werden konnte, weil die politische Abstimmung ein Kräfteverhältnis KPD — SPD — FDP ergab, so daß der geordnete Schulbetrieb nicht errichtet werden konnte, und daß wir nur mit energischen Maßnahmen z. B. Solingen dazu bewegen haben. Auch in Dortmund kann die ganze Prozedur erst zu einem guten Ende geführt werden mit einem gemischten Ausschuß aus Regierung, Religionsgemeinschaften, Stadtverwaltung und Schule.

Von diesen Vorgängen nur so im vorpolitischen Raum Grundsatzserklärungen abzugeben und nachher nicht im politischen Raum zu realisieren, haben wir in der Vergangenheit übergenug erlebt. Wir haben oft genug Gemeinschaften, auch christliche Arbeitsgemeinschaften beider Konfessionen gehabt, die sehr schön über grundsätzliche Dinge und Fragen diskutierten und schöne Denkschriften verfaßt haben. Aber wenn diesen Leuten der Auftrag gegeben wurde am Wahltag: „Jetzt bekenne dich einmal zu den Parteien, die konstruktiv für das öffentliche Leben auch Freiheit und Raum dem Elternwillen schaffen, dann kam die Frage, was bekomme ich von der Partei an Lohn und Gehalt, welches Pöstchen bekomme ich von der Partei, zu welchem Minister muß ich halten. Da spielte alles und jedes eine Rolle, nur nicht die kulturpolitische Einstellung, die in der religiösen Gemeinschaft so mutig bekannt worden war.

Im öffentlichen Leben müssen wir aber sagen, daß Kulturpolitik nicht nur eine Sache für die Kirche und die Sakristei sowie für die religiösen Arbeitsgemeinschaften ist, sondern **Kulturpolitik ist genau so der Auftrag Gottes** zur Mitarbeit, wie Frau Kesting es ausgeführt hat, auch für das politische und staatliche Leben (Beifall).

Unsere Schule hat die Erfüllung dieses Auftrages brennend nötig.

Der Einfluß der Besatzungsmächte auf kulturellem Gebiet

Bisher habe ich von Kulturdingen gesprochen, wo wir selbst die eigene Hoheit in Händen haben, wo wir in der britischen Zone finanziell Herr im eigenen Hause

sind. Alle Gerüchte und Märchen, daß wir auf diesen Gebieten, die ich bis jetzt genannt habe, nicht Herr/im eigenen Hause wären, daß die Militärregierung uns in der britischen Zone hineinregieren könne, entsprechen nicht den Tatsachen. Wie ich überhaupt hier einmal beim Parteitag feststellen will — und wir Kultusminister, alle 17 von ganz Deutschland, einschließlich der 6 aus der russischen Zone, waren schon zusammen und können dies feststellen —, daß in den Befugnissen der Militärregierung auf kulturpolitischem Gebiet die russische Zone, Herr Kaiser, am schlechtesten liegt, also Diktat auf der ganzen Linie; dann kommt die französische Zone, die noch nicht einmal einen Studienrat durch ihre Herren Kultusminister anstellt, ohne in Baden-Baden nachzufragen; dann kommt die amerikanische Zone, wo die Amerikaner, ich möchte fast sagen, die Kulturpolitik oft machen wollen, wie es ihnen gerade einfällt — da muß z. B. über Nacht Herr Hundhammer die Schulgeldfreiheit einführen, er muß irgendein Gesetz annehmen usw., sie handeln also mehr sporadisch als organisch, und ich weiß nicht, ob sie es in ihrer Heimat auch so machen. Jedenfalls ist es so in der amerikanischen Zone. Dann kommen wir. Wir haben jetzt durch die Verordnung, Nr. 57 eine ganze Reihe von Kulturgebieten in eigene Hoheit bekommen, bei denen die Militärregierung nicht mehr Kontrolller, sondern Adviser, Ratgeber ist. Aber wir haben noch das sehr sorgenvolle Gebiet, wo die Militärregierung bis heute noch nach den Verordnungen 51 und 81 den Kontrolller für uns macht, nämlich das Gebiet der Kulturpolitik, das sich mit der **Bildung der öffentlichen Meinung** befaßt, Film und Funk, Buchverlag und Pressewesen, und leider auch noch zum Teil der Numerus clausus, die Zulassung zu den Universitäten. Ich darf in dieser Stunde soviel sagen, daß wir vier Kultusminister im englischen Hauptquartier unlängst das Herausbrechen des Numerus clausus aus dem Kontrollsystem erreicht haben und daß wir wahrscheinlich im Herbstsemester auch die Zulassung zu den Universitäten in eigene deutsche Hände bekommen werden.

Lieber tüchtige Handwerker als schlechte Akademiker

Bei der Misere unserer Universitäten und dem akademischen Proletariat, das wir verhindern müssen, ist auch die Uebertragung der Zulassung in rein deutsche Hände ein zweischneidiges Schwert. Auch wir müssen die Dinge so wollen und ordnen, daß wir lieber einen tüchtigen Handwerker als einen schlechten Akademiker haben (lebhafter Beifall). Das sage ich nicht als Frauenkulturdiktatorin — wie man sich ausdrückte —, sondern als Meinung sämtlicher Kultusminister. **Tüchtigkeit in der eigenen Leistung und im eigenen Wesen ist wieder notwendig!** Was haben uns denn die führenden Männer des abgegangenen Dritten Reiches als schiefgegangene Akademiker alles hinterlassen? Goebbels und Himmler (Zwischenruf: Himmler?) Ja wohl, Himmler war auch halbfertiger Akademiker. Diese innerlich gebrochenen Menschen haben nachher aus ihren verdrängten Komplexen heraus das geleistet, worunter wir alle geistig, und ich möchte fast sagen, wenn man den Krieg und sein Ende nimmt, körperlich und seelisch genug gelitten haben. Zu den Gebieten, wo wir noch den Kontrolller haben, muß ich sagen, daß unsere Leute im Zonenbeirat, an der Spitze Frau Webér, als Vorsitzende des Kulturausschusses, alles getan haben, um in den zonalen Verordnungen unseren Einfluß soweit wie möglich zu erreichen [Rundfunk und Film].

Doch ich komme jetzt zu einer sehr betrübnlichen Feststellung. In der Diskussion wird Herr Raskop auch zu dieser Frage reden, weil er im Verwaltungsrat des Nordwestdeutschen Rundfunks sitzt. Durch diese zonalen Verordnungen sind auf den Gebieten des Film- und Funkwesens, des Buchverlages und des Pressewesens sowohl dem Herrn Ministerpräsidenten wie auch mir als Kultusminister und den übrigen

Kultusministern Befugnisse gegeben worden, bestimmte Persönlichkeiten, aber nicht aus parteipolitischen Erwägungen, überhaupt nicht als Vertreter von Parteien, sonder als Vertreter der Oeffentlichkeit, von Verbänden, Arbeitsgemeinschaften usw., in diese Zonenausschüsse zu entsenden. Und jetzt darf ich vor der breitesten Oeffentlichkeit sagen, die Regelmäßigkeit des Besuches, die Wahrnehmung dieser Funktionen ist bei denen, die nicht aus unserem Lager sind, weit pflichtgetreuer als bei denen, die wir als Leute unseres Vertrauens dahin entsandt haben (hört, hört!). Wenn ich die Berichte bekomme aus diesen Ausschüssen, die ich pflichtgemäß für bestimmte Ausführungsmaßnahmen auch im Ministerium verarbeiten muß und dann lese, daß der und jener mit oder ohne Entschuldigung gefehlt oder wichtige Abstimmungen versäumt hat, dann muß ich sagen, zuerst reißt man sich darum und will vertreten sein, und dann finden Sitzungen statt, wo zwei, drei und vier Leute von uns unter 20 fehlen oder überhaupt nicht vertreten sind. Diese Leute haben alle Briefe von mir bekommen, daß sie regelmäßig erscheinen müssen, oder sie würden durch andere ersetzt (Beifall).

Da ist einmal wirklich eine Funktion im vopolitischen Raum, und solange wir noch nicht selbst die Gesetzgebung auf diesen Gebieten haben, sollte man auch in diesem vopolitischen Raum das tun, was uns eben möglich ist und nicht durch Abwesenheit glänzen.

Wir haben aber noch ein weiteres auf diesem Gebiet getan. Filmvorführungen, die uns alle schwer das Herz bedrängen, haben wir dadurch, ich möchte fast sagen, von den Jugendlichen zu bannen versucht, daß wir mindestens mit einer Polizeiverordnung den Schutz der Jugendlichen bis zu 18 Jahren — durch unsere Innenminister — erreicht haben. Das konnten wir tun, weil es eine Polizeiverordnung und keine gesetzgeberische Regelung des Lichtspielwesens gewesen ist. Ich möchte gerade den Männern und Frauen, die unter uns sind und uns dabei geholfen haben, ein ganz besonderes Lob und Dank sagen. Die Filmwirtschaft hat auch eingesehen, daß dieses **Anrennen der öffentlichen Meinung mit Recht gegen Schmutz und Schund im Film, gegen Verhöhnung der Tugend und gegen die Glorifizierung des Lasters auf die Dauer für die Filmwirtschaft selber unerträglich ist.** Die Filmwirtschaft hat sich entschlossen, in der amerikanischen und der britischen Zone — die französische Zone wird sich anschließen — auf dem Wege der freiwilligen Selbstkontrolle, der freiwilligen Selbstprüfung einen bizonalen, vielleicht sogar einen **trizonalen Filmzensurausschuß** einzusetzen mit dem Sitz in Düsseldorf, in dem nicht nur die Filmwirtschaft, sondern auch Vertreter der Religionsgemeinschaften, Vertreter der Jugendverbände, Vertreter der öffentl. Meinung sitzen, die dann auch hoffentlich da sind und ihre Stimme ins Gewicht legen können (Beifall). So hoffen wir auf dem Wege der Selbstkontrolle, den auch die Militärregierung in dieser Form genehmigt hat, zu einer gut geregelten Filmgesetzgebung zu kommen, und zwar so ähnlich, wie wir damals schon im Reichsinnenministerium Ansätze für ein gut geregeltes Lichtbildwesen gehabt haben — ich sehe gerade Fr. Meinek, die damals schon führend gewesen ist, in diesem Saal. Das ist in die Wege geleitet. Der beratende Zonenausschuß für den Film ist in Hamburg geblieben. Allerdings habe ich eine meiner besten Damen aus dem Ministerium für dieses Gebiet als Sekretärin dorthin schicken müssen.

Im Funkwesen ist die Militärregierung auch Kontrollerr. Hugh Carlton Green, wir kennen ihn noch an dem tup, tup, tup (Heiterkeit), hat mir gesagt, hoffentlich habe ich Ihnen nicht zu viel versprochen. Ich habe ihm gesagt, ich glaube fast, daß Sie uns zu viel versprochen haben, denn diese Freiheit und diese Selbstverwaltung gerade auf dem geistigen Gebiet und dem Gebiet der öffentlichen Meinungsbildung sollte nun **endlich in unsere eigenen Hände gelegt werden**, das haben Sie uns noch nicht gegeben. Ich will im übrigen zum Rundfunkverwaltungsrat und Rundfunkaus-

schuß nicht viel Worte machen. Herr Raskop wird Ihnen über diesen Siebener-Verwaltungsrat einiges sagen. Aber das eine wollen wir uns merken. Wenn wir sagen, einseitige Uebertragung des Rundfunks, einseitige Ausrichtung des Rundfunks, dann müssen wir das auch beweisen. Es kommen viele Briefe an uns, und wenn man den Dingen nachgeht, um wieviel Uhr das gesagt worden und wer hat das gesprochen, dann weiß man keine richtige Antwort und sagt, das weiß ich nicht mehr im einzelnen. Wenn also die Religionen gelästert oder die Ehe heruntergezogen wird oder für die Jugenderziehung irgendwelche ungunen Bemerkungen gemacht werden, dann muß man es schon genau notieren und es entweder unseren Leuten im Verwaltungsrat des Rundfunks oder dem zuständigen Referenten im Kultusministerium einreichen, auch wenn der Kultusminister eine andere Parteifarbe hat; denn dieser Kultusminister ist nach der Verordnung verpflichtet, auch in seinem Lande einen Ueberwachungsbeirat zu schaffen, der für diese Dinge ein beratendes Organ darstellt. **Und dann wird man auch auf die Dauer diese einseitige Tendenz des Rundfunks beiseitigen können.** Sie besteht ja weniger in der Besetzung der Ausschüsse — dafür hat die Zonenverordnung gesorgt —, als vielmehr in der Besetzung des bedienenden Personals. Diese Leute mit den hohen Gehältern, die sollte man sich einmal ansehen, vor allem um dessentwillen ansehen, weil sie unsere freie Künstlerschaft in ihrem Wirken gefährden. Die Rundfunkorchester und Rundfunkdarbietungen geben unserer schwer ringenden und hungernden freien Künstlerschaft eine solche schmutzige Konkurrenz, daß wir kaum dieser Dinge Herr werden können. **Hier sollte man zur Förderung der gestaltenden und bildenden Künstler von uns aus ein Einsehen haben,** auch bei den Gemeindeverwaltungen, sie sind ja souverän, die Herren Bürgermeister und Stadtvertretungen, sie sollten sich einmal überlegen, ob sie diese Verträge mit Rundfunkorchestern abschließen dürfen und das ganze Ensemble, das in der Nachbarschaft hungert, einfach, ich möchte fast sagen, der Not damit aussetzen. Wir müssen Gemeinschaft schließen unter den Stadtverwaltungen und den freien Verbänden, damit auch die Künstler da unterstützt werden.

Kulturhoheit für die Länder?

Im Buchverlag und Pressewesen haben wir noch eine Lizenzierung, ohne daß irgendwie die freie Meinung der Oeffentlichkeit dazu gehört werden kann. Was an politischer Zuverlässigkeit zu prüfen ist, betrachte ich voll und ganz zu Recht. Uns kann es nur recht sein, wenn **politisch zuverlässige Menschen** diese Lizenz bzw. diese Bildung der öffentlichen Meinung tragen. Was aber an Willkür, zumal in jenen Kreisen, die uns nicht hold sind, möglich ist, das muß eben auf die Dauer ausgeschaltet werden. Mit einem Wort: alles das muß in deutsche Hände zurückgelegt werden. Wenn ich sage, in deutsche Hände zurückgelegt werden, dann muß ich auch als Zonen-CDU noch ein ernstes Wort dazu sagen. Ich habe kürzlich in der Zeitung „Die Zeit“ einen Artikel von Kollegen Grimme aus Hannover gelesen. In unserer Konferenz der Finanz- und Kultusminister hatte er sich eindeutig auf den Standpunkt **der Kulturhoheit der Länder** gestellt, und diesmal bekennt er sich in dem Artikel zu irgendeinem Rudiment von einem commendén Reichskultusministerium, das vielleicht noch in Frankfurt liegen könnte. Ich weiß der überregionalen und überzonalen Bedeutung der Kultur ein sehr lobendes Wort zu reden und erinnere an Dinge, die ich schon erwähnt habe: Studienstiftung des deutschen Volkes, Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Unterhaltung der Kaiser-Wilhelm-Institute, übernationale Beziehungen zur UNESCO. Ich weiß, daß nicht ein Ländchen wie z. B. Südbaden mit 1,2 Millionen Einwohnern allein da etwas machen kann, das liegt nicht im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Aber was die eigentliche kulturgestaltende Politik angeht, so kann die zunächst nur auf dem heutigen gesetzgeberischen und staatspolitischen Gebiet geformt werden, das am volksnahesten ist und den Kräften

am nächsten steht, aus denen nun einmal Kultur hervorgeht, **nämlich den weltanschaulichen Kräften.** Und deshalb möchte ich doch alle Anwesenden bitten, darüber besorgt zu wachen, daß diese Kulturhoheit der Länder in Gesetzgebung und Verwaltung, natürlich mit einer säuberlichen Trennung zwischen Exekutive und Legislative, hier in der britischen Zone gewahrt wird und daß nicht unnötig für kulturpolitische Dinge Frankfurter Organe, die gar nicht darauf ausgerichtet sind, beansprucht werden.

Ich freue mich, daß der Länderrat und der Wirtschaftsrat schon ein gewisses Einsehen von sich aus bewiesen haben. Als die schulische Berufsausbildung in Frankfurt bereits eine Rolle gespielt hat, ist ganz eindeutig vom Länderrat dazu gesagt worden, **daß Berufs- und Fachschulwesen in der Kompetenz der Länder sei.**

Wir wollen endlich als der große christliche Volksteil aus unserer kulturpolitischen Einstellung heraus etwas Eigenträchtiges und etwas Traditionsgebundenes unter Beweis stellen. Wenn man das immer wieder nur aus einer höheren politisch-parlamentarischen Ebene sieht, wird es auf der höheren Ebene m. E. nicht besser, sondern verwaschener und schlechter, und es verwurzelt nicht so in Heimat und Tradition, wie uns das am Herzen liegt.

Kulturpolitik aus christlicher Haltung.

Damit komme ich zum Schlußgedanken. Nicht allein in der sozialen Struktur der Gegenwart und im Reichtum der geistigen Kräfte muß Kulturpolitik verwurzelt sein, sondern sie muß ganz tief eingebettet werden **in unsere christliche Haltung, in unsere christliche Tiefe, in unsere christliche Tradition.** Das hat Ihnen ja schon die Entschließung des Zonenausschusses vor einigen Wochen bewiesen.

Nicht als Wahlköder für irgendeinen Wahltag, auch nicht aus Parteitaktik wollen wir christliche Grundsätze herausstellen, sondern nur aus christlicher Verantwortung und in einem vorbildlich gelebten Christentum.

Und dieses vorbildlich gelebte Christentum, das muß wieder der Wahrheit, des Wertes und der Echtheit des Wesens auf dem gesamten Gebiet der Politik Rechnung tragen. **Das ist die beste Kulturpolitik für Schule und Erwachsenenbildung, für Forschung und Lehre, für Kunst und Wissenschaft, wenn wir echte, wahrhaftige, christliche Menschen sind und Menschen sein wollen.**

Tage wie in Köln, Tage wie jetzt in Amsterdam, Besprechungen und Begegnungen wie in Caux sind für uns alle der Beweis, daß in Europa, ja in der Welt, etwas aufgebrochen ist, **das geradezu wieder eine Sehnsucht hat, neu zu gestalten und zu formen aus den uralten, aber für jede Zeit lebendigen Kräften des Christentums** (starker Beifall und Zustimmung).

Und wenn wir dem Rechnung tragen wollen, meine Lieben, dann sehen wir nicht nur Personen, ob nun Herr Cillien, als Vorsitzender des Kulturausschusses in Hannover wirkt, ob ich hier als Minister tätig bin, Fräulein Gröwel in Hamburg oder Herr Schröter in Kiel, ob da und dort eine Studienratsstelle besetzt wird, sondern **dann sehen wir die große Linie der christlichen Sache.** Sehen wir doch den großen Erfolg unserer christlich-politischen Linie in Frankfurt, was wir ein Stück weitergekommen sind seit dem vorjährigen Parteitag. Wir sehen den Erfolg, daß von den elf Kultusministern der Westzonen sechs zu uns gehören. Und Herr Bäuerle von Stuttgart, parteilos, ein aufrechter evangelischer Christ, stimmt in vielen Dingen auch mit uns. **Wir freuen uns darüber. Unterstützen wir doch diese Dinge aus der Freiheit des Geistes und aus der großen christlichen Verantwortung.** Und wenn dem so ist, dann wollen wir auch in der Verlautbarung das Positive unseres Wollens und der Kulturgestaltung zum Ausdruck bringen, natürlich ohne damit die Dinge zu verschweigen, die uns für die Freiheit von Kontrollmaßnahmen auf der Seele brennen.

SCHLESWIG

im Kampf um sein Deutschtum

Referat von Carl Schröter, Kiel

Wenn ich als letzter Redner vor Sie hintrete, bin ich mir einer gewissen Verpflichtung bewußt, und ich glaube, dieser Verpflichtung am besten dadurch entsprechen zu können, daß ich von der mir gewährten Zeit von 30 Minuten nur etwa 10 bis 15 Minuten beanspruchen werde. Sie haben in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen können, daß der Nationalitätenkampf in Südschleswig in eine neue Phase getreten ist. Der bisher lediglich als Organisation gedachten SSV, der Südschleswigschen Vereinigung, ist der Charakter einer politischen Partei zuerkannt worden. Dadurch ist eine Verschärfung des dort durchgeführten Kampfes zu erwarten.

Die Schleswig-Frage ist das Kernproblem der schleswig-holsteinischen Geschichte. Darüber hinaus muß es uns klar sein, daß dieses Problem nicht nur ein schleswig-holsteinisches, sondern auch ein deutsches Problem ist. Grenzprobleme sind nun einmal Reichsangelegenheiten. Ich möchte Ihnen mit aller Eindringlichkeit das einsagen, daß meine politischen Freunde und überhaupt unsere schleswig-holsteinischen Brüder und Schwestern sich dort geradezu für von Deutschland verlassen halten; denn wer weiß etwas von diesem Problem? Man kennt wohl die SSV, und man weiß, daß es mit Südschleswig zu tun hat, man denkt auch an die berühmten Speckpakete, aber wer kennt das wirkliche Problem? Es ist ja nicht nur ein deutsches, es ist zugleich ein europäisches Problem allerersten Ranges. Denn dieses Problem hat zu wiederholten Malen die europäischen Kabinette der Großmächte beschäftigt. Ich darf Sie erinnern an 1851/52, an 1864, an 1920/21, und ich erinnere an die Jetztzeit.

Dänischer Norden oder deutscher Süden?

Ich will zu Ihnen in Form eines Kurzvortrages sprechen: worum handelt es sich? Es handelt sich um die Zugehörigkeit des ehemaligen Herzogtums Schleswig zu dem dänischen Norden oder zu dem deutschen Süden.

Es handelt sich um die Frage, ob die in Jahrhunderten fest gewachsene administrative, wirtschaftliche und kulturelle Vereinigung aufrecht erhalten oder ob sie nunmehr auseinandergerissen werden soll.

Wie lautet die dänische These? Die Dänen sagen folgendes: Das Land nördlich der Eider, das ehemalige Herzogtum Schleswig, ist ein Jahrtausend ein Bestandteil des dänischen Herrschaftsgebietes gewesen. Die Eider ist die Südgrenze des dänischen Herrschaftsgebietes gewesen. Diese Zusammengehörigkeit ist auseinandergerissen durch jenen Macht- und Eroberungskrieg Preußens im Jahre 1864, — so argumentieren die Dänen. Sie setzen sich darüber hinweg, daß die Bevölkerung jenes Landes nicht mehr der dänischen Sprache mächtig ist, sie setzen sich darüber hinweg, daß die Bevölkerung keine Verbindung hat zur dänischen Kultur. Sie sagen, es handelt sich gar nicht um echtes Deutschtum, sondern es handelt sich um verschüttetes Dänentum, und wenn jetzt in jener Bevölkerung der Wille zum Anschluß an Dänemark sich erhebt, so kommt eben das ursprüngliche Gefühl wieder zum Ausdruck.

Gegenüber dieser dänischen These nur zwei Worte: Einmal in territorialer und einmal in volkstümlicher Hinsicht. Aus den ehemaligen Bestandteilen des deutschen und des dänischen Reiches ist ein neues staatliches Gebilde geschaffen worden, das für Jahrhunderte mit Dänemark in Personalunion verbunden war, aber dessen Bestandteile, Schleswig und Holstein, zu einer Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen sind, der dann später die Geschichte den Namen Schleswig-Holstein gegeben hat. Und wo immer diese beiden Länder mit Dänemark durch Personalunion verbunden gewesen sind, stets haben sie zwei Eigenschaften gehabt: erstens Selbständigkeit und zweitens Untrennbarkeit. Und selbst in jenem Vertrag, in dem die Geburtsstunde des schleswig-holsteinischen Staates schlug, wird ausdrücklich gesagt, daß Schleswig-Holstein selbständig sein soll, daß Schleswig und Holstein niemals mit Dänemark so vereinigt werden sollen, daß sie unter einem Herrscher stehen, sondern daß Schleswig-Holstein selbständig bleiben soll.

Volkstumsmäßig stimmt auch nicht die Argumentation Dänemarks. Seit einem Jahrtausend besteht die Grenze zwischen deutschem und dänischem Volkstum nicht mehr an der Eider, sondern das Gesicht dieses Gebietes ist gelstig und kulturell nach dem Süden gewandt. Diese Feststellung ist notwendig in einem Augenblick, wo die dänische Agitation bereits die Grenze bei den Städten Kiel und Rendsburg erreicht hat.

Abstimmung vom Jahre 1920 muß endgültig sein!

Im Jahre 1918 prägte Präsident Wilson den neuen Begriff des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und im Zeichen dieses nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker hat dort eine Abstimmung stattgefunden. Diese Abstimmung hat zu einer Teilung des Schleswigschen Herzogtums geführt. Obwohl der Zeitpunkt und die Form der Abstimmung sich zugunsten Deutschlands ausgewirkt haben, stehen heute sämtliche deutsche Parteien auf dem Standpunkt, daß die Abstimmung gerecht und richtig war. Damals haben bereits dänische chauvinistische Kreise versucht, weiteres deutsches Land zu gewinnen in der Hoffnung, daß die damalige Not die Deutschen beeinflussen würde, ihrem deutschen Gebiet zu entsagen. Damals hat die dänische Regierung sich loyal aus den Standpunkt gestellt, sie wünsche nur das Land und nur die Bevölkerung, die dänisch denke und dänisch empfinde und wirklich zu Dänemark wolle.

Jene Abstimmung damals war nicht nur gerecht, sie muß auch endgültig sein!

Und wenn heute von der SSV die Forderung aufgestellt wird, nach einer neuen Abstimmung, so dürfen wir mit vollem Recht darauf hinweisen, daß nicht nur von deutscher, sondern auch von dänischer Seite aus, von der dänischen Geschichtsschreibung, immer wieder betont worden ist damals im Jahre 1920, daß mit der Abstimmung vom 10. Februar und vom 14. März eine endgültige Lösung der Schleswig-Frage erreicht worden ist. Und es ist unerträglich für uns, daß vielleicht alle 20 oder 30 Jahre ein Volk erneut über seine staatliche Zugehörigkeit abstimmen soll. Das ist eine vollkommene Unmöglichkeit!

Wir haben gedacht, die Grenzen lägen endgültig fest. Aber als damals im Jahre 1945 die Katastrophe in Deutschland eintrat, da erlebten wir in den nördlichen Gebieten einen vollständigen völkischen Zusammenbruch. Zehntausende von Deutschen verzweifelten an ihrer Zukunft, ihrem Vaterland, Zehntausende von Deutschen glaubten nicht mehr, daß dieses Deutschland eine Zukunft haben könne. Hinzu kam die Furcht vor der Entnazifizierung; denn vergessen wir niemals, dieses ist das Land, wo bereits im Jahre 1932 die größte Stimmenzahl für den Nationalsozialismus abgegeben wurde, nämlich 62%. Also, sie fürchteten die Sozialisierung, sie fürchte-

ten die Bodenreform. Und aus dieser Verzweiflung haben sie sich dann den dänischen Vereinigungen in die Arme geworfen. Sie gründeten ihre SSV in Südschleswig als kulturelle Organisation. Aber es war nur eine Tarnung.

In Wirklichkeit verfolgte die SSV ein ausgesprochen politisches Ziel, nämlich die Loslösung des Gebietes nördlich der Eider von Deutschland, um dieses Gebiet an Dänemark zu überantworten.

Die SSV hat von jeher erstrebt, den Charakter einer politischen Partei zu bekommen. Wiederholt hat sie Eingaben an die britische Militärregierung gemacht. Die britische Militärregierung hat in vollkommener Loyalität mit Recht die Forderung aufgestellt: wir sind bereit, euch den Charakter einer politischen Partei zu geben, aber unter zwei Voraussetzungen. Ihr müßt verzichten auf die dänische Hilfe. Ihr bekommt den Charakter einer deutschen politischen Partei mit allen Rechten und Pflichten, aber das bedeutet: Ihr müßt verzichten auf eure Loslösungsbestrebungen von Deutschland; denn eine deutsche Partei kann naturgemäß nicht in ihrem Programm fordern, daß deutsches Gebiet von Deutschland losgelöst werden soll.

SSW als „Heimatpartei“

Jetzt ist die SSV zur SSW, zum Südschleswigschen Wählerbund geworden. Jetzt wird nicht mehr davon gesprochen, daß dieses Gebiet von Deutschland losgelöst werden soll, oh nein, man hat ja gelernt von der Bayern-Partei! Man zieht die neue SSW als eine ausgesprochene Heimatpartei auf. In diesen Tagen sind Hunderttausende von Flugblättern verbreitet worden; sie gehen in jedes Bauernhaus, in jede Beamtenfamilie, und dort wird der Charakter der Heimatpartei herausgestellt. **Man fordert heute nur schämisch Verwaltungstrennung von Schleswig und Holstein.** Schleswig soll ein selbständiges Land werden. Dieses kleine Schleswig würde heute politisch und kulturell ein Anachronismus sein, und es würde wirtschaftlich glatter Unsinn sein; denn Sachverständige haben nachgerechnet und nachgewiesen, daß dieses Land überhaupt nicht existenzfähig ist, und neulich ist mir eine Berechnung vorgelegt worden, wonach in diesem Land das Steueraufkommen nicht einmal ausreichen würde, um die Verwaltungskosten zu decken. Man redet nur von der Verwaltungstrennung, in Wirklichkeit fordert man nach wie vor die Loslösung dieses Landes von Holstein, **die Loslösung dieses Landes von Deutschland.** Man fordert auf der anderen Seite, daß neben dem Deutschen, das Dänische und das Friesische als Amtssprache anerkannt würden. Bei der letzten Volksabstimmung haben 98,5% Deutsch als ihre Muttersprache angegeben, etwas mehr als 1% die dänische Sprache, und 0,3 oder 0,4% gaben das Friesische als ihre Muttersprache an, also eine vollkommen unbegründete Forderung. **Man fordert weiter die Entfernung der Flüchtlinge. Man verbreitet die falsche Auffassung, daß ausgerechnet nach Schleswig Flüchtlingmassen hineingepumpt worden seien, um den Druck gegen Dänemark zu verstärken.** Ich stelle demgegenüber fest, daß man dabei nicht berechnet hat die gewaltige Zerstörung der Städte wie Kiel, Neumünster und Lübeck. Und die Flüchtlingssmasse ist in Holstein mindestens so groß wie in Schleswig. Man weiß, daß die Kabinette Steltzer und Lüdemann sich bemühten, die Flüchtlinge aufzulockern, aber welche Unmenschlichkeit verrät es, daß man nun die Forderung aufstellt, die Flüchtlinge aus ihrem Lande zu entfernen, ohne daß man sich darum kümmert, wohin diese armen Existenzen kommen sollen. Ich habe mit der Landesregierung über diese Dinge verhandelt. Die Landesregierung ist mit mir der Auffassung, daß zweierlei gesichert sein muß: **einmal ein menschenwürdiges Unterkommen und zweitens die Möglichkeit, diese Flüchtlinge wieder in das Wirtschaftsleben einzuschalten.** Nur dann sind wir bereit, Flüchtlinge aus Schleswig-Holstein abzugeben. Ueber die anderen Propagandapunkte brauche

ich nicht zu reden. Sie finden kein Wort von freier Marktwirtschaft, kein Wort von Sozialisierung, kein Wort von Währungsreform und kein Wort von Lastenausgleich. Das ist das Programm der SSW.

England und die Minderheitenfrage

Wie stellt sich England zu solchen Dingen? England erkennt jene Deutschen nicht als eine echte dänische Minderheit an, mit Recht nicht, sondern als Leute, die sich treiben lassen von der Konjunktur. Infolgedessen scheut sich England, diese Konjunkturmassen zur Grundlage wichtiger politischer und territorialer Entscheidungen zu machen. Die Engländer sind der Meinung, daß eine Verwaltungstrennung zwischen Schleswig und Holstein unmöglich ist, weil das Land zu klein und nicht lebensfähig ist. Sie fordern, daß diese Deutschen, die hier als Dänen sich friesieren wollen, ihre Kultur pflegen können. Sie haben ihre öffentlichen dänischen Schulen, soviel wie sie wollen, sie haben private dänische Schulen, soviel wie sie wollen. Dänische Pastoren halten dänischen Gottesdienst und dänische Lehrer unterrichten im Dänischen. Und wie sieht es auf der anderen Seite bei unserer deutschen Minderheit in Dänemark aus? 25 300 Deutsche bilden die Minderheit, die heute in Dänemark wohnt, und nur 12 700 beträgt die dänische Minderheit in unserem Lande nach der Abstimmung vom Jahre 1920. Die Schulen sind geschlossen, die Gebäude sind genommen. Man hat sie einem Zwang unterworfen.

Ich habe deshalb wiederholt der Landesregierung von der Tribüne des Ländertages gesagt, wenn sie ein derartiges Entgegenkommen der sogenannten dänischen Minderheit gegenüber zeige, dann müsse sie zumindest die Forderung der Gegenseitigkeit aufstellen.

30 Millionen Kronen erkaufen die dänische Gesinnung

Wie stellt sich das amtliche Dänemark zu dieser Angelegenheit? Das amtliche Dänemark ist festgelegt durch die Oktober-Note vom Jahre 1947, an England gerichtet. In dieser Oktober-Note fordert sie die Verwaltungstrennung von Schleswig und Holstein, und auf der anderen Seite fordert sie die Entfernung der Flüchtlinge. Wir haben dort drei oder vier Regierungen erlebt seit dem Zusammenbruch, immer schwankend. Der Vorgänger des letzten Außenministers Raßmussen hat offen Südschleswig gefordert. Das amtliche Dänemark heute fordert keine Annexion, sondern ist durchdrungen von der Notwendigkeit, Dänemark als Nationalstaat zu halten. Dänemark fürchtet, wenn zu diesen 25 300 Deutschen, die bereits in Dänemark leben, jetzt noch die Hunderttausende von Deutschen hinzukommen, daß dann der Charakter Dänemarks als eines Nationalstaates verloren geht. Sie möchten gern die Initiative dem Süden zuschieben, jener neuen dänischen Minderheit. **Auf der anderen Seite werden aber ungeheure Summen in das Unternehmen gesteckt, um die sogenannte neue dänische Minderheit zu unterstützen.**

Lassen Sie mich heute nur eine Zahl nennen. Sie ist nicht über den Daumen gepeilt, sondern entspricht den Tatsachen.

25 bis 30 Millionen Kronen fließen Jahr für Jahr aus dem reichen Dänemark nach Südschleswig, um die dänische Sache zu stützen und zu fördern.

Ich habe vorhin gesagt, daß diese SSW nicht den Mut hat, sich zu ihrem alten Programm zu bekennen; verschämt spricht man von einer Verwaltungstrennung, aber es ist nur eine Tarnung. Nach wie vor fordert die SSW die Lostrennung von Deutschland. Und so steht an der Wiege dieser neugegründeten Partei die Unehrlichkeit.

Grenzprobleme sind Reichsprobleme

Warum habe ich über diese Dinge zu Ihnen gesprochen? Weil ich der Meinung bin, daß dieses Problem ein Reichsproblem ist, wie ich schon sagte. **Grenzprobleme sind Reichsprobleme.** Es ist notwendig, daß unsere Brüder und Schwestern das Gefühl loswerden, daß sie von Deutschland im Stich gelassen werden. Wir befinden uns im Zeichen der wirtschaftlichen Konsolidierung Deutschlands. Wir stellen überall ein neues Erwachen eines deutschen Nationalbewußtseins fest, jedenfalls eines neuen deutschen Selbstbewußtseins. Das erkennt die SSW. Sie glaubt, wenn die wirtschaftliche Konsolidierung und die Steigerung des Nationalbewußtseins weiter Fortschritte macht, daß dann eines Tages die SSW verspielt hat.

Ich habe zu Ihnen gesprochen über dieses Problem, einmal um Sie mit dem Problem bekannt zu machen, dann aber auch, Sie zu bitten, aus dieser Erkenntnis des Problems die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Aus diesem Grunde habe ich Ihnen gesagt, daß Jahr für Jahr 25 bis 30 Millionen Kronen in das Gebiet von Südschleswig abwandern. Sorgen Sie dafür, daß diesem Südschleswig aus dem übrigen Reich ideell und auch materiell die nötige Unterstützung zufließt. Das ist notwendig, wenn die schleswigsche Bevölkerung durchhalten soll. Frau Minister Teusch hat bereits heute auf die prekäre Lage Schleswig-Holsteins hingewiesen. Ich darf jetzt nur sagen, daß wir in einer sehr prekären Lage sind, nicht allein wegen der Torheiten der jetzigen SPD-Regierung, nein, auf 1,5 Millionen Ureinwohner kommen 1,25 Millionen Flüchtlinge, und die sozialen Lasten werden vom Land Schleswig-Holstein getragen.

Darf ich Ihnen noch sagen, daß wir an der Westküste, um das Land zu halten, damit es nicht ins Meer abbröckelt, den Kampf mit dem Blanken Hans, mit der Sturmflut der Nordsee, führen; daß wir gewaltige Summen ausgeben müssen für Landgewinnungsarbeiten. Das ist ebenfalls ein Reichsproblem. Aus diesem Grunde möchte ich in diesem Augenblick unserem Freund Dr. Pünder dafür danken, daß er diese Situation erkennt und für die Landgewinnungsarbeiten von seiner bizonalen Stelle aus Schleswig-Holstein eine sehr große Summe zur Verfügung gestellt hat. Auch Sie bitte ich, dafür zu sorgen, daß Schleswig-Holstein ideell und materiell unterstützt wird. **Sie stärken dadurch Schleswig, und Sie geben uns die Möglichkeit, diesen Kampf durchzufechten.** Wir müssen das mit ihnen gemeinsam tun, wenn wir eben diesen Nationalitätenkampf erfolgreich bestehen wollen. **Wir kämpfen ja nicht für Schleswig-Holstein, wir kämpfen für Deutschland!** (Lebhafter Beifall).

KAS-ACDP

Gedanken zum neuen deutschen Staatsrecht

Referat von Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer

Weltweit ist die Krisis der Freiheit. Bei Ausbruch des letzten Krieges hatten freiheitliche Regierungen, das heißt solche, in denen die Opposition gleichberechtigt ist, nur noch in knapp einem Dutzend Ländern überlebt. Es wäre oberflächlich, die alleinige Ursache hierfür im Kommunismus zu erblicken. In Deutschland war er gewiß ein Mithelfer des Nationalsozialismus gewesen. Aber in der Hauptsache ist der Weimarer Staat, ebenso wie verwandte Staatsgefüge im Ausland, aus **eigener Schwäche** zusammengebrochen. Schwach war bei allem geistigen Gehalt auch die Weimarer Verfassung. Ich weiß, viele von uns wollen dies nicht hören. Aber wir müssen aus den Fehlern selbst einer Vergangenheit lernen, die wir nicht verunglimpfen wollen. Denn was soll werden, wenn ein neues deutsches Staats- und Verfassungsrecht wiederum die geschichtliche Prüfung nicht bestehen sollte? Der Gedanke kann uns wahrhaft erschauern lassen. Es gibt in der Tat wenig Wichtigeres, als uns hierüber Gedanken zu machen. Dies gilt um so mehr, als fast alle staatsrechtlichen Angelegenheiten auch im Ausland umstritten und fern einer eindeutigen Beantwortung sind. **Nur Ignoranten haben die Antworten schnell zur Hand und warten mit Patentlösungen auf; sie sind insoweit Symbole der Zerrüttung unserer abendländischen Zivilisation, die für Weniges Ruhe und Reife, fürs Meiste nur rastloses Hasten kennt.**

Vier Voraussetzungen

Ich möchte wenigstens einige **Voraussetzungen** nennen, die erfüllt sein müssen, wenn das große Vorhaben der Schaffung eines neuen deutschen Staatsrechts Aussicht auf Gelingen haben kann.

Die erste Voraussetzung war schon berührt: Wir dürfen nicht das Beispiel der Bourbonen wiederholen, von denen es bekanntlich heißt, daß sie, fern der Macht, nichts gelernt und nichts vergessen hatten. **Wir werden uns also zu hüten haben, weithin wiederherstellen zu wollen, was 1933 verloren ging.** Denn die Freiheit, welche dem ersten Weltkrieg gefolgt war, hatte die Sehnsucht der Menschen so sehr unerfüllt gelassen, daß jede neue Freiheit, die an jene alte stark erinnern sollte, von vornherein in Mißachtung stünde. Somit sind die überprozentigen Weimarianer eine Gefahr. Ich wünschte, es wäre überflüssig, vor ihnen zu warnen. Leider aber ist es bitter notwendig. Auch im Ausland ist man mit Restaurationsabsichten bereits zu weit gegangen. Vielleicht liegt hierin ein Grund, weshalb in Frankreich das neue Regime schon jetzt gefährdet und ein machtbewußter Nachfolger über dem Horizont sichtbar geworden ist. In Deutschland aber haben wir erst recht alte Fehler nach dem Muster der Bourbonen wiederholt. Wir brauchen nur an die Wiedereinführung des Verhältnis- und Listenwahlrechts zu denken. Wir brauchen nur an die Zahl der neuen Parteien zu denken, die sich in unseren Parlamenten bereits wieder treffen. Wir dürfen auch daran denken, daß nunmehr geplant wird, den **alten Reichsrat** wiederaufstehen zu lassen, indem man ihn urplötzlich eine Zweite Kammer nennt und

Staatsrechts, ist uns keine Forderung der Lippen, sondern der Herzen, keine Forderung der Taktik, sondern eine Folgerung daraus, daß das Satanische, das Böse in uns und in allen Menschen heute noch mehr als jemals zuvor der Bekämpfung bedarf. Ueberparteilich ist selbstverständlich immer die Kirche. Aber seit wann ist es, wie auch der christlich-demokratische italienische Staatsmann Luigi Sturzo nicht müde wird hervorzuheben, christlichen Laien, Männern und Frauen, verwehrt, sich zusammenzuschließen, um öffentlich christlichen Grundsätzen in der Politik zur Herrschaft zu verhelfen?

Wir verwahren uns gegen die törichten, reaktionären, leider manchmal auch von merkwürdigen Theologen vertretenen Auffassungen, daß in der Politik das Wort christlich nicht laut und allzeit hörbar sein dürfe.

Wir freuen uns als Angehörige der Christlich-Demokratischen Union, daß gleiche Auffassungen auch im Ausland weithin anerkannt werden. Wir haben verwandte Parteien in Frankreich, in Italien, in der Schweiz, in Belgien, in Holland, in den skandinavischen Ländern und anderwärts, wo der Geist des Christentums noch lebendig ist. **Wir erstreben selbstverständlich kein Monopol christlicher Gesinnung.** Wenn die Sozialdemokratie eine christliche Sozialdemokratie werden will, uns ist es durchaus recht. Wir wären froh, wenn sie sich zum Wettbewerb in der Stärkung christlicher Grundsätze bereitfände. — beispielsweise auf dem Gebiete der Erziehung.

Zu den genannten beiden Voraussetzungen: erstens der Vermeidung einer Restauration der Weimarer Verfassung und zweitens der Befolgung griechischer und christlicher Grundsätze, wird — wenn auch nur die geringste Aussicht auf ein kriesenfestes neues deutsches Staatsrecht geschaffen werden soll — als **dritte Voraussetzung** hinzukommen müssen, daß das Staatsrecht vom gemeinen Mann, vom „Mann auf der Straße“ als **ureigenes hohes Gut, als Schutz für ihn und sein Volk empfunden werde.** Dies ist der Fall in glücklichen Staaten, aber noch nicht bei uns. Wir werden gut tun, uns klar zu sein, daß wir alle zu dieser Kategorie des gemeinen Mannes gehören: der Bürgermeister wie der Arbeiter, der Beamte wie der Bauer, der Mann wie die Frau. Wir alle, soweit wir vernunftgemäßen Ueberlegungen zugänglich sind, gehören hierzu. Erst wenn die Leidenschaften uns beherrschen, gehören wir zum Pack, zum Mob, abermals unabhängig davon, ob wir am Schreibtisch sitzen oder an der Drehbank stehen. Es ist wahrscheinlich die Ueberzeugung jedes freiheitliebenden Menschen, daß in großen grundsätzlichen Fragen der gemeine Mann ein ebenso gutes Urteil hat wie der sog. Expert, der meist nur ein Expert in Einzelfragen ist. **Ich habe mehr Sorge vor dem Urteil ungewöhnlicher als vor jenem gewöhnlicher Menschen.** Das ungewöhnliche ist sehr oft auch das Besessene oder Utopische oder Zynische. **Wer den Glauben an den gemeinen Mann nicht teilt, gehört nicht in die Reihen einer demokratischen Partei wie der unseren.** Er ist im tiefsten dem Pessimismus verhaftet, welcher ein Kennzeichen des Nationalsozialismus und jeder Diktatur ist. Andererseits aber kann der gemeine Mann als solcher, wie gesagt, ein Urteil in der Regel nur im großen Grundsätzlichen haben. Deshalb ist es von zweifelhaftem Wert, immer wieder Einzelfragen durch Volksabstimmungen entscheiden zu lassen. **Viel zuviel haben Volksentscheide und Volksbegehren Eingang auch in neue deutsche Verfassungen gefunden.** Der amerikanischen Bundesverfassung und der englischen Verfassung sind sie fremd. Wir werden nicht vergessen dürfen, daß Hitler zum ersten Male durch den Hugenberg-Hitler-Schacht'schen Volksentscheid vom Jahre 1931 sozusagen politisch gesellschaftsfähig wurde. Wenn andererseits ein neues Staatsrecht in den Ueberzeugungen des gemeinen

Mannes seinen Grund finden kann und muß, so ergibt sich hieraus, daß wir uns auch um den gemeinen Mann kümmern müssen, nicht nur vor Wahlen, sondern ständig. Ich werde das Gefühl nicht los, daß auch wir noch immer nicht genug tun, um den gemeinen Mann durch Volksversammlungen, durch Volkshochschulen, durch fast tägliche Kleinarbeit zu unterrichten und zu beteiligen. Wie soll sonst der heiß ersehnte Tag kommen, an dem — unerlässlich für die Bewahrung der staatsrechtlichen Freiheit — wieder gemeinsame Ueberzeugungen unser Volk beherrschen?

Unerlässlich ist es endlich, eine **vierte Voraussetzung** zu erfüllen: nämlich **ein politisches Klima zu schaffen, in dem die Freiheit gedeihen kann.** Im Kriege erschien ein Buch des letzten Präsidenten des Völkerbundes, des Norwegers Karl Hambro. In ihm führte er aus, daß der Weimarer Republik von den Siegermächten überhaupt nicht die Möglichkeit eines dauerhaften Bestandes gewährleistet worden sei. Wie gut aber, so möchte man sagen, hatte es noch der Weimarer Staat gegenüber dem heutigen. Anders wie damals leben wir heute unter fremden Militärregierungen; sie haben — unbestritten — stets das letzte, oft auch das erste Wort und viele Worte zwischen beiden. **Mit Recht beginnt auch im Ausland die Frage gestellt zu werden, ob solcher Zustand geteilter Verantwortung ein gedeihliches Klima für das Wachstum der zarten Pflanze Demokratie bedeutet.** Auch beginnt im Auslande die Frage erhoben zu werden, insbesondere von großen Erziehern, ob eine militärische Besatzung überhaupt der rechte Förderer demokratischer Freiheit jemals war und ihrem organischen Wesen nach zu sein vermag. Die weitere Frage stellt sich, ob für die Entwicklung jenes Klimas nicht auch eine **freie Presse** unerlässlich ist ohne Vorzensur und Nachzensur, weder einer formellen noch tatsächlichen, sämtlich im Kern auch unamerikanisch und unbritisch. Die Gefahren, die aus einer Abschaffung jeder Zensur, übrigens auch in Film und Radio, sich ergeben können, sind nicht zu leugnen. Sie erscheinen aber geringer als die Gefahren, die sich bei Fortdauer der Zensur ergeben. Ein Klima fürs rechte Wachstum eines demokratischen Staatsrechts besitzen wir auch nicht, solange noch allzu viele Grundrechte dem deutschen Volke versagt sind. Ich versichere Ihnen, daß ich als Lehrer des Staats- und Völkerrechts vor meinen Studenten in allen Versuchen, sie zu überzeugen, gehindert bin, **solange die Praxis der Staatsmänner den Ideen und Idealen, die ich ihnen nahebringen möchte, zu widersprechen scheint.**

Ich hoffe, daß diese Worte, wenn sie zur Kenntnis der Besatzungsmächte kommen sollten, so verstanden werden, wie sie gemeint sind, nämlich als ein Bestreben, den Geist der Freiheit und der Zusammenarbeit mit allen anderen Mächten zu fördern.

Zur Schaffung des unerlässlichen politischen Klimas fürs Wachstum eines neuen krisenfesten deutschen Staatsrechts wird auf der Seite der Siegermächte auch weniger Empfindsamkeit gegenüber deutscher Kritik gehören, zu der wir doch, ach so oft und zärtlich, eingeladen werden. Der amerikanische Unterstaatssekretär Hilldring hat vor wenigen Monaten in einem Artikel, welcher in der bekannten Zeitschrift „The Annals“ der American Academy of Political and Social Science erschienen ist, zum Ausdruck gebracht, **daß gerade die Kritik an der Regierung die festeste Grundlage der Freiheit darstelle.**

Wie man aber nicht schwimmen lernen kann, ohne ins Wasser zu gehen, so kann man auch nicht die Freiheit praktizieren lernen, ohne daß Freiheit gewährt wird.

Man komme bitte nicht damit, daß sich das deutsche Volk vorerst Vertrauen erwerben müsse. Es ist der amerikanische Staatsmann John Foster Dulles, von

manchen als künftiger amerikanischer Außenminister genannt, der gesagt hat, daß man Vertrauen nur erwarten kann, wenn man Vertrauen entgegenbringt. **Dabei habe ich als dem Klima der Freiheit abträglich noch gar nicht geplante Grenzziehungen oder die Austreibungen, Demontagen, Jeia-Vorschriften usw. erwähnt.** Das Gesagte genügt aber wohl, um zu erkennen, daß jedenfalls heute das Klima für das Gedeihen eines deutschen freiheitlichen Staats- und Verfassungsrechts ganz außerordentlich ungünstig ist. Es muß besser werden. Diese vierte Voraussetzung muß zusammen mit den anderen Voraussetzungen, nämlich der Vermeidung einer Weimarer Restauration, der Rückkehr zu griechischen und christlichen Grundsätzen, der Heranziehung des gemeinen Mannes, erfüllt sein, wenn die Schaffung eines entwicklungsfähigen freiheitlichen Staats- und Verfassungsrechts möglich sein soll.

Eine Verfassung gedeiht nur in Freiheit

Wir sind noch nicht auf die Frage eingegangen, ob schon der Zeitpunkt gekommen ist, eine **neue deutsche Verfassung** zu schaffen. Ich trete den bei uns herrschend gewordenen Auffassungen bei, die verneinend antworten. **Solange ein Land derart weitgehend in der Gewalt von Besatzungsmächten steht wie Deutschland, hat es keinen genügend freien, demokratischen Betätigungswillen.** Auch Frankreich hat nach seiner Niederlage von 1870/71 sich klugerweise mit der Herstellung einer Verfassung mehr als vier Jahre Zeit gelassen. Einstweilen kennen wir noch fast keine einzige Grundlage des deutschen Lebens der Zukunft. Um so mehr muß Dankbarkeit uns gegenüber den Landsleuten erfüllen, die an so vielen Orten bei staatsrechtlichen Beratungen, zuletzt am Chiemsee, sich in unserem Interesse einer großen Arbeit und Verantwortung unterzogen haben; sie wissen am besten, **daß nicht Verfassung genannt werden kann, was noch zu sehr Halbheit ist.** Die Nacht wird nicht Tag, indem man sie zum Tag erklärt. Alles dies gilt, gleichgültig ob die Moskauer Besprechungen zur Einigung der vier deutschen Zonen führen. Daß diese Einigung nur infolge der Politik der Siegermächte bisher gescheitert ist, hat der amerikanische Außenminister, General George Marshall, seinerzeit in London klar ausgesprochen. Uns steht es an, dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit — und also auch heute — zu wiederholen.

Solange wir entgegen unserem freien Willen getrennt gehalten werden, sind wir aber in den Westzonen schlechthin nicht berechtigt, den 25 Millionen Brüdern und Schwestern in Mitteldeutschland vorwegzunehmen, wie eine deutsche Verfassung aussehen soll.

Berlin und Leipzig, Dresden, Erfurt, Magdeburg, Rostock, Greifswald, sind allesamt so deutsch wie Recklinghausen. Wäre eine „West-Verfassung“ einmal errichtet, so könnte sie aus dem Gesetz des Beharrens heraus in großem Umfange eine Vorwegnahme praktisch bedeuten. Noch sind ferner die Geister nicht genügend kühl und bedächtig geworden, um an ein so schwieriges Problem, wie es eine endgültige Verfassung wäre, heranzugehen. Nur ganz vorläufige und nur auf das notwendigste beschränkte Verwaltungsstatute sollte es daher geben. Jede Interims-Ordnung sollte überdies zeitlich befristet sein und also nach vier oder fünf Jahren automatisch außer Kraft treten.

Irgendeinen modus vivendi, irgendeine zusammenfassende Ordnung — zeitlich, wie wiederholt unterstrichen sei, klar beschränkt — aber werden wir brauchen. Die Bedeutung auch solcher Maßnahme ist groß genug. Denn selten wird am Ende gut, was nicht am Anfang wenigstens halbwegs gut war. In solchem Sinne ist das Folgende empfunden; es wird behandeln vornehmlich die

Probleme: Föderalismus, Parlament, Autorität der Regierung sowie in aller gebotenen Kürze Zusammenhänge von Staatsrecht mit Wirtschafts-, Erziehungs- und Außenpolitik.

Staatenbund oder Bundesstaat?

Was zunächst das Problem des **Föderalismus** anlangt, so ist das Wort selbst allerdings nicht eindeutig. Es kann einen Staatenbund oder einen Bundesstaat bedeuten. **Staatenbünde** haben sich noch niemals lange in der Geschichte behauptet. Mit einem deutschen Staatenbund würde es nicht anders sein. **Wir müssen etwas suchen, was sich in besserer Weise einem neuen Europa einfügt als ein Deutschland, derart in sich geschwächt, daß es im Osten, Westen, Norden, Süden jeweils unter dem beherrschenden Einfluß irgendeiner Großmacht stehen würde.**

Ein solches Deutschland wäre eine Gefahr für den Frieden, wie schon in der früheren Geschichte ein derart chaotisches Deutschland immer ein Unsegen für sich selbst wie seine Nachbarn war.

Eine mit Mitteln der Geschichtsklitterung arbeitende Propaganda wird nichts Gegenteiliges erweisen können. Herr Baumgartner und seine Freunde meinen, daß doch die skandinavischen und andere Kleinstaaten in ihrer Selbständigkeit recht glücklich seien. Der große Staatsmann und Geschichtskenner vergißt, daß Skandinavien, der Balkan, die Kanalstaaten und alle ähnlichen Kleinstaaten immer wieder die Intervention der Mächtigen dadurch herbeigeführt haben, daß sie auf eigene Sorveränität à la Baumgartner bedacht waren. Hätte sich Norwegen im Jahre 1905 nicht von Schweden getrennt, hätten die skandinavischen Staaten einen festen Bundesstaat geformt, wäre der Balkan, wären die Kanalstaaten eine Einheit gewesen, Hitler hätte sie nicht oder nur unter viel größeren Schwierigkeiten mit Krieg überziehen können.

Was die zweite Form des Föderalismus, den **Bundesstaat**, betrifft, so werden hierfür die Schweiz und Amerika die einzigen Muster sein können. Denn England, Frankreich und Italien haben sich leider, obschon sie große Freunde des Föderalismus zu sein vorgeben, bisher noch nicht zu föderalistischen Maßnahmen für sich selbst entschließen können. **Wollen wir nicht von vornherein unerhörte Wagnisse eingehen, so wird demnach das, was bundesstaatlich in Amerika oder der Schweiz bewährt ist, auch die äußerste Grenze dessen sein dürfen, was bei uns bundesstaatlich Dezentralisierung verträgt.**

Wir leben nicht mehr im Zeitalter der Postkutsche. Im Zeitalter aber der Eisenbahn, des Flugzeugs, der Raketengeschosse und Atombomben, im Zeitalter also einer Technik, die an Staatengrenzen nicht halt macht, gibt es **Grenzen der Dezentralisation**. Keine Dezentralisation ist in solcher Zeit möglich auf dem Gebiete der Außenpolitik, zumal sich wohl bezweifeln läßt, **ob Deutschland ohne große Schwierigkeiten sechzehn Außenminister vorweisen könnte, die qualifiziert sind und sich nicht nur für qualifiziert halten.** Sache des Bundesstaates, Sache einer zentralen Leitung wird grundsätzlich auch die Wirtschaft zu sein haben. Es ist grotesk anzunehmen, daß es zu Deutschlands Gesundung beitragen könnte, wenn sechzehn deutsche Einzelstaaten Wirtschaftsexperimente von sechzehn verschiedenen Inhalten sollten anstellen dürfen. Die amerikanische Verfassung macht dies ihren 48 Einzelstaaten völlig unmöglich. **Auch als Käufer und Verkäufer dem Ausland gegenüber muß Deutschland als eine Einheit handeln können.** Entsprechendes Verlangen hat seinerzeit am allerwesentlichsten dazu beigetragen, die amerikanische Union zu bauen.

Unsere Doktrinäre werden sich in der Tat auf dem Gebiete der Wirtschaft durch Studium des amerikanischen Beispiels ganz besonders zu behelfen vermögen.

Ebenso muß es auf dem Gebiete der **Finanzen** eine Zentralgewalt geben. Das Ganze darf nicht Kostgänger der Teile werden, ebensowenig wie freilich die Teile Kostgänger des Ganzen werden sollten. Matrikularbeiträge waren in der Vergangenheit ein Unsegen und würden es auch in der Zukunft sein. **Man nenne mir ein einziges Land der Welt, in dem sich Matrikularbeiträge bisher bewährt hätten!**

Ein Teil der Polizei muß ferner bundesstaatlich sein. Denn der Bundesstaat muß eine Möglichkeit zur Exekutive haben. Bundesfreudigkeit kann nicht zu allen Zeiten ohne weiteres vorausgesetzt werden. **Wir brauchen Bundesklammern um so mehr, als die früheren Klammern, die Preußen und Oesterreich darstellten, heute nicht mehr verfügbar sind.** Tatsächlich ist heute die Gefahr der Hegemonie irgendeines deutschen Einzelstaates tausendmal geringer als die Gefahr des Zerfalls. Dennoch verlangt ein gesunder Föderalismus aber unter allen Umständen auch **eine beträchtliche Dezentralisierung** im Wege einzelstaatlicher Gesetzgebungsbefugnis. Die **Gerichte**, um dies alsbald hervorzuheben, sollten einzelstaatliche sein, mit Ausnahme einiger oberster Gerichtshöfe, Einzelstaatlich kann ferner ein guter **Teil des Rechts** selbst sein, beispielsweise das Sachenrecht oder das Familienrecht. Für die wichtigste einzelstaatliche Aufgabe aber halte ich diejenige der **Erziehung**. Mir graut als Christ und beim Bewußtsein des ständigen menschlichen Irrtums vor dem Gedanken, daß ein Kultusminister in unserer fast kulturlosen Zeit Allmacht oder Vormacht über die gesamte deutsche Jugend erhalten könnte. **Was an einem deutschen Jungen oder Mädchen durch einen törichten Kultusminister bei zentralisierter Erziehung verdorben werden könnte, ist gar nicht auszudenken.** Denn fast alles andere läßt sich leichter korrigieren als eine verfehlte Erziehung. Gewiß bedarf es auch auf dem Gebiete der Erziehung mancher Zentralisierung, beispielsweise um Examensanforderungen, Reifezeugnisse und dergl. einander anzupassen. Aber in weit höherem Maße bedarf es — getreu dem Wissen eines Thomas Aquinas — des Prinzips der Pluralität, d. h. des Geltenlassens vieler, unabhängiger Einflüsse anstatt eines kulturellen Monopolismus.

Wenn wir einen Bundesstaat wollen, so wollen wir, möchte ich denken, weder einen von vornherein antiquierten noch einen unerprobten. Wir können uns einen bewährten Föderalismus nach dem Muster der Schweiz und der Vereinigten Staaten leisten; föderalistische Akrobatik wäre jedoch unser Verderben.

Weltweite Krisis der Parlamente

Was wir brauchen, ist ferner nicht nur ein **Parlament**, sondern ein starkes Parlament. **Nicht zuletzt an der völligen Arbeitsunfähigkeit seines Parlaments ist der Weimarer Staat zugrunde gegangen.** Auch die Krisis der Parlamente ist weltweit. Sie besteht, wie britische und amerikanische Staatsrechtslehrer einmütig bekunden, für England und für Amerika gleichfalls. Sie ergibt sich, von vielen Gründen abgesehen, nicht zuletzt daraus, daß in den Parlamenten nicht in hinreichender Anzahl bedeutende Persönlichkeiten sitzen. Wir erinnern uns des griechischen Grundsatzes von der Persönlichkeit als Träger der Politik. Wenn wir ihn im Zusammenhang nutzbar machen wollen, so brauchen wir ein Wahlrecht, das endlich wieder den Ein-Männer-Wahlkreis herstellt, wie er u. a. in

Amerika und in England verfassungsrechtlich gewährleistet ist. Zwar bietet auch solches Wahlkreissystem keine Garantie für ein brauchbares Staatsrecht, aber es erleichtert dessen Herbeiführung. **Niemals werden wir mit Listen- und Verhältnissystemen genügend bedeutende Persönlichkeiten erhalten.** Es sollte doch auf der Hand liegen, daß eine Partei im Ringen um Einzelwahlkreise weit mehr als bei jenen halbanonymen, halb kollektiven ellenlangen Wahlvorschlägen geneigt sein wird, als Kandidaten selbständige, kämpferische Naturen aufzustellen, die als solche einen wirksamen Appell auf die Wähler auszuüben vermögen. Auf wachsamer Hut werden wir auch zu sein haben gegenüber einem sog. „**modifizierten**“ **Listen- und Verhältniswahlrecht**, unter dem alle Sünden dieses Wahlrechts zwar erkannt, nun aber nicht verbannt, sondern erneut hineingelassen werden, nicht mehr durch die Vordertür, jedoch durch eine riesen-große Hintertür.

Wir brauchen ferner ein **Zweikammer-Parlament.** Alle Großstaaten ohne Ausnahme besitzen Zweite Kammern oder Oberhäuser oder Senate, wie immer man sie nennen will. Sie erscheinen besonders unerläßlich für Deutschland, wegen seiner Niederlage, wegen seiner außenpolitischen Erniedrigung, wegen der Wirtschaftsnot, die lange dauern wird, wegen der vielfachen Hoffnungslosigkeit, welche die Jugend erfüllt. **In solcher Situation alle Macht einem einzigen Parlament zu übertragen, wäre verantwortungslos.** Denn wer könnte in politischer toller Prophetie voraussagen wollen, daß ein neues deutsches Abgeordnetenhaus niemals in die Hände eines neuen Demagogentums geraten werde? Hielte ein solches Demagogentum uns auf lange Zeit gefangen, auch eine Zweite Kammer vermöchte dann gewiß keine volle Abhilfe zu bieten. Aber gegen fluktuierende Tagesströmungen — brauchen wir wirklich weit zurückzudenken? — vermöchte eine Zweite Kammer mit längeren Wahlterminen einen hervorragenden Schutz zu gewährleisten. **Wenigstens wir Christen sollten uns auch hierbei über die Abgründe und Wankelmütigkeit der menschlichen Natur infolge ihrer Sündhaftigkeit klar sein; wenigstens wir sollten uns erneut erinnern, daß Allmacht oder Uebermacht aus jenem Grundsatz der Notwendigkeit von Balancen nicht lediglich einer einzigen parlamentarischen Körperschaft übertragen werden darf.** Wenn aber eine Zweite Kammer geschaffen wird, so muß es sich um eine **echte Kammer handeln.** Dies wird von denjenigen verkannt, welche in der Zweiten Kammer eine Körperschaft schaffen wollen, welche ausschließlich aus Regierungsvertretern und Delegierten der Einzelparlamente besteht. Sie wäre überhaupt keine Zweite Kammer, sondern nur eine Art Ausschuß der Ersten Kammer. Es findet nämlich dann eine Art Parthenogenesis, eine Selbstzeugung, statt. Die Erste Kammer würde aus sich nicht nur die Regierung formen, sondern weil die Regierung ja nur ein Parlamentsprodukt ist, auch ganz und gar die Mitgliedschaft in der Pseudo-Zweiten-Kammer bestimmen. Die Erste Kammer und ihre Machthaber wären alsdann im wahrsten Sinne des Wortes allmächtig trotz „Zweiter Kammer“. Andere Verfahren empfehlen sich. Auch in einer wahren Zweiten Kammer könnten Regierungsvertreter, brauchten aber nicht ausschließlich solche zu sitzen. Neben ihnen wäre weiter Raum zu schaffen nicht notwendigerweise für ständische Vertreter, wohl aber auch für Männer, die sich außerhalb der Parlamente hervorragende politische Bedeutung erworben haben und als selbständige Persönlichkeiten beim Volke Vertrauen genießen. Es verbietet sich, hier auf Einzelheiten näher einzugehen. Manche Anregung vermag aber etwa auch von der Zusammensetzung des bayerischen Senats, wie gesagt sei, gewonnen zu werden.

Starke Führung aber keine Uniformität

Verhältnismäßig wenig ist in den Verfassungen und dem Staatsrecht der meisten Staaten von **Parteien** die Rede. Und doch sind sie überall das Kernstück des politischen Lebens: **Staaten ohne Parteien hat es noch niemals gegeben, wenn wir von absoluten Staaten absehen.** Deshalb ist der bei uns sich entwickelnde Parteienüberdruß nicht nur zu bedauern, sondern eine ernste Gefahr, zumal für staatsrechtliche Entwicklungen. Gesunde Kritik an den Parteien ist aber nicht nur nicht zu bedauern, sondern im Gegenteil zu begrüßen.

Es ist schlecht um Parteiführer bestellt, welche nach Hitlerschem Muster keine Kritik zu vertragen wissen, sondern überall nach der Parteidisziplin oder gar den Fraktionszwang rufen.

Einige Leute halten die CDU für schwach, weil sie Spannungen in sich herberge. In Wahrheit sollte uns umgekehrt jede Partei von Herzen leid tun, welche nichts als Uniformität unter einem Häuptling kennt, der alt und jung rüffeln pflegt, wenn nicht nach seiner Pfeife getanzt wird. **Selbstverständlich bedarf, wie jede Partei, auch die unsrige einer starken Führung; sie ist wahrhaft unerlässlich.** Aber Spannungen, etwa zwischen rechtem und linkem Flügel, sind Ausdruck der willkommenen Vielfalt gesunden abendländischen Lebens, das sich freilich nicht nur im Unterwasserschießen, sondern an der Oberfläche, im vollen Lichte der Öffentlichkeit dokumentieren muß. Das Spannungslose ist wie in der Vielfalt des Lebens, so auch in der Politik der Anfang der Erstarrung, der Beginn des Endes. **Ein spannungsloses, verkalktes Parteientum wird einem neuen deutschen Staatsrecht nur schaden, nicht nützen können.**

Schlecht würde es ferner um ein werdendes neues Staatsrecht bestellt sein, wenn die Parteien — und Entsprechendes muß durchaus von den Gewerkschaften wie dem Unternehmertum gelten — nicht ihre Grenzen kennen und innehalten.

Unsere Partei wird, wie wir wissen, unter gar keinen Umständen zu denjenigen gehören, die jede einzelne Sphäre des öffentlichen Lebens dem Parteieinfluß unterwerfen wollen. Weite Sphären werden — wiederum nach griechischen und christlichen Grundsätzen und ebenso im Interesse der Parteien selbst wie im Interesse eines freiheitlichen Lebens — vielmehr vom Parteieinfluß freizuhalten sein. Zu ihnen gehören beispielsweise die Universitäten, gehört der Richterstand. An einem reaktionären Richterstand, so schädlich und daher überwachtungsbedürftig er ist, ist noch nie die Sache der Freiheit gescheitert. Wohl ist sie aber schon daran gescheitert, daß man den Richterstand parteipolitisiert hat.

Ich komme hiermit zu einer weiteren wichtigen, von den Staatsrechtlern nentlich auch des Auslandes ständig diskutierten Frage, nämlich derjenigen des **Berufsbeamtentums.** Auch das Berufsbeamtentum wird im Interesse gesunder staatsrechtlicher Entwicklung von der Parteipolitisierung im großen Ganzen freigehalten werden müssen. Ich sage: im großen Ganzen. **Denn eine völlige Freihaltung des Beamtentums vom Parteieinfluß ist nicht möglich.** Sie findet weder in England noch in Amerika, noch in irgendeinem anderen freiheitlichen Lande statt. Außer dem Ressortminister werden in den einzelnen Verwaltungszweigen immer auch einige Dutzend politische Beamte vorhanden sein müssen, die aus tiefer politischer Ueberzeugungstreue dafür sorgen, daß die politischen Direktiven der Regierung tatsächlich innegehalten werden. **Neunzig, ja fünfundneunzig Prozent des Beamtentums aber werden dem Berufsbeamtentum vorbehalten bleiben müssen.** Alte demokratische Staaten wie die Vereinigten Staaten

ten haben begonnen, dies zu erkennen, nachdem sie etwa hundert Jahre lang insoweit auf recht falschem Wege waren. Nur gerade wir gehen unglückseligerweise in der Parteipolitisierung des Beamtentums heute zu weit und richten damit einen Stand und einen Träger des Staatsrechts zugrunde, der bisher zu den im Inland und Ausland angesehensten deutschen Einrichtungen gehört hat.

Wir wollen kein mandarinhafte, kein reaktionäres Beamtentum, wir wollen aber auch kein neues Parteibuch-Beamtentum und noch weniger ein von Fachwissen unberührtes Beamtentum zu verzeichnen haben. Die Aufgaben, die das heutige deutsche Beamtentum zu erfüllen hat, sind zu schwierige, als daß es so weitergehen könnte, wie unter dem Schlagwort einer Demokratisierung des Beamtentums mancherorts verfahren worden ist.

Autorität kommt von Leistung

Hierunter würde unfehlbar auch die **Autorität der Regierung** schwersten Schaden nehmen, die doch ein fester Eckpfeiler eines freiheitlichen staatsrechtlichen Baues sein muß. **Leider aber besitzen viele unserer neudeutschen Regierungen unverkennbar nur geringe Autorität.** Künstliche Maßnahmen helfen hier nicht. Nichts ist damit gewonnen, die obersten Beamten von sechzehn deutschen Ländern plötzlich „Ministerpräsidenten“ zu nennen und damit eine wahre Rekordleistung, wohl unerreicht in der Geschichte, aufzustellen. **Wahre Autorität werden die Regierungen nur durch ihre Leistungen zu erwerben vermögen.** Diese Leistungen hängen dann freilich auch von der Fähigkeit ihrer Zusammenarbeit mit dem Parlament ab. Hierzu wird vorgeschlagen, die Minister vom Parlament unabhängig zu machen. Etwa nach dem Muster der amerikanischen Verfassung soll der Bestand der Regierung auf mindestens vier Jahre garantiert werden. Aber auch diese Sache ist nicht ganz so einfach, wie einige Plänemacher denken. Das präsidentielle System setzt im allgemeinen eine arbeitsfähige, sichere Mehrheit der Regierung im Parlament voraus. Sonst können beide: Regierung und Parlament mangels Zusammenarbeit arbeitsunfähig werden und das bewirken, was man „**Regierungsstillstand**“ nennt. Erneut aus solchem Grunde ergibt sich die Notwendigkeit der besonderen Beachtung von Wahlsystemen, welche die Existenz von kleinen Splitterparteien im Parlament und damit die Notwendigkeit von ewigen neuen Koalitionsbildungen und Koalitionskrisen unmöglich machen. Wohlgermerkt: Niemand wird daran denken wollen, die Neubildung von Parteien zu verbieten. **Nur gehören sie nicht ins Parlament, bevor sie nicht die zweite, dritte oder vierte Stärkegröße erreicht haben.** Sonst kann es in der Praxis zur Beherrschung der Regierung durch Minderheiten kommen, womit dann von Autorität der Regierungen vollends nicht mehr die Rede sein kann. Auch die englische Arbeiterpartei ist aus solchem Grunde ein Gegner von Splitterparteien im Parlament, ein Gegner auch von Listen- und Verhältniswahlrecht.

Keine politische Freiheit ohne Schutz des Reiches

Jedes Staatsrecht wird schließlich blutleer und theoretisch bleiben, das sich nicht der untrennbaren Zusammenhänge der Innenpolitik mit Wirtschafts-, Erziehungs- und Außenpolitik stets bewußt ist. Zum Teil wurde dies eingangs bei den Erörterungen über Voraussetzungen eines neuen deutschen Staatsrechts bereits angedeutet. Hinsichtlich des Bereichs der **Wirtschaft** sei aber noch folgendes hervorgehoben. Weite wirtschaftliche Bereiche in Deutschland werden voraussichtlich kollektiven staatlichen Einflüssen zwangsläufig unterworfen sein,

auch als Folge des Krieges. Aber gerade weil dies so ist und weil wir uns andererseits niemals mit einem allmächtigen Staat abfinden, sondern nach christlichen Grundsätzen immer einen balancierten Staat fordern, deshalb können wir keinen Segen darin erblicken, **die Wirtschaft durch zu weitgehende Verstaatlichung zu weitgehend zu verbeamten**. Wir erblicken in einem Staatsrecht, durch das eine freie Wirtschaft — außer bei Monopolen oder monopolähnlichen Gebilden — garantiert wird, eines, der in unserer technisierten Zeit notwendigsten Gegengewichte gegen alle Tendenzen, welche den Staat und seine Bürokratie vergotten, anstatt achten. **Aus verwandtem Grunde empfinden wir, daß die Rettung nicht von einer Nivellierung nach unten kommt; sie kommt nicht davon, daß man dem Besitz, der sich noch erhalten hat, nun am liebsten alles wegnehmen möchte, um es an die völlig besitzlosen zu verteilen.** Notwendig ist etwas ganz anderes; **notwendig ist, diesen besitzlos Gewordenen mit allen Energien der Volksgesamtheit zur Wiederherstellung ihrer früheren Lebensgrundlage zu verhelfen.** Eine törichte demagogische gegenteilige Politik der Anpassung nach unten würde niemandem, auch dem Aermsten, nicht nützen, wohl aber würde sie die Reste eines jedem freiheitlichen, gesunden Staate unentbehrlichen Mittelstandes in Deutschland zerstören müssen.

Neidlos überlassen wir anderen Parteien die Propagierung solcher nach unten nivellierten, nach Heller und Pfennig gleichgeschalteten, aufstiegslosen, für den Kommunismus wohl vorbereiteten Gesellschaft, in der auch die politische Freiheit ins Grab zu gehen verurteilt wäre.

Man beschimpft uns als „Partei des Besitzes“. Wohlan, man nenne mir ein Land, in dem es politische Freiheit ohne Schutz des Besitzes gibt! **Wir sind aber keineswegs nur eine Partei des Besitzes, sondern auch eine Partei aller Besitzlosen, die wieder zu Besitz gelangen wollen.**

Nur die Partei derjenigen, denen Besitzlosigkeit ein politisches Ideal ist oder die den Besitz von Morgen bis Mitternacht durch staatliche Bürokratie knebeln möchten, wollen wir nicht sein.

Unseren unglücklichsten Brüdern und Schwestern aus den urdeutschen Gebieten unseres Ostens bieten wir ohne jede Einschränkung völlige Gleichberechtigung, nicht indem wir jedem Westdeutschen sein zweites Bett durch die Polizei abholen lassen, sondern indem wir durch erhöhte Produktion, die in allererster Reihe den Flüchtlingen zukommen muß, neue Betten zusätzlich bauen.

Bei anderer Politik könnten wir ein freiheitliches christliches Staatsrecht niemals errichten, zum ewigen Schaden auch unserer Schlesier und Pommern, West- und Ostpreußen.

Christen durch christliche Erziehung

Was das Gebiet der Erziehung anlangt, so bleiben wir überzeugt, daß kein Staats- und Verfassungsrecht christlichen Anforderungen Genüge tun wird, das nicht christliche Erziehung garantiert, auch in der staatlichen Schule. Dies ist in mancher Hinsicht nicht der Fall in Amerika, und mit katholischen sowie einer ständig wachsenden Zahl führender protestantischer Theologen und Laien Amerikas bin ich mir zweifelhaft, ob Amerika insoweit einen richtigen Weg geht. **Wie man keine Kommunisten ohne kommunistische Erziehung haben kann, so auch keine Christen und christlichen Politiker ohne vorausgegangene christliche Erziehung.** Die fortschreitende Verweltlichung der Erziehung hat zum Nationalsozialismus, zum Abstieg entscheidend mitverholfen. Für uns gibt es bei staatsrechtlichen Gestaltungen nichts Wichtigeres, als unter allen Umständen

für eine christliche neben einer griechischen Erziehung Sorge zu tragen, immer aus der Erkenntnis, daß ohne eine Rückkehr zu griechischen und christlichen Grundsätzen in der Politik alles Gerede über Erhaltung des Abendlandes leer ist und nicht verhindern wird, uns noch tiefer in den Abgrund geraten zu lassen.

Wir werden freilich von christlicher Erziehung und überhaupt von Erziehung nur verspätete und unzulängliche Erträge für das Staatsrecht zu ziehen vermögen, wenn wir nicht endlich der Jugend eine stärkere Teilnahme an dem politischen Geschehen einräumen. Bei einer der letzten Nationalversammlungen in den Vereinigten Staaten waren zwei der prominentesten Kandidaten nicht viel mehr als 40 Jahre alt, und beide waren schon seit über 10 Jahren politische Führer gewesen. **Wo sind unsere, 30 Jahre alten politischen Führer?** Der frühere Reichskanzler Brüning, der zu unserer Freude wieder deutschen Boden besuchte, hat kürzlich in Chicago darauf hingewiesen, daß eine der verhängnisvollsten Ursachen für das Heraufkommen des Nationalsozialismus darin bestand, daß die deutsche Jugend zu den radikalen Flügelparteien abgedrängt wurde. Dies geschah nach seiner Auffassung deshalb, weil die Parteien der Mitte sich nicht genügend zur Aufnahme der Jugend in verantwortliche Stellungen bereitgefunden hatten. **Ist es seitdem anders geworden?** Ich zögere, die Frage zu bejahen.

Um alles in der Welt bedarf ein lebensfähiges Staatsrecht der Bejahung durch Alter wie Jugend der Zusammenfügung von weiser, verehrungswürdiger Erfahrung und jugendlicher, nicht geringer zu achtender Begeisterung.

Schwerlich können wir auch die Frage bejahen, ob wir bei der im Interesse eines künftigen deutschen Staatsrechts dringend notwendigen **Suche nach Persönlichkeiten** genügende Aufmerksamkeit dem großen, ja dem heute aus tragischen Gründen überwiegenden Reservoir unserer Frauen und ihre politischen Erziehung gewidmet haben.

Wir Männer haben in den letzten Jahrzehnten so unendliches Unheil über die Menschheit gebracht, daß es angezeigt ist, nachzuprüfen, inwieweit mit der Jugend auch den Frauen in künftiger deutscher Politik, in einem künftigen deutschen Staats- und Verfassungsrecht verstärkter Einfluß gewährleistet werden sollte. Es würde der Christlich-Demokratischen Union nicht schlecht anstehen, wenn sie der Forderung nach größerer Beteiligung der Jugend wie der Frauen weiten Rückhalt im Volke zu verschaffen wüßte.

Um eine lebensfähige staatsrechtliche Struktur

Was endlich den Zusammenhang von Staatsrecht und Außenpolitik anlangt, so hat uns Adolf Hitler demonstriert, wie eng er ist. Mir ist keine Verfassung bekannt, in der das Problem in ideal vorbildlicher Weise gelöst worden sei. Dies gilt auch für Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Verfassungsmäßig haben die beiden Großmächte, ihren Regierungen auf außenpolitischem Gebiet eine von vielen Staatsrechtslehrern als zu groß empfundene außenpolitische Spielfreiheit eingeräumt. Was nun eine künftige deutsche Staatsrecht anlangt, das auf griechischen und christlichen Grundlagen errichtet wird, **so führt es fast naturgemäß zu engerer kultureller Verbindung mit dem Westen.** Um so mehr sollten wir, möchte ich denken, darauf bedacht sein, daß wir, was immer unsere staatsrechtliche Struktur ist, die Beziehungen auch zu Osteuropa pflegen. **Wir sind und bleiben ein stärkstes Bollwerk gegenüber dem Kommunismus.** Wir wollen aber stets nach Zusammenarbeit mit Rußland streben, gleichgültig welche eigene Verfassung es besitzt. **Denn nachbarliche Zusammenarbeit immer wieder**

zu versuchen, ist und bleibt christliche Pflicht. Die westlichen Großmächte verkünden jeden Tag ihren eigenen Wunsch nach Zusammenarbeit mit Rußland. Wir haben das gleiche Recht und die gleiche Pflicht. Wenn irgendein Volk, so ist das unsere daran interessiert, daß Deutschland und Europa nicht wieder Kriegsschauplatz werden. Wie anderes, so könnte deutsches Staatsrecht aus solchem Grunde ausdrücklich betonen, daß es sich den Vorschriften des Völkerrechts unterwirft. **Es kann ferner seiner Sehnsucht nach einem Vereinigten Europa Ausdruck geben, in dem ein künftiger deutscher Bundesstaat, wenn halbberrechtigt und mit tausend Servituten belastet, freilich kein wahrer Partner sein kann.**

Ein künftiges deutsches Staatsrecht kann vielleicht noch eine besondere Friedensgarantie geben, indem es sich grundsätzlich ausländischer Intervention unterwirft, nachdem eine Diktatur sich auf deutschem Boden erneut etabliert hätte. Aber solche — an sich schwierige — Interventionsgarantie müßte eine freiwillige und müßte eine gegenseitige sein, etwa nach dem Muster der panamerikanischen Interventionsbestimmungen.

Wir sind am Ende unserer allzu flüchtigen und ergänzungsbedürftigen Betrachtungen angelangt. Wo solche bei uns angestellt werden, begegnet man immer wieder der auf den ersten Blick recht bestechenden Auffassung, es käme weniger auf staatsrechtliche Einrichtungen als auf den Geist ihrer Handhabung an. Ich selbst habe im Vorhergehenden unablässig danach gestrebt, gerade die Notwendigkeit der Begründung eines **rechten Geistes, nämlich eines christlichen und griechischen Geistes, zu betonen.** Trotzdem, auch der Geist braucht der Mittel und Formen. **Das technisch beste Fahrzeug nutzt nichts, wenn der Geist des Fahrers krank ist. Umgekehrt aber nutzt der beste Geist nicht genug, wenn das Fahrzeug unbrauchbar ist.** Hieraus folgt die staatsrechtlich bedeutsame Wechselwirkung zwischen Geist und Institution. Es bleibt keinem Staate, der bestehen will, erspart, beide gleichzeitig zu pflegen.

Wir sind eine neue Partei, neu auch im endlich zustande gekommenen engsten politischen Zusammenarbeiten von Protestantismus und Katholizismus auf christlicher Grundlage ohne Vermischung glaubensmäßiger Verschiedenheiten. **Gerade als solche bekennende christliche Partei sind wir eine Antithese zu allen zersetzenden Kräften der epochalen Krisis unserer Gegenwart.** In einem von griechischem und christlichen Geist erfüllten Staatsrecht hoffen wir einen der unerläßlichsten Beiträge zur Wiedergesundung und zum inneren und äußeren Frieden zu liefern im deutschen Interesse wie jenem der großen Gemeinschaft der Familie der Völker.

Entschlüsse zu den vorstehenden Referaten

Sparguthaben der Ostvertriebenen

Der 2. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen ersucht die Fraktion der CDU im Wirtschaftsrat in Frankfurt, dahin zu wirken, daß schnellstens eine Regelung herbeigeführt wird, nach der die nachweisbaren Sparguthaben der Ostvertriebenen unter den gleichen Bedingungen eingelöst werden wie die anderen Sparguthaben in der Westzone.

Flüchtlinge

Der 2. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen stellt fest, daß durch die widerrechtliche Austreibung von über 15 Millionen aus dem Osten auf Grund des Potsdamer Abkommens der Alliierten eine einmalige Situation entstanden ist, deren Elend und menschliche Not äußerst bedrohliche Formen angenommen hat.

Angesichts der ständig wachsenden sozialen Verelendung und Isolierung der vertriebenen deutschen Menschen aus dem Osten fordern wir sowohl von der Militärregierung wie von den verantwortlichen deutschen Stellen auf allen Gebieten ihre rechtliche Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung. Trotz der Notlage unseres Volkes müssen alle verfügbaren Mittel zu einer großzügigen Wohnraumbeschaffungs- und Siedlungshilfe auch für die Ostvertriebenen mobilisiert werden.

In dem bevorstehenden Lastenausgleich setzen wir uns neben der Berücksichtigung aller anderen Kriegsgeschädigten für die besondere Anerkennung der Ansprüche der Vertriebenen ein.

Der Zonenparteitag der Christlich-Demokratischen Union appelliert an die Weltöffentlichkeit, sich der Gefahr der Zusammenballung von Menschen in den westlichen Gebieten deutscher Länder nicht verschließen und sich aus Gründen des Rechts wie der Menschlichkeit für die Rückgabe der jenseits der Oder/Neiße gelegenen deutschen Ostgebiete einzusetzen.

Kreditinstitute für Siedlungen

Der Parteitag begrüßt es, daß durch die Gründung der Wiederaufbaubanken ein Institut geschaffen werden soll, durch das der Wirtschaft mittel- und langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden. Er hält es für dringend erforderlich, daß im Rahmen dieser Mittel erhebliche Beträge für die landwirtschaftliche und Wohnstätten-siedlung sowie für den Wiederaufbau von Wohnhäusern gegeben werden.

Kulturpolitik

Der 2. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen bekennt sich aus christlicher Verantwortung zur Freiheit jedes geistigen Wirkens und des kulturpolitischen Lebens. Wir lehnen entschieden jeden Versuch ab, das gesamte kulturelle Leben staatlich oder aus rein parteipolitischer Sicht zu lenken.

Die Kulturhoheit muß endlich in deutsche Hände übergehen. Die Christliche Weltanschauung muß mehr als bisher in Rundfunk und Presse berücksichtigt werden. In Rundfunk und Presse kommt häufig nur eine einseitige geistige Haltung zum Ausdruck, die der Auffassung weitester Kreise der Bevölkerung keineswegs entspricht und keinerlei öffentlicher parlamentarischer Verantwortung sowohl in sachlicher als in personeller Hinsicht unterliegt. Auch die Verlautbarungen der Nachrichten-Agenturen sind oft einseitig.

Das System der Lizenzierung verbunden mit der Möglichkeit einer jederzeitigen Entziehung der Lizenz ist mit Freiheit der Presse und der öffentlichen Meinung nicht vereinbar.

An die Weltöffentlichkeit richten wir den dringenden Appell, die geistige Isolierung Deutschlands aufzuheben und seine Gleichberechtigung anzuerkennen.

INHALTSANGABE

Geleitwort zum zweiten Parteitag	Seite 3
Eine Hoffnung für Europa Referat von Dr. Konrad Adenauer	Seite 5
„Wir haben keinen Fraktionszwang und stimmen doch alle gleich“! Referat von Dr. Friedrich Holzappel	Seite 13
Der Flüchtling sollte Bruder sein Referat von Dr. Linus Kather	Seite 18
Laßt uns Christentum vorleben Referat von Frau Christine Teusch	Seite 29
Schleswig im Kampf um sein Deutschtum Referat von Carl Schröter	Seite 39
Gedanken zum neuen deutschen Staatsrecht Referat von Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer	Seite 44
Entschließung	Seite 56

KAS-ACDP

KAS-ACDP

Ab 2. Oktober erscheint die J.-Z.-Ausgabe der „Rheinischen Post“, die sich im gesamten deutschen Raum viele Freunde erworben hat, in veränderter Form und erweitertem Umfang als

WOCHENAUSGABE der RHEINISCHEN POST

Als Spiegel des Landes an Rhein und Ruhr wird die neue Ausgabe in verstärktem Maße die Politik, die Kultur und die Wirtschaft Rheinland-Westfalens behandeln. Eine ausgedehnte Berichterstattung aus diesem Gebiet, ein gepflegter kultureller und unterhaltender Teil, aufschlußreiche Wirtschaftsberichte und ein politischer Teil, der in Nachricht und Meinung einen umfassenden Überblick vermittelt, werden ihr das Gepräge geben.

Ihr Monatspreis beträgt 1.20 DM, die Einzelnummer der zehn- bis 12-seitigen Ausgabe kostet 30 Pfg. Bestellungen und Anzeigenaufträge für die Wochenausgabe werden erbeten an die

RHEINISCHE POST
DÜSSELDORF, PRESSEHAUS

Bestellschein

Ich bestelle hiermit zum laufenden Bezug die

WOCHENAUSGABE
der
RHEINISCHEN POST

zum monatlichen Bezugspreis von 1.20 DM, zuzüglich Porto

Vor- und Zuname:

Beruf:

Wohnort:

Straße und Haus-Nr.: